



Wie viel Führung verlangt Verantwortung?

Deutschlands ungeklärte
sicherheitspolitische Rolle



Gesellschaft für
Sicherheitspolitik e.V.



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung



Bundesakademie
für Sicherheitspolitik



Dokumentation des 4. Berliner Sicherheitsdialogs
zum Thema „Wie viel Führung verlangt Verantwortung?
Deutschlands ungeklärte sicherheitspolitische Rolle“

in Kooperation mit dem Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, der Bundesakademie für Sicher-
heitspolitik, dem Bundesverband Sicherheitspolitik an
Hochschulen und dem Mittler Report Verlag

am 6. November 2019 in Berlin in der Vertretung des
Landes Sachsen-Anhalt beim Bund

Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) auf einen Blick

Die „Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.“ ist die älteste und größte sicherheitspolitische Vereinigung in Deutschland, ist gemeinnützig und wird getragen von **ehrenamtlichem Engagement und bürgerschaftlichem Geist**. Mit über **6000 Mitgliedern** – von Flensburg über Diepholz bis Bad Reichenhall, von Schwerin über Lippstadt bis Augsburg – diskutieren und vermitteln wir Sicherheitspolitik gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt und mit Herzblut. Präsidium, Bundesvorstand und ein beratendes Kuratorium sind die zentralen Organisationselemente der GSP. **Regional** ist die GSP in **sieben Landesbereiche** (I–VII) gegliedert.

Die **rund 80 Sektionen** sind die lokalen Vereinigungen von Mitgliedern und flächendeckend **Hauptträger des Lebens und der Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft**. Außerhalb der Landesbereiche bestehen die selbstständigen Sektionen Berlin, Bonn und Brüssel sowie die Junge GSP. Präsident der GSP ist Prof. Dr. Johannes Varwick.



<https://www.gsp-sipo.de/>



<https://twitter.com/gsp-sipo>



<https://www.facebook.com/GSPSipo/>



<https://www.youtube.com/channel/UCDCua3OJ65UHU47HaXN8-uw/>



Legende:



= selbstständige Sektion



= aktive Sektion



= derzeit inaktive Sektion

(Stand: Dezember 2019)



Inhalt

Begrüßung 7

Prof. Dr. Johannes Varwick, Präsident der GSP

Einführung 9

Generalleutnant a. D. Kersten Lahl, Vizepräsident der GSP

Keynote 13

Prof. Dr. Herfried Münkler, Emeritus Humboldt-Universität zu Berlin

**Panel 1: Außensicht auf die deutsche Sicherheitspolitik:
Was erwarten unsere Partner von Deutschlands Rolle?** 35

mit Botschafterin Anne-Marie Descôtes, Französische Republik,
Botschafter Wepke Kingma, Königreich der Niederlande,
Botschafter Andrzej Przyłębski, Republik Polen,
Botschafter Boris Ruge, Stellv. Vorsitzender Münchner
Sicherheitskonferenz

Moderation: Botschafter Ekkehard Brose, Präsident der
Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Thesen kurz präsentiert: Deutschlands Sicherheitspolitische Rolle: Zuschauer oder Feldspieler?

64

mit Anne-Kathrin Herlitze, Vorsitzende des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen,
Alena Kalks, Stellv. Vorsitzende des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen,
Sven Jovy, Vorstandsmitglied des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen,
Sophie Witte, Vorstandsmitglied des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen

Panel 2: Binnensicht der deutschen Sicherheitspolitik: Welche Rolle kann und sollte Deutschland spielen?

75

mit Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Institut für Politische Wissenschaft,
Universität Erlangen-Nürnberg,
Dr. Claudia Major, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin,
Dr. Andreas Nick, MdB, CDU/CSU,
Omid Nouripour, MdB, Bündnis 90/Die Grünen,
Jan Techau, Director Europe Program German Marshall Fund
of the United States, Berlin
Moderation: Prof. Dr. Johannes Varwick, Präsident GSP,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Schlussbemerkung

123

Generalleutnant a. D. Kersten Lahl, Vizepräsident der GSP



Begrüßung

Prof. Dr. Johannes Varwick
(Präsident der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik)

Sehr geehrte Frau Botschafterin, sehr geehrte Herren Botschafter, Exzellenzen, meine Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages, sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen in der GSP, liebe sicherheitspolitische Community in Deutschland und Berlin.

Als Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik darf ich Sie alle sehr herzlich zu unserem 4. GSP-Sicherheitsdialog hier in Berlin begrüßen. Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik diskutiert und vermittelt Sicherheitspolitik deutschlandweit in rund 80 Sektionen. Wir tun dies ehrenamtlich, parteiunabhängig, kontrovers und mit viel Herzblut. Mit diesem Berliner Format wollen wir als Bundesverband und in Ergänzung zu unserer Berliner Sektion einmal jährlich bewusst auch in der Hauptstadt Flagge zeigen und ein besonders wichtiges Thema für unsere bundesweite Arbeit in den Fokus rücken. In den vergangenen Jahren haben wir das zu den Themen Fluchtursachenbekämpfung, Umgang mit Russland und Rolle von Nuklearwaffen getan – und heute widmen wir uns der Frage „Wie viel Führung verlangt Verantwortung?

Deutschlands ungeklärte sicherheitspolitische Rolle“. Ich freue mich, dass wir das heute gemeinsam tun werden!

Auf unserer neu gestalteten Webpage finden Sie übrigens Informationen zu uns und unseren etwa 600 Veranstaltungen jährlich in ganz Deutschland und Sie können sich online an Diskussionen beteiligen oder auch für unseren Newsletter anmelden. Ich danke bereits an dieser Stelle unseren Kooperationspartnern – dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und auch dem Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen und dem Mittler Report Verlag sowie allen, die an der Vorbereitung dieser Veranstaltung beteiligt waren.

Lassen Sie mich noch kurz darauf hinweisen, dass diese Veranstaltung auf den GSP-Kanälen in den sozialen Medien live übertragen wird und Sie das dann später dort oder auch auf unserer Webpage nachhören und -sehen können. Der Hashtag, unter dem Sie heute twittern können, lautet: [#gspssicherheitsdialog](#).

Ich bin gespannt auf den Nachmittag und danke Ihnen allen nochmals herzlich für Ihr Kommen – und ihr Interesse an der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, der Sie gerne gewogen bleiben dürfen. Damit leite ich über zu Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, den viele noch als Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Erinnerung haben, der aber heute glücklicherweise als Vizepräsident der GSP zu Ihnen sprechen wird. Ihm verdanken wir dieses Format und er wird als Spiritus Rector nun in das Thema einführen und auch die Moderation der Gesamtveranstaltung übernehmen.





Einführung

Generalleutnant a.D. Kersten Lahl
(Vizepräsident der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind. Ich darf Ihnen schon vorab versprechen: Sie werden es – wie in unseren vier bisherigen Berliner Sicherheitsdialogen der Gesellschaft für Sicherheitspolitik – bestimmt nicht bereuen.

Heute ist es fast auf Tag genau 30 Jahre her, als – nur wenige Schritte entfernt von hier – mit dem Mauerfall eine neue Epoche begann. Es lässt sich seither vom Ende der Teilung Deutschlands und Europas sprechen, vom Ende des Ost-West-Konflikts, vom Ende einer waffenstarrenden Frontlinie mitten durch unser Land. Im Ergebnis durften wir Deutschen uns als Hauptprofiteur des Prinzips einer unteilbaren Sicherheit im Bündnis fühlen. Heute, drei Jahrzehnte später, muss man bisweilen fragen: Haben wir eigentlich so recht verstanden, was diese Zäsur im Kern bedeutet – außer der erfreulichen Tatsache, dass wir nur noch von Freunden umgeben sind? Für unsere geopolitische Position als zentrale Macht in Europa, unsere Rolle, unsere Verantwortung? Und wenn wir es verstanden haben: Handeln wir auch entsprechend?

Natürlich braucht ein Wandel dieser Dimension auch Zeit. Strategien müssen entworfen, Strukturen angepasst, Mittel neu justiert, Bürger überzeugt werden. In so völlig neuer Lage benötigt jeder Prozess der Selbstfindung auch viel Geduld. Und wenn man sich nicht mehr als unmittelbarer bedrohter Frontstaat fühlt, sondern vielmehr große Aufgaben einer inneren Einheit bewältigen muss und aus mehreren Gründen ohnehin keine besonderen Ambitionen zu militärischer Machtprojektion hat, dauert das umso länger. Das versteht jeder.

Und doch wartet die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage diesen Prozess nicht ab. Ein Rundumblick führt uns das ungefiltert vor Augen: auf die nicht zur Ruhe kommenden Regionen südlich des Mittelmeers, auf den gefährlich instabilen Osten Europas, auf den Politikwandel Amerikas unter einem Präsidenten Trump, auf die Zentrifugalkräfte in Europa selbst, und auf das Emporkommen neuer globaler Mächte und neuer globaler Risiken. Zugleich wissen wir: Keine Nation kann alle heutigen Risiken allein beherrschen. Alle sind aufeinander angewiesen, alle brauchen verlässliche Partner, alle müssen sich dort einbringen, wo dies den gemeinsamen Interessen am besten nützt – mit Ressourcen, aber auch mit Führungskönnen und Führungswillen. Deutschland kann da keine Ausnahme bilden oder Sonderrolle spielen.

In der Theorie zumindest gibt es an diesen Forderungen schon lange keinen Zweifel mehr. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 forderten unisono Bundespräsident, Außenminister und Verteidigungsministerin eine „neue internationale Verantwortung Deutschlands“ ein. Vor gut zwei Jahren rüttelte die Kanzlerin mit der vielzitierten Bemerkung nach, Europa müsse ein Stück weit sein Schicksal selbst in die Hände nehmen. Mehrfach bekannte sie sich auch in der Folge zu mehr deutscher Verantwortung – dies gerade auch im eigenen deutschen Interesse. Im aktuellen Weißbuch der Bundesregierung heißt es, Deutschland sei bereit, „Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen“. Es müsse als ein Impulsgeber die globale Ordnung aktiv mitgestalten.

So weit einige der großen Worte. Es drängt sich heute also ein harter Faktencheck auf. Die Fragen liegen auf der Hand: Deckt sich der theoretische Anspruch mit der Realität? Stimmen Worte und Taten überein? Oder: Was heißt überhaupt „Verantwortung“, was macht „Führung“ aus? Muss sich beides zwangsläufig auf militärische Mittel beziehen? Ist das vielleicht auch zu eng gedacht in einem Konzept vernetzter Sicherheit? Oder: Welche Rolle kommt uns Deutschen konkret zu? Was können wir leisten, was eher nicht? Wo können wir den größten Synergiebeitrag für Europas Sicherheit erzielen? Oder natürlich auch: Welche Rolle weisen uns unsere Partner zu? Wie definieren sie „deutsche Verantwortung“ und gar „deutsche Führung“? Können und wollen wir diesen Erwartungen gerecht werden? Und falls im Einzelfall nicht: Wie begründen wir das? In der Summe zeigen all diese Fragen: Es gibt durchaus Klärungsbedarf, was die Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik in ihrer Substanz betrifft.

Damit, meine Damen und Herren, haben wir uns viel vorgenommen heute Nachmittag. Aber mit Blick auf unsere Gäste werden uns gute Antworten gelingen. Und wo wir keinen Konsens schaffen, gilt die alte Weisheit: Kaum etwas ist fruchtbarer für einen Erkenntnisgewinn als der Austausch kontroverser Argumente. Unsere beiden Diskussionsrunden folgen der von mir erwähnten Linie: Wir wollen im ersten der beiden Panels zuerst nach den Erwartungen unserer Partner an uns fragen. Und im zweiten Panel erörtern wir dann, was Deutschland leisten kann beziehungsweise will – oder eben nicht.

Die beiden Moderatoren, Botschafter Ekkehard Brose als neuer Präsident der BAKS – nochmal auch an dieser Stelle herzlichen Glückwunsch! – und Professor Johannes Varwick als Präsident der GSP, werden die einzelnen Panelisten dann gesondert vorstellen. Dazwischen schieben wir eine Art Premiere ein, also ein besonderes methodisches Schmanke: Einige Mitglieder des „Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen“ präsentieren einige Thesen und laden Sie anschließend zu

einer lockeren Diskussion „mit einer Tasse Kaffee in der Hand“ ein. Ich stelle das Projekt und die Teilnehmer anschließend noch gesondert vor.

Jetzt aber wollen wir zunächst mit einigen unverzichtbaren Grundlagen ein paar Steine ins Wasser werfen. Ich kann mir kaum einen besseren Garanten dafür vorstellen als Professor Herfried Münkler, der sich zu unserer großen Freude und ohne jegliches Zögern zu einer Keynote bereiterklärt hat. Ich brauche zur Vorstellung Herfried Münklers nicht viel zu sagen. Er ist einer der renommiertesten deutschen Politikwissenschaftler mit einem enorm breiten und zugleich tiefen Werk. Die deutsche Politik hat er mit seinen fundierten Analysen immer wieder befruchtet, oft auch herausgefordert. Und das wird ihm problemlos auch heute bei uns gelingen. Aus eigener Erfahrung mit Herrn Münkler kann ich Ihnen, meine Damen und Herren, jetzt eigentlich nur volle Konzentration in der nächsten halben Stunde empfehlen. Es lohnt sich! Und anschließend werden wir auch noch etwas Zeit haben, um einige Ihrer Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

Damit wünsche ich uns allen einen rundum spannenden Nachmittag!





Keynote

Prof. Dr. Herfried Münkler,
Emeritus Humboldt-Universität
zu Berlin

Es gibt eine auffällige Diskrepanz in Deutschland, die ja auch dem Thema des heutigen Treffens zugrunde liegt: Solange über Verantwortung geredet wird, stößt man auf zahllose Wortmeldungen. Sobald es jedoch um die Umsetzung von Verantwortung in Führung geht – also die Konkretisierung eines sehr allgemeinen Begriffs in ein näher bestimmtes Aufgabenfeld –, herrscht lautes Schweigen. Wir Deutschen haben uns in der Welt als die Kommentatoren der Politik anderer gut eingerichtet, wenn ich das mal so zuspitzen darf. Aber europäische Initiativen zu ergreifen und selbst Führungsverantwortung zu übernehmen fällt uns nach wie vor schwer. Das ist eine Feststellung, die vermutlich nicht besonders kontrovers ist. Es hätte nahe gelegen, im Anschluss an diese Eingangsüberlegung eine Jeremiade zu beginnen und dann ein paar Forderungen aufzustellen. Ich will das nicht machen, sondern an einem Punkt deutsche Verantwortung zeigen – mit allen Folgen widersprüchlicher Art, die das gehabt hat. Ich glaube nämlich, dass eine der nachhaltigsten Ausnahmen von dem, was ich konstatiert habe, der Umgang mit der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 dargestellt hat.

Wenn wir uns die Lage noch einmal vor Augen führen: Hätte diese Bundesregierung oder die Kanzlerin oder wer auch immer im Raum Passau die Grenzen geschlossen, dann hätten sich vermutlich auf der Balkanroute – also irgendwo südöstlich Ungarn und Kroatien – vielleicht fünfhunderttausend, vielleicht auch achthunderttausend Menschen bis hin nach Griechenland gestaut. Die wären dann halt dort gewesen, in Ländern mit einer hohen administrativen Kompetenz, die dieses Problem natürlich locker bearbeitet hätten, Kosovo, Albanien, Bosnien-Herzegovina, auch Griechenland, und obendrein in einem Raum, der anderthalb Jahrzehnte zuvor aus ethnisch-religiösen Kriegen herausgeholt worden ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Stauen von fünfhundert- bis achthunderttausend Leuten in diesem Raum zu einem Wiederaufflammen der Auseinandersetzung in welcher Weise auch immer geführt hätte, war also nicht unerheblich. Abgesehen davon hätte man dann das gerade in der Eurokrise gerettete Griechenland abschreiben können. In dieser Situation, in der Nacht, als die Anrufe aus Budapest und Wien kamen, ging es um die Frage, wie viel Verantwortung übernimmt man für Europa. In einer Auseinandersetzung, die ich mit Peter Sloterdijk über diese Frage geführt habe, habe ich ja damals geschrieben: Die Kanzlerin hat das Territorium der Bundesrepublik Deutschland als Überlaufbecken für ein europäisches Problem eingesetzt.

Sie hat das nicht so kommuniziert. Oder sie hat es nicht so kommunizieren lassen, sondern hat es eher als humanitäre Hilfe dargestellt. Darauf vertrauend, dass die Bilder vorher – vor allen Dingen das Bild des toten Alan Kurdi – eine hinreichende Empathie in der Bevölkerung sicherstellen. Ich denke, das war ein Fehler. Die Empathie war groß, die Hilfsbereitschaft auch, aber Empathie hat eine relativ kleine Halbwertszeit. Da braucht es nur andere Bilder, und dann kippt das. Und diese Bilder kamen dann in der Silvesternacht in Köln.

In dieser Situation hat man sich in der Politik offenbar nicht getraut, das Ganze sicherheitspolitisch zu kommunizieren und also zu sagen: „Überlegen wir uns doch einmal, was passiert wäre, wenn wir die Grenze zugemacht hätten und hätten gesagt: Naja gut, Orban, das ist dein Problem. Und Österreicher, das ist euer Problem. Behaltet sie oder schmeißt sie raus, aber schickt sie auf keinen Fall zu uns.“ Es ist interessant, dass man sich nicht getraut hat, das so zu kommunizieren. Die wahlpolitischen Folgen der Flüchtlingskrise, die uns ja nach den drei Wahlen in den neuen Bundesländern wieder zunehmend beschäftigen, dürften die deutsche Bereitschaft zu solcher Führung – denn das war das damals im Herbst 2015 – in Verbindung mit einer offensiven Kommunikation von Herausforderungen, von Verantwortung und von umsetzender Führung nicht unbedingt verstärkt haben. Wenn es der Politik also an Führungswillen fehlt und daraus nicht unerhebliche Defizite an Führungsfähigkeiten resultieren, dann auch deswegen, weil es großen Teilen der Bevölkerung an der Bereitschaft mangelt, die Kosten und Lasten von Führung zu übernehmen.

Unter den heutigen Bedingungen werden wir nicht davon ausgehen können, dass Führung einträglich ist und ökonomische Gewinne, welcher Art auch immer, einspielt. Sondern dass sie kostet, dass sie schwierig ist, dass sie langwierig ist und dass sie auch zu erheblichen Auseinandersetzungen innerhalb der Bevölkerung führt. Heißt andersrum: Nicht-Führung ist angenehm, ist bequem, man setzt sich auf die Couch und kommentiert genüsslich, was wer auch immer schon wieder mal falsch gemacht hat, aber selber diese Aufgabe zu übernehmen ist hochriskant und man scheut sich davor. Heißt: Eine Debatte über die sicherheitspolitische Rolle Deutschlands in Europa darf sich nicht auf eine Regierungsschelte beschränken – was ja bei uns häufiger der Fall ist –, sondern sie muss die Bürger von der Erfordernis deutscher

Führung überzeugen, indem sie ihnen vor Augen führt, was die Kosten und Lasten deutscher Führung, aber vor allen Dingen auch was auch die Kosten und Lasten deutscher Führungsverweigerung in der Welt darstellen! Das beides gegeneinander zu diskutieren, macht die Sache interessant. Die Zuspitzung zu dieser Alternative räumt auf mit der Vorstellung: Wenn wir uns wegducken, und zwar so tief, dass keiner uns wahrnimmt, dann werde das auch schon keine Folgen und keine Kosten und keine Lasten für uns darstellen. Nein – das genau ist falsch! Aber es ist natürlich das, was man intuitiv glaubt. Sozusagen das Kind, das

sich versteckt, das sich die Augen zuhält und meint, dann würde es keiner sehen.

„Ich gehe davon aus, dass der Westen, wie wir ihn kannten, zerfallen ist.“

Herfried Münkler

Politik muss Entscheidungen nicht nur treffen, sondern unter den Bedingungen einer demokratischen Ordnung muss sie Entscheidungen auch erklären und um

Unterstützung werben. Sie muss so etwas wie einen Willen zur Verantwortung, der sich konkretisiert auch in Führung, bei der Bevölkerung mitschaffen. Das ist das eigentliche Verhängnis der TINA-Formel: *there is no alternative*, die ja bekanntlich nicht von Frau Merkel, sondern von Frau Thatcher stammt. Wir haben es hier also mit einer wirklichen Alternative zu tun: Führung oder Nicht-Führung, über die eine Entscheidung zu treffen ist. Aber dabei ist zunächst zu klären, im Hinblick auf welche Umstände und Konstellationen Führungswille auszubilden und Führungsfähigkeiten zu entwickeln sind. Und deswegen werde ich zunächst ein paar Überlegungen zur Beschreibung der Lage anstellen, die sicherlich nicht bei Ihnen allen Kopfnicken hervorrufen werden, aber das ist ja auch nicht der Zweck dieser Veranstaltung; das ist ja hier kein Gottesdienst, der veranstaltet wird, damit uns allen im Herzen warm wird, sondern wir müssen ein bisschen über die Probleme reden.

Ich gehe davon aus, dass der Westen, wie wir ihn kannten, zerfallen ist und dass es ihn – selbst wenn Donald Trump im kommenden Jahr nicht wiedergewählt wird – so nicht mehr geben wird, wie er in der Vergangenheit war. Das aber ist mehr als eine feuilletonistische Floskel, sondern es fordert das heraus, was die Kanzlerin vor einiger Zeit als den Imperativ einer strategischer Autonomie Europas formuliert hat. Dazu gehört einiges. Dazu ein paar knappe Überlegungen.

Der Zerfall des Westens, so wie wir ihn kannten, ist das eine: das gegenseitige Vertrauen, die Strukturen, bei denen der geopolitische Konkurrent Sowjetunion und seine Satelliten doch offenbar eine zentrale Rolle gespielt haben, als dass tatsächlich eine vertiefte und von sich selbst überzeugte Wertegemeinschaft auf westlicher Seite bestanden hat. Da sieht man im Nachhinein manches an Rissen genauer. Man kann festhalten: Diesen Westen gibt es nicht mehr und wird es nicht mehr geben, aber gleichzeitig passiert noch etwas anderes: Die USA ziehen sich aus der Position eines Hüters der Ordnung zurück. „Hüter der Ordnung“ ist derjenige, der in *common goods* investiert. Der also nicht unter dem Gesichtspunkt „Was nützt es mir, wenn ich was tue, und vor allen Dingen, was nützt es mir und nur mir und sonst keinem anderen“ betrachtet, sondern *common goods* sind dadurch definiert, dass alle davon profitieren. Das lässt sich an allerhand Beispielen erläutern, natürlich an der Einhaltung von Handelsregeln, auch dann, wenn sie einem nicht schmecken, an der Sicherung von, im weiteren Sinne, globalen Erfordernissen, wie einer Begrenzung des Klimawandels, dem Schutz der Artenvielfalt, aber in unserem Bereich auch im Verteilen von Sicherheitsschirmen, die ganz bestimmte Länder davon abhalten, in das bekannte Sicherheitsdilemma hineinzugeraten und die auf diese Weise den Common-good-Effekt haben, dass man das globale Rüstungsniveau auf einer niedrigen Ebene halten kann. In dem Augenblick, in dem solche

Sicherheitsschirme weggenommen werden oder man nicht genau weiß, ob sie noch da sind oder nicht mehr da sind, führt das dazu, dass das Sicherheitsdilemma dieser Länder verstärkt wiederkehrt – das heißt, es führt zu einer allgemeinen Aufrüstung.

Es ist also relativ leicht vorherzusagen, dass das kommende Jahrzehnt nach dem Rückzug der USA aus der Hüterrolle eines sein wird, in dem die globalen Rüstungsausgaben erheblich steigen werden. Das kann man jetzt beklagen, das ist aber nicht weiter von Relevanz für die Entwicklung der Situation, sondern wir haben davon auszugehen, dass das so ist, und daraus resultiert dann die nachfolgende Frage: Wenn wir in eine Ordnung hineingehen, in der es keinen Hüter mehr gibt, was heißt das eigentlich?

Das ist mein zweiter Punkt. Es gibt nicht wenige, die davon ausgehen, das amerikanische Zeitalter gehe zu Ende und das chinesische Zeitalter habe begonnen. Das sind Leute, würde ich mal zuspitzen, die gerne das gegenwärtige Muster aufrechterhalten, nur die Position der USA wird durch China übernommen. Muss man sich nicht auf grundsätzlich Neues einstellen. Das würde ich jedoch bestreiten. Die Chinesen werden die Rolle des „Hüters“ nicht übernehmen, sie können sie nicht übernehmen aus vielerlei Gründen – aufgrund der Unterdeckung ihrer maritimen Fähigkeiten, aber auch weil sie zu schlau sind, sich auf ein so teures Projekt einzulassen. Sie beobachten relativ genau, was die USA überfordert hat, etwa dass die USA schon unter Obama nicht mehr zu einer gleichzeitigen, gleichgewichtigen Machtprojektion in den atlantischen und den pazifischen Raum in der Lage waren. Dass Obama deswegen die Präferenz auf den pazifischen Raum gesetzt hat – mit der Erwartung, dass die Europäer dann den atlantischen Raum bewirtschaften. Was sie erkennbar nicht getan haben.

Das alles haben die Chinesen auf dem Schirm, und sie betreiben eher so etwas wie Sicherung von Einflussphären und von Bereichen, in denen sie die einen oder anderen ökonomischen Interessen haben, insbesondere solche an Rohstoffen, im subsaharischen Afrika und natürlich in Zentralasien. Die so genannte Seidenstraßeninitiative ist wesentlich unter dem Gesichtspunkt der auf Katzenpfoten daherkommenden – das ist die Formulierung von Deng – betriebenen Herstellung von Einflusszonen zu betrachten. Aber das Seidenstraßenprojekt ist kein Sich-Involvieren-Lassen in die globale Verantwortung, also in die Rolle dessen, den ich den Hüter einer Ordnung nenne, den Investor in *common goods*. Wenn das so ist, dass die USA in dieser Position keinen Nachfolger haben, hat das Folgen für die Struktur dieser Ordnung, denn es heißt, dass dies keine Ordnung mehr sein kann, die auf die Rolle eines Hüters angelegt ist, die einen Hüter braucht. Ordnungen, die einen Hüter haben müssen, aber keinen haben, sind hochriskant. Also gibt es eine fast natürliche Tendenz, die Ordnung umzubauen; ein solcher Umbau findet auch hinterrücks statt – und das hat allerlei Folgen.

Nämlich erstens, dass innerhalb dieser Ordnung die Erwartung, dass durch ökonomische Verflechtung Sicherheit geschaffen wird – das ist eine der Grundannahmen der liberalen Weltordnung, wie sie sich nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation herausgebildet hat – dass diese Erwartung so nicht mehr trägt.

Zweitens können wir auch nicht davon ausgehen, dass sich über kurz oder lang gemeinsame Werte durchsetzen, die dann immer nur mal von wem auch immer, sagen wir Außenminister Maas, angemahnt werden. Also das Vertrauen in einen Prozess, in dem eine Reihe von gemeinsamen Werten präsent ist und eigentlich alle sich auf sie verpflichtet haben, wobei einige ab und zu ermahnt werden müssen, diese Verpflichtungen auch zu erfüllen. Sondern es werden sehr unterschiedliche Grundwerte,

Normen und Regeln bei den einzelnen relevanten Akteuren eine Rolle spielen.

Ich glaube also, so meine dritte These, dass sich eine Ordnung herausbildet, die durch fünf bestimmt ist, eine Pentarchie. Dazu werden auf jeden Fall gehören: die USA, China, Europa – die EU, unter der Voraussetzung, dass sie zusammenhält –, vermutlich auch Russland, aber das eher, weil es eine Nuklearmacht ist und aufgrund seiner geopolitischen Rolle als die große Landbrücke Nordasiens, und schließlich Indien. Auch da kann man ein paar Kautelen dahinter machen, die haben eine Reihe von Risiken innerer Art, aber auch klimatologischer Art, die das vielleicht infrage stellen können.

Also ein System von Fünfen, bei denen Ihnen aber sofort aufgefallen sein wird: kein lateinamerikanischer Staat, kein afrikanischer, kein islamischer Staat. Das zeigt die Konfliktzonen. Nun könnte man sagen, na gut, dann erweitern wir das doch – aber ein solches System funktioniert kaum noch, wenn man es über eine bestimmte Anzahl hinaus erweitert, und wenn man sich das so in der Geschichte anschaut, gibt es eine quasi natürliche, man könnte fast sagen, physikalische Tendenz zu einem System der Fünf. Als die Kaisermacht in Italien im vierzehnten Jahrhundert untergegangen ist, waren es fünf Mächte, die sich positioniert haben, als die Dominanz der *Casa d'Austria*, also der Kombination von spanischem Gold und dem damals leistungsfähigsten Militär, nämlich der spanischen Infanterie, in Verbindung mit der Legitimität des Kaisertitels in Wien zu Ende war, waren es abermals fünf: Ende des Dreißigjährigen Krieges bildete sich ein System der Fünf heraus. Es wechselte indes, wer dabei war; am Anfang waren es der Kaiser, Spanien, Frankreich, England und Schweden. Schweden und Spanien sind dann ausgeschieden, und an deren Stelle sind Russland und Preußen getreten. Es war ein System wesentlich der Fünf. Insofern glaube ich, dass

es auch jetzt auf diese Fünf hinauslaufen wird. Die wissen das so nicht, das sind in der Regel auch keine Systeme, die so konstruiert werden von einem, sondern die eher emergieren. Damit ist die deutsche Aufgabe in der EU eigentlich bestimmt. Nämlich jetzt nicht so viel über Welt und globale Zusammenhänge und allerlei mehr zu reden, was man gerne tut, weil in einer solchen Situation natürlich der Zwang, Verantwortung in Führung zu transformieren, schon ein bisschen gemindert ist. Man kann immer sagen, ja, wir sind nur achtzig Millionen, wir sind zu klein, um globale Aufgaben zu übernehmen. Die deutsche Aufgabe besteht vielmehr darin, Europa zusammenzuhalten. In welcher Weise Europa, also die EU, eine Herausforderung für andere in diesem potenziellen System der Fünf darstellt, kann man daran sehen, dass sowohl die USA als auch Russland eine große Aktivität bei der Unterminierung dieser Europäischen Union entwickeln. Bleiben wir beim Brexit: Trump, der ihn offen begrüßt, der sagt „ein No-Deal-Brexit ist mir viel lieber als ein Deal-Brexit“, und der entsprechend permanent eingreift. Wir wissen ja nicht so genau, was die Briten über russisches Eingreifen in die Brexit-Abstimmung wissen, aber vermutlich wird sich da einiges schon identifizieren lassen, weil das natürlich die russische Handlungsfähigkeit erhöht, wenn die Briten aus dem Verbund der EU draußen sind.

Das kann man beklagen, aber man kann auch sagen: Das sind Indikatoren dafür, dass zumindest diese zwei bemerken, hier könnte ein relevanter Akteur im zukünftigen Spiel der Macht sein. Nicht nur in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht, sondern auch bei der Ausgestaltung dieser neuen Weltordnung, und deswegen wollen wir den mal schwächen, weil wir auf diese Weise unsere Handlungsoptionen vermehren. Indien spielt dabei noch gar keine Rolle, aber China, das in ganz anderer Weise präsent ist. Es setzt nicht an mit polterndem Auftreten oder dem Eingreifen von Trollen und Hackern, sondern hat sich die weiche Südostflanke der Europäer ausgesucht: kauft sich in

den Hafen von Piräus ein, versucht, einige Länder des europäischen Südostens in zunehmende ökonomische und fiskalische Abhängigkeit zu bringen, um auf diese Weise deren Abstimmungsverhalten im Rat der EU beeinflussen zu können. Also viel schlauer, weil nicht polternd, sondern eher katzenpfotenförmig.

Also auch hier, wenn Sie so wollen, eine Anerkennung: „Die EU ist ein Akteur, der eine Rolle spielen könnte und bei dem wir sinnvollerweise unsere Eingriffsmöglichkeiten vorher platzieren.“ Man muss sich auf deutscher Seite darüber Gedanken machen, wie man diese Europäische Union erstens zusammenhält und zweitens sie zu einem relevanten Akteur in dem zu erwartenden Prozess der Neubildung einer Weltordnung macht. Das scheint mir die erste Führungsaufgabe Deutschlands zu sein, die EU zusammenzuhalten. Das werden wir – das ist jetzt das größere Wir – aber nur in enger Kooperation mit Frankreich hinbekommen. Es wird es darauf ankommen, die deutsch-französische Achse wieder einigermaßen rund zu bekommen.

Lassen Sie mich einiges zu genuin sicherheitspolitischen Herausforderungen sagen: Wir haben relativ lange, ich würde sagen, von 1648 bis vor kurzem, damit gelebt, dass der Kollektivsingular Krieg ein Begriff war, der tatsächlich als Kollektivsingular handhabbar war, weil er unterschiedliche Formen der Konfliktaustragung und des Geltendmachens eines politischen Willens plausibel zusammengefasst hat. Ich denke, dass diese Zeit vorbei ist. Es ist relativ zeitaufwändig, das ausführlich zu begründen. Deswegen nur knapp: Wir befinden uns in einer Situation, in der die Basiscodierung der politischen Systeme seit dem Westfälischen Frieden, nämlich die der Binarität, zu Ende geht. Sie beruhten auf der Formel des *Tertium non datur* – entweder-oder und ein drittes gibt es nicht. Krieg oder Frieden und ein drittes gibt es nicht.

Diese Binarität hat große Vorzüge, denn dann kann man den Übergang von Aggregatzustand A (Frieden) in Aggregatzustand B (Krieg) und umgekehrt juridifizieren, durch den Akt der Kriegserklärung und den des Waffenstillstands bzw. des Friedensschlusses. Aber schon der Begriff „hybrider Krieg“, der sich inzwischen ausgebreitet hat, oder der Drohnenkrieg zeigen, dass diese Binarität nicht mehr besteht. Die USA haben weder dem Jemen noch Pakistan je den Krieg erklärt, sind aber mit Kampfdrohnen dort präsent. Oder Terrorismus als etwas, was gewissermaßen auch zwischen Krieg und Frieden ist. Auch die Binarität von innen/außen, Militär/Polizei oder Kombattant/Non-Kombattant – all das funktioniert so nicht mehr. Das heißt, die grammatische Struktur einer Ordnung hat sich aufgelöst, wir begreifen die Konsequenzen dessen oft noch nicht, auch wenn wir darüber reden und leichtfüßig – man könnte auch sagen leichtfertig – den Begriff „hybrider Krieg“ verwenden. Und dann machen wir ein schlaues Gesicht und meinen, wie hätten damit etwas Bedeutendes gesagt. Wir müssen aber noch begreifen, was wir damit gesagt haben!

Wenn das so richtig ist, kann man also sagen, der klassische Staatenkrieg mit territorialisierten Akteuren werde, jedenfalls für uns, keine zentrale Rolle mehr spielen. Ich selbst gehe eher davon aus, dass er sich in bestimmte Regionen zurückgezogen hat, wo es nach wie vor Hegemonialkriege gibt, weil ein zuvor dominanter Akteur verschwunden ist. Das ist im Nahen



„Der klassische Staatenkrieg mit territorialisierten Akteuren wird, jedenfalls für uns, keine zentrale Rolle mehr spielen.“

Herfried Münkler

und Mittleren Osten der Fall, wo mit Ägypten und dem Irak zwei Hegemonialaspiranten ausgefallen sind, sodass die Hegemonialaspiranten Iran und Saudi-Arabien mit entsprechender religiöser Unterfütterung miteinander um die Dominanz konkurrieren. Und seitdem die Türkei beziehungsweise die AKP neo-osmanische Phantomschmerzen hat, also sich erinnert, dass sie mal der Herr dieses Raumes war, ist auch die Türkei dabei. Dort könnten solche Kriege weiterhin stattfinden.

Ansonsten ist die zentrale Herausforderung eine ganz andere, nämlich Absicherung unserer Steuerungs- und Kommunikationsinfrastruktur gegen Angriffe und Eingriffe von außen. Das wird die Art sein, in der diese Fünf gegeneinander, wenn sie sich nicht besonders freundlich gesonnen sind, ihre Konflikte austragen und ihren Willen zur Geltung bringen. Sie erinnern sich vielleicht, dass Clausewitz meinte, Krieg sei eher das Totschlagen des gegnerischen Mutes, aber weil man das nicht könne, ohne den gegnerischen Mann zu töten, sei es ein Totschlagen des gegnerischen Mannes. Es ist heute jedoch nicht mehr nötig, den Mann totzuschlagen, um einen gegnerischen Willen zu beseitigen. Das kann man nicht-letal und ohne kinetische Energie erreichen. Angesichts der Kosten, die der Einsatz von klassischen militärischen Mitteln heute verursacht, kann man mit einer gewissen Plausibilität davon ausgehen, dass alle Beteiligten wissen, dass eine solche Auseinandersetzung für sie in das Ende führen würde – und selbst wenn sie nicht dazu führt, ist sie in jedem Fall viel zu teuer.

Also wird man es anders versuchen. Darauf sind die Europäer indes nicht vorbereitet. Das ist eine Herausforderung, in die ungeheuer investiert werden muss. Eine andere Form der Auseinandersetzung ist die Investition in die Stabilisierung instabiler Peripherien. An beidem, der Sicherung von Steuerungssystemen und der Fähigkeit zu Peripheriestabilisierung, wird sich entscheiden, wer die Fünf sind und ob diese Fünf

tatsächlich auch fünf bleiben oder ob einer verschwindet, wie damals Spanien und Schweden, oder ob neue dazukommen. Ziemlich klar: Die Russen haben ihre Peripherie, die Amerikaner haben ihre Peripherie, also all das, was hinter der großen Mauer liegt, die Trumpf jetzt baut. Die Chinesen haben ihre Peripherie, Zentralasien, und so weiter. Alle haben ihre Peripherien. Wenn es den Akteuren nicht gelingt, diese Peripherie ökonomisch zu prosperieren und politisch zu stabilisieren, dann ist das ein Zeichen ihrer Schwäche, und sie laufen Gefahr, aus dem System der Fünf auszuschneiden.

Die europäische Peripherie ist klar: die Europa gegenüberliegende Mittelmeerküste und die dahinter liegende Sahelzone. Und natürlich der Nahe Osten. Wenn ich auf den Nahen Osten verweise, zeigt sich auch, wie das mit dem System der Fünf funktioniert. Im Nahen Osten werden die Europäer nämlich nur etwas hinbekommen, wenn sie die Russen nicht als Gegenspieler haben. Das lässt sich im Rückblick aus dem Syrien-Konflikt ganz gut lernen. Eigentlich kann man sagen: Ein ziemlich naiver Westen hat Assad und Putin notorisch in die Hände gespielt, als er gesagt hat: „Ok, der IS ist das Hauptproblem, den zerschlagen wir, und wir können das, weil er den Fehler gemacht hat, sich aus einem Netzwerk in einen territorialen Akteur zu verwandeln, den wir aus der Luft attackieren können.“ Aber man hat nicht darüber nachgedacht, was passiert, wenn der IS zerschlagen ist. Dann ist nämlich Assad der Gewinner. Aber wenn der der Gewinner ist, muss man sich darauf einstellen, dass man mit ihm verhandeln muss, dass man zu ihm Kanäle bauen oder offenhalten muss. Wenn man das nicht will, muss man doch vielleicht eher, wie Erdoğan, darüber nachdenken, ob man nicht gewisse Spiele mit dem IS treibt. Haben wir aber nicht gemacht, weil wir das Ganze nicht strategisch, sondern im Bann der Terrorismusvorstellung angegangen sind. Insofern stehen wir jetzt vor

einer Situation, in der die drei anderen, Putin, Erdoğan und Assad, das Spiel beherrschen. Deutschland und die EU kommentieren nur.

Das heißt, was ich hier beschreibe, ist zunächst einmal eine analytische Aufgabe, wenn man über Führung und Führungswillen spricht: nämlich zu beschreiben, was man wollen soll und was man wollen kann. Es genügt da nicht, sich an die Brust zu fassen und zu sagen: „Jetzt wollen wir aber mal wollen!“ Sondern es geht um eine kluge Analyse der Konstellationen, um dann einen Blick auf die eigenen Fähigkeiten zu werfen. Die aber sind ganz andere, als es den Anschein hat, wenn man über Verteidigungsausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nachdenkt. Es ist erstens der Wille und die Fähigkeit zur Stabilisierung der Europa gegenüberliegenden Mittelmeerküste, der Sahelzone und des Nahen Ostens und speziell dort die Erfordernis einer strategischen Kooperation mit Russland. Es ist zweitens die Herstellung strategischer Autonomie gegenüber den USA und in Verbindung damit ein Blick auf die Abgrenzung von Einflussphären gegenüber Russland sowie die Behauptung einer technologischen Spitzenposition gegenüber China. Und es ist drittens die Ausnutzung einer im Prinzip komfortablen Position. Denn bei Fünfen ist einer das Zünglein an der Waage. Wie wäre es, wenn die Europäer strategisch darauf hinwirken würden, diese Rolle zu spielen – das ist zurzeit quasi im Angebot in der Konfrontation zwischen den USA und China. Das läuft auf die Herstellung von klugen Kooperationsbeziehungen der Fünf untereinander hinaus und, wie Parag Khanna es immer wieder anmahnt, auf ein Nachdenken darüber, wie man die nicht zu den Fünfen Gehörenden, zweite Linie im Hintergrund der Fünf, in die eigene Interessensverfolgung einbindet. Vielen Dank!



Kersten Lahl: Herzlichen Dank, lieber Herr Professor Münkler, für diese Keynote, die, so glaube ich, bei uns allen nicht nur Nachdenklichkeit anmahnt, sondern die auch dazu zwingt, nachzudenken. Am Schluss haben Sie nochmal gesagt, wir dürfen nicht wollen wollen. Man kann also durchaus sagen: Wir müssen auch wollen können und können wollen! Auch wenn das Wortspiel vielleicht ein bisschen verwirrend klingen mag, so steckt aber eben mehr dahinter, als nur verbal etwas anzumahnen, sondern es muss dann auch wirklich Substanz dahinter sein.

Wir haben jetzt noch etwas Zeit, wenn Sie damit einverstanden sind, noch die eine oder andere Frage anzureißen. Ich wollte es eigentlich nicht tun, aber Sie haben mich geradezu herausgefordert, mit einer kleinen Frage zu beginnen, die ich eigentlich gerne an den Anfang stellen würde. Sie sagten nämlich, so sinngemäß, große Territorialkriege spielen in der Zukunft wohl eher keine Rolle mehr. Ist das nicht ein Argument, das zwar in der Logik bestechend ist, aufgrund der Analyse, die Sie anstellen – das aber das auf dem Boden einer unterstellten Rationalität geboren ist? Das heißt mit anderen Worten: Wie würden Sie die Gefahr einschätzen, dass es selbst in unserer heutigen Zeit, selbst in Europa – gerade mit Blick auf den Osten – zu einer Art ungewolltem Automatismus kommt? Denn Kriegsentscheidungen werden von Menschen gemacht, und Menschen sind nicht immer völlig rational. Also dass sozusagen eine Eskalationsdynamik genau zu dem Punkt führt, dass Territorialkriege eben doch wieder führbar werden und vielleicht auch subjektiv gewinnbar erscheinen?

Herfried Münkler: Den ersten Punkt, den Sie gemacht haben, der Verweis auf die Irrationalität oder Kontingenz des Geschehens, den kann man nicht ausradieren. Da haben Sie völlig Recht. Schon am Ende des 19. Jahrhunderts wurde darüber nachgedacht, dass eigentlich in Folge von Aufklärung und Industrialisierung die Ära der Kriege zu Ende sei. Und

dann kam dann doch der Erste Weltkrieg. Insofern kann man das Spiel der Unvernunft nicht generell von der Hand weisen. Nun habe ich meine *déformation professionnelle* als Hochschullehrer und sage als jemand, der auf die akademische und rationale Argumentation verpflichtet ist: Politik hat die Aufgabe Kontingenz und Irrationalität zu limitieren. Dass sie das möglicherweise nicht restlos kann, zugestanden. So viel dazu.

Der zweite Punkt, den Sie gesagt haben, Kriege wieder „führbar“ machen, das ist etwas anderes. Das ist ein anderes Argument, als wenn Kriege aus politischer Dummheit oder, wie Christopher Clark gesagt hat, aus Schlafwandelei ausbrechen. Das kann man nicht prinzipiell ausschließen, aber das setzt natürlich voraus, dass die großen Akteure in ihre Fähigkeit zur Führung herkömmlicher Kriege investieren. Das kann sein, wenn sich das von mir beschriebene System der Fünf so nicht ausbildet, sondern wir es – aus welchen Gründen auch immer – in zehn, zwanzig Jahren vielleicht mit zwanzig oder dreißig Nuklearmächten auf dem Globus zu tun haben. Dann stellt sich alles anders dar. Insofern war es eine furchtbare Fehlentscheidung von Trump zu glauben, er könne mit Dealpolitik Nordkorea in den Griff bekommen und er könne das Iran-Abkommen aufkündigen, ohne ernstlich etwas in der Hinterhand zu haben. Das kann man natürlich aufkündigen – aber dann muss man bereit sein, einen Krieg zu führen und den Iranern die Fähigkeiten zur Fortsetzung ihres Nuklearprogramms zu nehmen. Wenn man das gerade nicht will, dann ist die Vertragskündigung idiotisch.

Kersten Lahl: Vielen Dank! Ich habe jetzt schon zwei Wortmeldungen; ich schlage vor, wenn Sie damit einverstanden sind, fassen wir vielleicht zwei oder drei Wortmeldungen zusammen. Ich würde Sie um drei Dinge bitten. Erstens, mir ein Handzeichen zu geben, wer gerne eine Frage stellen möchte. Zweitens, ich würde Sie bitten, ganz kurz Ihren Namen zu nennen und drittens: Bitte fassen Sie sich kurz!



Herr Herrmann, dann habe ich hier vorne eine Wortmeldung und dann den Herr Schneider. Bitteschön!

General a. D. Kurt Herrmann: Guten Tag, Herrmann, von der Clausewitz-Gesellschaft. Herr Professor Münkler, wenn Sie von europäischer Autonomie oder strategischer Autonomie sprechen, gegenüber den USA, ich glaube, man muss fairerweise bekennen, dass die aktuellen militärischen Fähigkeiten Europas dafür überhaupt nicht ausreichen. Das heißt also, Autonomie kann allenfalls im Sinne europäischer Souveränität gesehen werden. Und als zweiter Punkt: Zu einer strategischen Autonomie, ich glaube, das ist auch die französische Sprechweise gewesen, gehört doch automatisch, im Prinzip, heutzutage auch eine entsprechende nukleare Fähigkeit. Würden Sie das auch so sehen?

Kersten Lahl: Gleich die zweite Frage hinterher, damit wir das gemeinsam beantworten können.

Michael Weiß: Mein Name ist Weiß. Meine Frage: Sie sagen, die Ordnung, die sich nach dem Westfälischen Frieden etabliert hat, geht zu Ende. Nach dem Westfälischen Frieden etablierte sich eine zunehmende Trennung von Kombattanten und Militär auf der einen Seite und Zivilgesellschaft auf der anderen Seite, also – ich sage das jetzt mit den Worten Friedrichs des Großen – der Bürger darf nicht merken, wenn der Soldat kämpft. Geht das Ihrer Meinung nach jetzt zu Ende? Ist die Trennung zwischen Militär auf der einen Seite und Zivilgesellschaft, ich sage mal löchrig, durchlässig, nicht mehr zeitgemäß?

Kersten Lahl: Dankeschön! Und jetzt haben wir noch eine dritte ... ja bitte, Herr Schneider!

Thomas Schneider: Guten Tag, Thomas Schneider, GSP-Sektion Dortmund. Professor Münkler, mit Ihrer These oder der Feststellung, dass der Westen als solches sich aufgelöst hat, nicht mehr eine wie auch immer gestaltete Wertegemeinschaft ist, implizieren Sie damit auch, dass

„Der immer schon heikle
südöstliche Flügel der NATO
hat sich eigentlich aufgelöst.
Dort hat sich eine völlig
andere Struktur gebildet.“

Herfried Münkler

die NATO als eigentlich die personifizierte Wertegemeinschaft damit auch obsolet geworden ist oder es demnächst wird?

Herfried Münkler: Ich fange mal hintenrum an. Ich hatte gesprochen vom „Westen, wie wir ihn kannten“. Aber in dem Maße, in dem aus vielerlei Gründen Artikel 5 NATO-Vertrag eher optional als eine wirk-

liche Festsetzung, mit der man rechnen muss, geworden ist, gibt es diesen Westen nicht mehr. Das ist das eine. Das andere ist: Es gibt ja Leute, die sich fragen, ob die Türkei noch zur NATO gehört. Der immer schon heikle südöstliche Flügel der NATO hat sich eigentlich aufgelöst. Dort hat sich eine völlig andere Struktur gebildet. Es war ein

geopolitisch zentraler Imperativ des alten Westens sicherzustellen, dass der Vordere Orient und die damalige UdSSR nicht unmittelbar verbindbar sind. Das hat sich grundlegend geändert.

Die Fernhaltung Russlands vom Warmen Meer war im Prinzip eine alte Weisheit der Europäer, weswegen die Mitte des 19. Jahrhunderts einen Krim-Krieg geführt und den Fortbestand des Osmanischen Reiches durch das Einlaufen ihrer Verbände ins Schwarze Meer sichergestellt haben. Wir haben jetzt eine Situation, die ungefähr den Konstellationen des Ersten Weltkrieges entspricht, wo die Westmächte akzeptiert haben, dass die Russen das Schwarze Meer überspringen, dazu südlich des Kaukasus präsent sind und so weiter und so weiter. Hier entwickelt sich eine neue geopolitische Lage – und wir stehen dabei. Deswegen würde ich sagen, das sind Prozesse, die sich noch beschleunigen werden, weil ich nicht sehen kann, wo die retardierenden Kräfte sind.

Die andere Frage: Naja, also die Auflösung von Militär und Zivilgesellschaft ist ja bereits eine Auflösung, die im Prinzip mit der Französischen Revolution und dem Ende der Kabinettskriege eingetreten ist. *Levée en masse* auf der einen Seite, dazu die Preußen, die sagen, wir können mit der alten Armee Friedrichs gegen Napoleon keinen Krieg gewinnen, also müssen wir etwas Ähnliches hinbekommen wie die Franzosen. Von da an haben wir eine andere Situation. Aber natürlich auf der Grundlage der Unterscheidbarkeit von Kombattant und Non-Kombattant. Die ist immer aufrechterhalten worden. Das heißt, diese, wie ich das nenne, grammatikalische Struktur der Welt- oder der Völkerrechtsordnung, die blieb bestehen. Auch wenn sich sonst Veränderungen in der Frage, wie stehen Militär und Gesellschaft zueinander, abgespielt haben.

Dritter Punkt: nukleare Fähigkeiten. Die hätten ja eigentlich die Europäer, wenn die Briten nicht gehen würden. Haben sie auch nach wie vor, mit

der *Force de frappe*, aber das sind natürlich französische Fähigkeiten. Also muss man darüber noch einmal nachdenken. Andererseits, kann man vermutlich sagen, gehören diese nuklearen Fähigkeiten doch ins Drohpotenzial hinein und sind nicht unbedingt brauchbar, wenn es um die beiden von mir beschriebenen Herausforderungen geht, nämlich Stabilisierung der Peripherie und hybride Kriegführung.

Die Fähigkeit, Cyber-Attacken abzuwehren und gegebenenfalls mit Gegenangriffen darauf zu reagieren, stellt die entscheidende Fähigkeitslücke der Europäer dar. Wenn beispielsweise deutsche Geheimdienste ihre sehr geheimen Informationen oder auch deutsche Versicherungen ihre sehr datengeschützten Informationen in Clouds amerikanischer Unternehmen ablegen müssen, dann zeigt das: Da gibt es überhaupt keine Autonomie. Da gibt es gar keine Türen mehr, die sind schon längst ausgehängt. Da hat man relativ lange geschlafen und die Entwicklung von Galileo als Konkurrent zu Google ist auch nicht besonders überzeugend gelaufen. Es hat Verzögerungen wie beim Berliner Flughafen gegeben. Mal schauen, was GAIA-Plus in dieser Frage bringt.

Das heißt, dieses Problem ist identifiziert, jetzt muss gehandelt werden. Und das könnte natürlich eine Sache sein, bei der die Bundesrepublik Deutschland auch ökonomische Interessen ins Spiel bringt. Nämlich die Frage, die ich angesprochen habe: technologische Spitzenposition gegenüber den Chinesen. Das wird kein Land der Europäer allein stemmen können, sondern da muss man sich auf einen Verbund, eine Kooperation der Europäer einlassen. Da haben wir ja eigentlich mit dem Airbus ganz gute Erfahrungen gemacht. Kann sein, dass das alles jetzt sehr viel schwieriger ist, weil auch der Abstand viel größer ist zu den anderen. Aber wer in dieser Frage in vorseilendem Gehorsam schon aufgibt, weil er sagt, das kriegen wir doch nie hin, dann lassen wir das lieber und sind dann abhängig von wem auch immer, Silicon

Valley, Kalifornien, Huawei, China und was weiß ich was, der hat schon verloren. Das passt mir nicht besonders, weil das heißen würde, wir können auch alle anderen Überlegungen aufgeben und die Frage von Verantwortung und Führungsfähigkeit einkassieren und sagen, dass wir uns auf die Couch setzen und darauf hoffen, dass es uns gut geht und wir keine großen Nachteile erleiden – und ansonsten halten wir Ruhe und vielleicht kriegt dann keiner mit, dass es uns gibt.

Kersten Lahl: Das war ja schon fast so etwas wie ein Schlusswort der heutigen Veranstaltung – ist es aber nicht ganz. Ich habe gesehen, dass es hier noch eine ganze Menge Wortmeldungen gibt, aber wir sind leider schon über die Zeit hinaus und ich bin mir ganz sicher, Herr Münkler, dass wir viele Ihrer Steilvorlagen auch in den beiden Panels heute Nachmittag aufgreifen werden. Ich möchte Sie aber nicht ganz entlassen, sozusagen aus der Verantwortung hier, ohne erstmal Dank zu sagen, zum anderen Ihnen aber auch etwas zu geben, was ich nur mit Zögern tue. Denn ich weiß schon, einem Herfried Münkler ein Buch zu überreichen, ist schon fast eine Anmaßung. Er hat so viele Bücher geschrieben – eines besser als das andere –, und jetzt kriegt er ein Buch, auf dem steht „Sicherheitspolitik verstehen“. Es ist nicht ganz einfach, aber ich will es gerne begründen: Sie sagten sehr deutlich, es käme darauf an, nicht nur etwas zu tun, sondern auch die Bürger dabei zu überzeugen. Und eine Vorstufe des Überzeugens ist es, Bürger für Fragen der Sicherheitspolitik zu interessieren. Ich gebe Ihnen das Buch deswegen, damit Sie wissen, dass wir uns bei der GSP gerade hiermit verdienstvoll zu machen versuchen, Bürger zu interessieren für Themen der Sicherheit. Nochmal herzlichen Dank dafür, dass Sie hier bei uns waren!

Ja, damit können wir nahtlos – pausenlos, wenn Sie so wollen – übergehen in das erste unserer beiden großen Panels, das Herr Botschafter

Brose als neuer Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik leiten wird. Herr Münkler sprach vorhin von einer Pentarchie, wir hatten ursprünglich auch eine Pentarchie hier vorne vor, leider ist sie schon ein bisschen geschrumpft. Wir haben eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn gehört, dass leider unser Vizepräsident der GSP, Herr Staatssekretär Dr. Tauber, kurzfristig die Pflicht übernehmen musste, seine Ministerin zu vertreten. Herr Brose: *you have the floor*.





Panel 1: Außensicht auf die deutsche Sicherheitspolitik: Was erwarten unsere Partner von Deutschlands Rolle?

Botschafterin Anne-Marie Descôtes, Französische Republik

Botschafter Wepke Kingma, Königreich der Niederlande

Botschafter Andrzej Przyłębski, Republik Polen

Botschafter Boris Ruge, Stellv. Vorsitzender Münchner Sicherheitskonferenz

Moderation: Botschafter Ekkehard Brose, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Ekkehard Brose: Wenn ich die Panelisten bitten darf, hier ihre Plätze zu beziehen. Sehr schön, ein nahtloser Wechsel. Ich bewundere Sie, das Publikum, denn es ist nicht so ganz einfach, der übergangslose Wechsel von einem intellektuellen Höhenflug zu einem Teil der Veranstaltung, einem Panel, das natürlich auch hohen Ansprüchen genügen muss, aber vielleicht eher verankert ist in dem täglichen Grabenkampf der Sicherheitspolitik, wie er sich so abspielt.

Herr Professor Varwick hat zwei Worte, die mir gefielen, gesagt: bunt und mit Herzblut. So wollen wir möglichst unsere Diskussion auch halten. Sie kennen alle die Stichworte: mehr Führung wagen, Zwei-Prozent-Diskussion. Der Untertitel, der hier über uns prangt, ist ja auch „Deutschlands ungeklärte sicherheitspolitische Rolle“. All das zeigt ja schon in eine Richtung. Wir wollen ein bisschen hinter die Stichworte und hinter die Kulissen gucken, und das mit einem Blick von außen. Von außen, das heißt, zum Beispiel, mit Blick der französischen Botschafterin, Anne-Marie Descôtes. Es wurde gesagt, dass uns einige abhandengekommen sind; sie ist, wenn Sie die Schriftform des Programms vor Augen haben, ist sie sozusagen hinzugekommen. Es ist schon ein Weilchen so geplant, aber das ist für die, die das Programm nur schriftlich kannten, vielleicht eine Überraschung – eine positive Überraschung.

Frau Descôtes ist französische Botschafterin hier, sie ist vielleicht den sicherheitspolitisch Interessierten unter uns vor allem dadurch bekannt geworden, dass sie in der BAKS ein Arbeitspapier veröffentlicht hat, das freut mich als Präsident der BAKS natürlich ganz besonders. Dieses Arbeitspapier beschäftigte sich auf eine recht klare Art und Weise mit der Frage, wie die sehr restriktive Art Deutschlands, mit Rüstungsexporten umzugehen, die Möglichkeiten der deutsch-französischen und vielleicht der europäischen Zusammenarbeit generell bei der Fertigung von Rüstung behindert. Denn man braucht Stückzahlen und für hohe

Stückzahlen muss man exportieren. Ich hoffe, ich habe das einigermaßen fair zusammengefasst, das war die These, die Frau Descôtes vertreten hat, und man fühlte sich in Deutschland, glaube ich, schon etwas getroffen, weil das gut argumentiert war und richtig argumentiert und wurde deswegen wahrgenommen.

Ich gehe weiter in diese Richtung: Der niederländische Botschafter Wepke Kingma hat einen Lebenslauf, in dem es ganz viel Europa gibt. Das fasse ich, glaube ich, richtig zusammen. Ich bitte Sie zu entschuldigen, dass ich nicht Ihr ganzes Leben hier darstelle, das ist zu weit, aber sehr stark europapolitisch. Das ist für unsere jetzige Diskussion, für die Situation, in der wir uns befinden, gut, ein toller Hintergrund, denn Europa ist teils ein Problem, teils aber auch die Antwort auf manche der Probleme, die wir haben. Da werden Sie sicherlich aus der Tiefe Ihres Verständnis' einiges zu beitragen können.

Dann drehe ich mich zu meiner Rechten, der polnische Botschafter – und jetzt muss ich sicher sein, das einigermaßen gut auszusprechen – Przyłębski? Ist das so einigermaßen richtig? Sie können damit leben so?

Andrzej Przyłębski: Das ist schon in Ordnung!

Ekkehard Brose: Sie sind nicht nur polnischer Botschafter hier, sondern Sie sind auch jemand, dem Deutschland schon sehr lange vertraut ist und ich glaube, ich kann sagen, am Herzen liegt. Sie waren Stipendiat der Humboldt-Stiftung und haben als solcher bei Hans-Georg Gadamer in Heidelberg studiert, das sagt auch ein bisschen über den Hintergrund – vielleicht nicht ein Philosophenkönig, aber doch ein Philosophenbotschafter.

Und schließlich mein mir wohlbekannter Kollege aus dem Auswärtigen Amt, Herr Botschafter Boris Ruge, der jetzt stellvertretender Leiter

der Münchener Sicherheitskonferenz ist. Sein Chef Wolfgang Ischinger ist oft in vieler Leute Munde als ein Kritiker eines zu schwachen Profils Deutschlands im Bereich der Sicherheitspolitik. Die Münchner Sicherheitskonferenz ist ja nicht irgendwie außerirdisch, sie ist schon in Deutschland verhaftet, aber sie hat natürlich einen einmaligen Überblick über all das, was in Führungszirkeln der Welt gedacht wird. Vor wenigen Tagen war ich mit einem kleineren Kreis der Münchener Sicherheitskonferenz, Seite an Seite, in Ägypten. Daran sieht man, sie strecken die Finger in alle Richtungen aus und haben von daher einen sehr guten Überblick darauf, was so gedacht wird in der Sicherheitspolitik, auch über Deutschland.

Voilà, das ist das Panel! Nun werden Sie vielleicht denken, dass wir das alles vorher abgesprochen haben – wir haben nichts vorher abgesprochen. Die Absprache besteht nur darin, dass es keine Absprache gibt. Sondern, dass ich Fragen stellen werden und dass es keine Eingangsstatements gibt, denn wir wollen diskutieren, untereinander, möglicherweise, wenn es die Zeit hergibt, auch mit Ihnen, aber vor allem erstmal untereinander. Insofern werde ich mit Fragen an einzelne von Ihnen beginnen, das wird sich dann hoffentlich zu einem Orchester zusammenfügen. Ich beginne mit Ihnen, Frau Descôtes, und das knüpft an an den Artikel, den ich schon erwähnte, also Kritik an der deutschen Rüstungsexportpolitik. Die Normen, die dort anzuwenden sind, sind ja für uns alle in Europa dieselben, es gibt eine europäische Norm, an der wir uns da alle orientieren. Aber die Art der Anwendung ist unterschiedlich. Sie haben das kritisiert, dass Deutschland so restriktiv ist, dass es schwierig ist, mit uns zusammen ein Rüstungsprojekt größeren Ausmaßes überhaupt auf die Beine zu stellen.

Nun hat in Toulouse ein Treffen stattgefunden, bei dem es gewisse Fortschritte auf diesem Gebiet, glaube ich, gegeben hat und deshalb

meine Frage an Sie: Wie sehen Sie das heute? Ist das immer noch ein großes Problem? Was wären Ihre fiktiven oder tatsächlichen Forderungen an Deutschland? Nimmt Deutschland in diesem Bereich, Rüstungstechnologie, seine Verantwortung angemessen wahr?

Anne-Marie Descôtes: Ja, also, die Frage ist gelöst. Nächste Frage! Wir sind tatsächlich beim letzten Ministerrat zu einem sehr guten Ergebnis gekommen und wir wollen jetzt nur hoffen, dass diese Entscheidung – und da gibt es auch keine Zweifel – umgesetzt wird. Wir sind zu einem guten Ergebnis gekommen und ich glaube, das wird eben zu dem führen, was wir auch wollten. Nämlich wir verstehen, nehmen wahr und respektieren, dass es hier in Deutschland einige Empfindlichkeiten gibt, was dieses Thema betrifft, und dass die Regeln anders sind. Wir haben auch Regeln, um die Waffenexporte zu kontrollieren, nur dass es bei uns etwas anders funktioniert. Aber die Idee war, dass wir nicht so sehr voneinander abhängen, dass, wenn nur ein ganz kleiner Teil des Rüstungsmaterials hier gebaut wird, dass wir dann nicht mehr exportieren können. Dass wir uns da eng austauschen und zu einem System zurückkommen, wie es in dem Debré-Schmidt-Abkommen existierte.

All das ist jetzt sehr deutlich geklärt worden. Ich möchte jetzt nicht in die Details gehen, denn die Diskussion ist eine andere. Hier gibt es



„Wir verstehen, nehmen wahr und respektieren, dass es hier in Deutschland einige Empfindlichkeiten gibt, was dieses Thema betrifft, und dass die Regeln anders sind.“

Anne-Marie Descôtes

andere Themen zu besprechen und ich würde dann eher auf die Frage des Panels eingehen.

Ekkehard Brose: Sehr gut. Sie merken, ich wollte mit etwas Positivem beginnen. Ich ahnte, dass Ihre Antwort positiv sein würde, und ich glaube auch, dass wir da was geschafft haben, indem Rüstungsk Kooperationen tatsächlich einfacher gemacht werden und auch der Export von gemeinsamen Produkten. Das ist nicht unkontrovers, besonders nicht in Deutschland, wenn wir jetzt eine innenpolitische Diskussion führen würden, würden wir ganz sicher Beschuss bekommen, aber dass die Regierung das trotzdem macht, ist ein klares Signal.

Anne-Marie Descôtes: Und ich danke der BAKS, dass mir die Gelegenheit angeboten wurde – so konnte ich unsere Position deutlicher erklären als nur in einem kurzen Artikel. Das habe ich gemacht, und das hat wahrscheinlich auch dazu beigetragen. Vielen Dank!

Ekkehard Brose: Sie haben ganz sicher einen Beitrag geleistet! Herr Kingma, zu den Niederlanden verbindet uns die weitestgehende Integration der Streitkräfte, die wir mit irgendeinem Land auf der Welt haben. Das deutsch-niederländische Corps ist wahrscheinlich allen bekannt und es gibt noch manch andere Einrichtung, die das sehr deutlich macht. Wenn ich richtig informiert bin, haben die Niederlande Panzer in ihrer Armee ganz abgeschafft, im Vertrauen letztendlich auf die deutschen Panzer, die ja rein geographisch weiter östlich stehen. Ist dieser Vertrauensbeweis, der darin steckt, ist das denn so unkontrovers aus niederländischer Sicht? Denn Deutschland, wenn man das verfolgt über die Jahre, hat natürlich eine Parlamentsarmee, das wissen und wussten sie, als sie diese Integration eingingen. Eine Parlamentsarmee, die zwar, wenn sie von der Regierung gefragt wurde, immer ja gesagt hat, aber sie wurde manchmal auch nicht gefragt, muss man

dazu sagen. Es ist eine Situation in Deutschland, die bedeutet, dass manchmal andere, zum Beispiel die Niederlande, gerne militärische Macht einsetzen würden, wenn Deutschland das nicht möchte. Ist das kompatibel? Diese tiefe Integration und eine gewisse Abhängigkeit von der deutschen Parlamentsarmee?

Wepke Kingma: Das ist eine sehr interessante Frage, die ich nicht erwartet habe. Aber ich möchte noch eine Bemerkung über diese Panzerbrigade machen: Sie haben völlig Recht, die einzigen Panzer, die das niederländische Militär fahren kann, sind deutsche Panzer. In den Niederlanden – ich bitte alle hier, das als Geheimnis zu verstehen – in den Niederlanden ist das überhaupt nicht bekannt, lassen wir es unser „Geheimnis von Berlin“ bleiben.

Wir sind sehr zufrieden, sehr stolz über die binationale Zusammenarbeit mit Deutschland, die – wie Sie bereits gesagt haben – sehr tief ist. Ich habe noch einige Beispiele, aber die will ich nicht nennen. Dort geht es auch um die Seebataillone, das gesamte Korps in Münster – das heißt, die Zusammenarbeit geht sehr, sehr weit. Nein, wir glauben nicht, dass das deutsche System, das eben so ist, wie es historisch geschaffen wurde, dass es eine Bedrohung für unsere Zusammenarbeit ist. Wir überlassen das der Souveränität Deutschlands und möchten natürlich auch, dass alles, was wir tun im Bereich dieser Zusammenarbeit, auch in den beiden Staaten parlamentarisch geprüft ist und mitgetragen wird. Ich glaube nicht, dass es dadurch Probleme gibt. In der Praxis könnten Herausforderungen entstehen, zum Beispiel, wenn wir zusammen an einer Militärmission unter dem Mandat der UNO teilnehmen, zum Beispiel, und man muss einander abwechseln, da müssen natürlich das niederländische parlamentarische Verfahren und das deutsche Verfahren sehr genau aufeinander abgestimmt werden. Die Zusammenarbeit ist so eng, dass man zu diesen Fragen kommt, aber ich sehe es eher



„Ob man sich in Polen die EU unter deutscher Führung vorstellt, hängt damit zusammen, ob man die Entwicklung der EU und der Gesellschaft in Deutschland positiv beurteilt – und das ist ziemlich kompliziert.“

Andrzej Przyłębski

als ein Zeichen des Erfolgs als ein großes Problem. Aber natürlich müssen wir für solche Situationen auch Lösungen finden.

Ekkehard Brose: Vielen Dank! Botschafter Przyłębski, ein polnischer Außenminister, Radosław Sikorski nämlich, hat mal – das sind jetzt nicht seine Worte, sondern meine Erinnerungen an seine Worte – gesagt, er macht sich keine Gedanken über ein zu mächtiges Deutschland, sondern eher über ein Deutschland, das zu führungslos, zu schlapp ist. Was sagen Sie als polnischer Botschafter heute dazu? Empfinden Sie das so, empfindet das die polnische Regierung heute auch so? Ist Deutschland führungslos aus Ihrer Sicht? Wie kann Deutschland Führung in Europa leisten, sodass es für andere Staaten, Frankreich, Niederlande, aber auch Polen, akzeptabel ist?

Andrzej Przyłębski: Damals in Polen war das sehr populär, das, was Sikorski damals gesagt hat, aber inzwischen finden sich weniger Sympathisanten in Regierungskreisen für diese Sprüche. Obwohl ich gestehen muss, dass irgendwelche Ängste oder Befürchtungen vor Deutschland in Polen nicht mehr präsent sind, auch nicht in militärischer Hinsicht. Die letzten sechzig Jahre haben uns ein anderes Deutschland gelehrt und unsere geographische Lage ist eben auch so, wie sie ist. Zwischen einem Deutschland, das zur EU gehört, und Russland, das als Macht aggressiv ist. Deshalb war der Beitritt zur

NATO damals unser erstes Anliegen, sogar wichtiger als der Beitritt zur EU. Als Sicherheitsgarantie, auch für die wirtschaftliche Entwicklung.

Wenn ich mich jetzt direkt auf die Frage beziehen soll, wie es mit der Führung aussieht ... schwieriges Wort, würde ich sagen. Ob man sich in Polen die EU unter deutscher Führung vorstellt, hängt damit zusammen, ob man die Entwicklung der EU und der Gesellschaft in Deutschland positiv beurteilt – und das ist ziemlich kompliziert. Vielleicht als ein Teil der Erklärung: der wachsende Antiamerikanismus in Deutschland im Unterschied zu Polen. Die Polen sehen im Allgemeinen nicht die Entwicklung, die jetzt von Professor Münkler ausgesprochen wurde – dass wir mit den Amerikanern nicht mehr rechnen dürfen. Wir rechnen mit den Amerikanern, wir sind skeptisch bezüglich des Artikel 5, auch deswegen, was Sie jetzt mit Parlamentsarmee benannt haben. Die Entscheidungswege sind so lang ... wenn uns die Russen angreifen würden, wären sie in drei Tagen in Warschau. Die Abgeordneten aus den verschiedenen Ecken Deutschlands werden mit Zügen und Autos nach Berlin gefahren, um eine Entscheidung über die Hilfe zu fällen. Wir brauchen amerikanische Soldaten und wir setzen auf die Amerikaner trotz dieser Prozesse um Präsident Trump herum, die wir auch bemerken. Wir versuchen, die Prozesse in Amerika vielleicht ein bisschen leichter zu nehmen, sozusagen, im Vergleich zu Deutschland. Aber wir haben auch gewisse Schwächen der Amerikaner zu vermerken. Wir haben amerikanische Soldaten bei uns, wir haben amerikanische Waffen bei uns, die wir kaufen, die erstklassig sind, und so weiter und so fort.

Aber wir bereiten uns auch vor, mit der Territorial Defence Force, die uns verteidigen wird, vor Sachen, die vielleicht doch passieren könnten und so weiter. Führung, aber in einer Symbiose mit Polen, Frankreich, den Niederlanden und so weiter. Also nicht als die größte Macht in Europa.

Ekkehard Brose: Vielen Dank! Ich glaube, manches von dem, was Sie gesagt haben, macht schon deutlich, dass es nicht so einfach ist, in Europa zu wichtigen Themen – ich nenne mal das Verhältnis zu Russland – Auge in Auge zu schauen, einer ähnlichen Meinung zu sein und daraus eine gemeinsame Position und Politik abzuleiten. Die Art und Weise, wie Sie das Verhältnis zu Russland charakterisiert haben, würde wahrscheinlich in der deutschen Bevölkerung nicht allgemein so aufgenommen – von manchen vielleicht, aber von vielen nicht. Ich sage das nur als Fußnote, weil ich überleiten will zu Boris Ruge und zu einem bestimmten Thema. Wir diskutieren gerade, und auch in Herrn Münklers Vortrag wurde es erwähnt, über – Sie hatten es, glaube ich, europäische Autarkie genannt – ich würde eher sagen, europäische Handlungsfähigkeit, etwas bescheidener, der Begriff. Aus Ihrer Einschätzung, ist das ein realistisches Ziel? Hat Europa ein Ausmaß an europäischer Handlungsfähigkeit erreicht, das schon jetzt bedeutet, dass es sozusagen sicherheitspolitisch ernst genommen werden muss? Oder ist das ein vages Fernziel, auf das wir vielleicht hinarbeiten? Oder von dem wir sehr weit entfernt sind und von dem wir auch nicht genau wissen, wie wir dort hinkommen? Wie würden Sie das im Augenblick charakterisieren?

Boris Ruge: Es ist, glaube ich, offensichtlich, dass wir von einer strategischen Autonomie sehr weit entfernt sind, und man kann die Grundsatzfrage stellen, ob wir dazu fähig sind. Ich würde es bezweifeln. Wenn ich hier sitze, mit der französischen Botschafterin und unseren Kollegen, dann vielleicht deswegen, weil ich die letzten fünf Jahre im Ausland verbracht habe, zwei Jahre als Botschafter in Saudi-Arabien, drei Jahre als Gesandter in Washington, und vielleicht darf ich etwas aufgreifen, was Professor Münkler gesagt hat. Was sind die Erwartungen, was ist die Sicht auf Deutschland? Ich glaube, die ergibt sich im

Falle der Vereinigten Staaten daraus, dass man einen Wiedereintritt in eine Phase der Konkurrenz der großen Mächte konstatiert, *Great Power Competition* nennt sich das in der National Defense Strategy. Und dass China als der wichtigste Konkurrent gesehen wird, daraus leitet sich dann für unsere amerikanischen Kollegen die Bedeutung der Allianzen ab. Heutzutage sitzen unsere besten Freunde in Washington aus Sicht der Bundesregierung wahrscheinlich im Pentagon und in den amerikanischen Streitkräften, weil man dort den Wert der Alliierten sehr zu schätzen weiß.

Insofern werde ich Professor Münkler ein wenig widersprechen wollen, ich hoffe, dass er auch ein bisschen Widerspruch erwartet von uns. Ich sehe nicht, dass wir eine Pentarchie haben, jeder gegen jeden so freihändig agiert. Denn letztlich spielt, bei allem Realismus, auch das Ideologische eine Rolle. Es gibt eine ideologische Nähe zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Mitgliedstaaten der EU und der NATO, zum Glück. Deswegen ist natürlich das Sinnen und Streben der Bundesregierung, dass wir erstens, wie Sie richtig gesagt haben, die EU zusammenhalten, aber zweitens ganz nah an den Amerikanern bleiben – und zwar genau, um wieder auf Ihre Frage zurückzukommen, Herr Brose, weil wir ohne die Vereinigten Staaten von Amerika gar nicht in der Lage wären, unsere Sicherheit in Europa zu gewährleisten.

Ekkehard Brose: Vielen Dank! Dieser Aspekt, dass Boris Ruge auch als Gesandter in den USA gearbeitet hat, das habe ich in der Tat vorhin nicht erwähnt, ist aber jetzt gut zum Tragen gekommen, weil die USA auch, obwohl sie nicht am Tisch sitzen, in die Diskussion mit hinein gehören. Was ist es denn, was wir im Augenblick erleben? Ist es wirklich der Rückzug der USA aus der Ordnung, die sie ganz entscheidend mit nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben? Und von der Antwort auf diese Frage hängt dann auch ab, wie wir uns darauf

einstellen – welche Rolle kommt dabei aus Sicht der Staaten um uns herum auf Deutschland zu?

Ich sag es mal so, als kleine Anekdote, aber es ist wirklich nur eine Anekdote, ich ging zu einer Konferenz mit amerikanischer Beteiligung, und das war nach so einem Trump-Tweet, wo er wieder gegen alles Mögliche zu Felde gezogen war und man sich als amerikanischer Diplomat sicherlich auch ein bisschen schämen musste, und umgekehrt war Merkel der große Star und hatte gerade wieder, ich weiß nicht, irgendeinen Award gewonnen. Diese amerikanischen Kollegen kamen auf mich zu und sagten: „Germany, the leader of the free world!“ Das hat mir etwas die Sprache verschlagen, weil ich glaube, Deutschland sieht sich nicht als der Führer der freien Welt. Ist es nicht und wird es so in diesem Alleinstellungsmerkmal auch nie sein. Aber was ist aus der Sicht des Auslands, Frankreich, Niederlande, Polen, was ist die richtige Art und Weise, auf Trump und die USA, so, wie sie sich heute geben, zu reagieren? Und was ist Ihrer Meinung nach die Rolle Deutschlands? Frau Descôtes!

Anne-Marie Descôtes: Ich werde versuchen, eine Antwort zu geben. Ob es *die* Antwort ist, will ich Ihnen überlassen. Ich glaube, wir müssen zuhören, was die Amerikaner uns seit Jahren sagen, nicht nur Trump, nämlich, dass wir mehr machen müssen für unsere Verteidigung. Das müssen wir ernst nehmen. Selbst wenn wir davon überzeugt sind, denn das ist die Realität, dass wir alleine nichts tun können und dass wir die Amerikaner brauchen und dass wir die Allianz brauchen. Das ist auch unsere tiefe Überzeugung.

Dann ist die Frage, was wird von Deutschland erwartet, die Rolle von Deutschland. Ich glaube, man müsste vielleicht die Frage anders formulieren. Was erwartet wird, ist nicht, dass Deutschland von den

Alliierten erwartet, dass man sagt, was die Rolle von Deutschland ist und wer die führende Rolle hat. Sondern, dass Deutschland analysiert, was jetzt passiert – nicht nur in Europa, denn in Europa sind wir jetzt alle Freunde, wir leben in Frieden seit dreißig Jahren.

Sondern was geschieht außerhalb? Und davon abgeleitet, welches sind die Bedürfnisse, was sind die Sicherheitsbedürfnisse für Deutschland? Was benötigt die Situation bezüglich der Sicherheit? Wir brauchen Antworten, die wir zusammen formulieren müssen. Jeder Mitgliedstaat der EU und in der NATO muss davon überzeugt sein, dass wir in bestimmten Situationen reagieren müssen – und das werden wir gemeinsam tun, so wie wir das im April 2018 gemacht haben mit Großbritannien und den USA in Syrien. Da haben wir nicht gefragt, wer übernimmt welche Rolle, sondern wir waren davon überzeugt: Wir müssen jetzt agieren. Und wir haben es gemeinsam gemacht. Heißt: eine Analyse machen und davon überzeugt sein, dass etwas zu tun ist. Aus moralischen, aus sicherheitspolitischen Gründen müssen Antworten formuliert werden – auch in Deutschland.

Daher braucht es Kapazitäten und es ist dann nicht eine theoretische Debatte über 2% oder 1,34% oder 1,35%. Das ist schwer, den Steuerzahlern zu erklären, denn keiner möchte mehr Geld für Waffen ausgeben. Aber wenn man erklärt, aus welchen Gründen die Sicherheit etwas verlangt, dann kann man auch verstehen, welche Kapazitäten nötig sind. Denn die Frage ist nicht, wie viel Geld nötig ist, sondern welche Kapazitäten es braucht, um etwas zu tun. Ich glaube, dass das die wichtige Frage ist, die wir stellen müssen. Wir haben schon angefangen, bilateral zu arbeiten und diese Beschaffungsfrage anzugehen. Wir haben sehr große Projekte, aber das reicht nicht. Das ist eine Frage, die weiter diskutiert wird. Aber ich glaube, dass all das Fragen sind, die wir diskutieren müssen – aber aus einer anderen Perspektive heraus.

Ekkehard Brose: Ja, vielen Dank, ich glaube, dass es wichtig ist, das festzuhalten. Die Notwendigkeit, dass auch Deutschland mit strategischen Zielen und Begründungen dafür stärker aus dem Schneckenhäuschen kommt und das erkennbar macht. Und was Sie auch gesagt haben, scheint mir sehr wichtig zu sein: Es geht nicht nur um Panzer oder Flugzeuge, es geht darum, dass man auch weiß, wofür man sie überhaupt einsetzen will. Das man also eine Idee hat. Man will sie nicht um jeden Preis einsetzen, natürlich, aber dass man eine Idee hat, unter welchen Gesichtspunkten es so weit kommen könnte, dass man sie unter Umständen doch einsetzt. Herr Przyłębski, Frage an Sie: Kann man Deutschland schwer lesen, international? Was meine ich damit: Weil, wie Ihre Kollegin Frau Descôtes gesagt hat, wir vielleicht nicht ausreichend unsere strategischen Ziele, unsere Analyseergebnisse präsentieren oder sie vielleicht nicht haben, vielleicht nicht die Klarheit haben, in unserem politischen System dazu zu gelangen, ist es vielleicht für das Ausland schwer, uns zu verstehen und uns zu lesen in sicherheitspolitischer Hinsicht? Oder ist das nicht so?

Andrzej Przyłębski: Das ist eine gute Frage, die ich gerne bejahen möchte. Deutschland wirkt etwas schizophren, zumindest in Polen, würde ich sagen. Und vor allen Dingen in Bezug auf Russland. Einerseits ist Deutschland für die Sanktionen wegen der Ukraine-Krise, andererseits ist Deutschland für Nordstream 2 und pumpt eine Menge Geld an Russland für neue Waffen und neue Technologien und so weiter. Also das ist irgendwie unstimmig. Wir haben ein bisschen Angst in Polen, ich habe schon den wachsenden Antiamerikanismus angesprochen, der immer latent in der deutschen Gesellschaft da war – so habe ich es schon von deutschen Professoren gehört – und jetzt wird er manifest. Wir machen uns Sorgen, als ein Land, das an Russland grenzt. Das muss man auf dem Schirm haben, Kaliningrad, dieses Gebiet, da sind

tausende Panzer, da sind Raketen, die auf Warschau gerichtet werden – da müssen wir anders denken.

Und da würde ich an das, was Botschafter Ruge gesagt hat, anknüpfen: Es herrscht in Polen die Vorstellung, die Meinung, dass wir Europäer uns nicht ohne die Vereinigten Staaten verteidigen können. Wir müssen aufpassen, dass dieser Bund mit den Amerikanern nicht gebrochen wird. Wir bemerken, dass in Deutschland irgendwie etwas Gefährliches geschieht. Wir versuchen zu retten, indem wir die Handlungen von Donald Trump nicht so genau unter die Lupe nehmen und tausende Bücher produzieren und verkaufen, die ihn lächerlich machen, sondern versuchen, die Linie des Pentagon zu beobachten und quasi für unseren Nutzen zu gebrauchen. Unsere Sicherheit basiert auf zwei Beinen: NATO, aber auch dem bilateralen Verhältnis zu den Amerikanern. In dem Sinne, um zu Ihrer Frage zurückzukehren: Ja, wir haben in diesem Bezug ein Problem mit Deutschland.

Boris Ruge: Ich weiß nicht, bei wem es vorhin anklang, das berühmte Zitat der Bundeskanzlerin: „Wir müssen unser Schicksal in die Hand nehmen.“ War es General Lahl, der es erwähnte? Das ist ja eine Feststellung, die von mehreren deutschen Politikern mittlerweile ausgesprochen wurde – ich glaube, Sigmar Gabriel hat Ähnliches gesagt. Also die Erkenntnis ist da, aber gelegentlich fehlt es an Unterfütterung – und



„Es gibt eine Erkenntnis in weiten Teilen unserer Bevölkerung, dass die innere und äußere Sicherheit bedroht ist.“

Boris Ruge

zwar auf verschiedenen Gebieten, würde ich sagen. Jemand, der es von außen betrachtet, aus einer MSC-Perspektive: Es betrifft das Militärische, aber wir können es auch sehen im Zusammenhang mit 5G und der Diskussion, die dazu läuft. Denken wir in strategischen Kategorien? Es gibt dieses Gefühl von Unsicherheit auch in der Bevölkerung. Ich glaube, es ist vorhanden. Es ist möglicherweise nicht artikuliert, aber es gibt eine Erkenntnis in weiten Teilen unserer Bevölkerung, dass die innere und äußere Sicherheit bedroht ist. Die deutsche Politik, und damit ist gemeint, der Regierungsapparat, aber natürlich auch der Deutsche Bundestag, hat die Aufgabe, die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und Konzepte zu präsentieren und ich fürchte, daran mangelt es bisher.

Ekkehard Brose: Ich bin jetzt mit einem Punkt, nämlich dass die deutsche Bevölkerung mehrheitlich glaubt, dass wir bedroht sind von außen, nicht ganz einverstanden. Ich glaube nicht, dass es der Fall ist, ich glaube, dass die Mehrheit der Deutschen sich durch den Klimawandel wesentlich mehr bedroht fühlt als durch äußere Faktoren – sei es Russland, sei es was anderes. Aber das wollte ich nur kurz dazu sagen. Ich wollte eigentlich zu Ihnen kommen, Herr Kingma, und nochmal etwas zu Europa fragen. Sie sind für mich heute sozusagen ein bisschen synonym für Europa. Die europäische Verteidigung, die europäische Sicherheit, ist, glaube ich, relativ unstreitig, zumindest Teil der Antwort auf das sich zurückziehende Amerika. Was jetzt mehrfach zitiert wurde ist die Aussage der Bundeskanzlerin, dass wir das mehr in die eigenen Hände nehmen müssen, das war ja, wenn man das nochmal nachliest, vor allem europäisch gemeint. Da kommt auch das Wort Europa vor. Nicht national unbedingt, aber das eine hängt auch mit dem anderen zusammen. Also die Frage nochmal zugespitzt an Sie: Kann Europa das? Ist – insbesondere auch, weil wir über Deutschland reden wollen – der deutsche Input und was er leistet für PESCO und andere Dinge, ist das

good enough? Könnten wir noch mehr leisten? Woran hängt es, wenn Europa – so ist mein Eindruck – auf diesem Weg noch nicht weit genug vorangeschritten ist?

Wepke Kingma: Ja, ich bin mit vielem von dem einverstanden, was hier gesagt worden ist. Aber ich möchte gerne, um es klar zu sagen, nochmal unterstreichen: Auch die Niederlande sind der Meinung, dass wir auch noch in den nächsten Jahrzehnten die Vereinigten Staaten brauchen, um unsere Sicherheit zu gewähren.

In unserer Analyse geht es um drei Sachen, die teilweise schon genannt worden sind. Wir leben in einem Post-INF-Zeitalter, die Rüstungskontrolle ist nicht langfristig gesichert. Das ändert das Spiel. Zweitens gibt es – das ist schon genannt worden – digitale Untergrabungen, Cyber-Angriffe, das ist, wie es auch schon erwähnt worden ist, eine riesige Herausforderung. Wir arbeiten auch, by the way, sehr eng zusammen mit Deutschland in diesem Bereich. Drittens kommt natürlich wieder die Frage auf, was macht Europa, wie viel müssen sie bezahlen für ihre eigene Sicherheit? Ja, das ist keine neue Frage, es ist eine alte Frage, die wieder zurückgekommen ist.

Was denken wir? Was soll passieren in Deutschland? Was könnte Deutschland besser machen? Es ist nicht nur eine Geldfrage. Es ist auch



„Deutschland kann das nicht alles den Franzosen überlassen. Wenn Deutschland seine Rolle nicht annimmt, dann werden irgendwo in dem großen globalen Spiel Vakuumräume entstehen. Deutschland ist einfach zu groß.“

Wepke Kingma

eine wichtige politische Frage. Meine Meinung, wenn ich das so sagen darf als niederländischer Botschafter: Wir möchten gerne sehen, dass die deutschen Politiker sich mehr mit den deutschen Bürgern auseinandersetzen über diese drei Veränderungen: Was machen wir für die europäische Sicherheit? Welche Abhängigkeiten könnten entstehen, etwa mit 5G? Darüber muss man klar mit den Bürgern reden. Und was machen wir mit Rüstungskontrolle?

Wenn das passiert – da bin ich völlig mit einverstanden – brauchen wir mehr deutsche Konzepte dabei. Wenn Deutschland bei diesen großen Herausforderungen seine Rolle nicht spielt – mit allem Respekt für Frankreich, das ich schon immer sehr bewundert habe, auch in Brüssel ... Deutschland kann das nicht alles den Franzosen überlassen. Wenn Deutschland seine Rolle nicht annimmt, dann werden irgendwo in dem großen globalen Spiel Vakuumräume entstehen. Deutschland ist einfach zu groß. Wenn wir nichts tun, ist es vielleicht ein kleines Problem, aber wenn Deutschland nichts tut, ist es ein großes Problem. Ich glaube, dass auch Frankreich damit nicht einverstanden wäre – das ist zumindest unsere Meinung. Deutschland muss seine Verantwortung wahrnehmen. Wir brauchen Konzepte im VN-Rahmen, im NATO-Rahmen und im europäischen Rahmen von Deutschland. Deutschland, glaube ich, spielt in der europäischen Verteidigungsdiskussion eine gute Rolle. Wir sind in den Niederlanden nicht der Meinung – Sie kennen uns: praktisch, kleine Schritte, die Bürger überzeugen –, dass diese Diskussionen um eine europäische Armee oder einen europäischen Sicherheitsrat hilfreich sind.

Ich sage nicht, dass die deutsche Regierung das macht, aber diese Diskussion ... lassen Sie uns das machen, was wir schon auf NATO-Ebene vereinbart haben, auf der EU-Ebene, im PESCO-Bereich, die Mobility der Streitkräfte. Das ist ein ganz wichtiges Thema für all unsere

Streitkräfte, aber auch für die amerikanische Streitkraft. Die möchte schnell ihre Panzer aus den Niederlanden, von Rotterdam nach Litauen bringen, aber wenn man sieht, was man da für Papierarbeit machen muss – es ist unglaublich! Das ist ein schlechtes Vorbild für Europa. Die Bürger denken, Europa, das hätte ein einheitliches Papier, aber nein! Europa hat achtundzwanzig Papierdokumente, um ein Dokument einzuschränken. Das ist unsere Herausforderung. Unsere Meinung ist: Deutschland kann eine größere Rolle einnehmen, auch in dieser europäischen Diskussion.

Ekkehard Brose: Ich bin ja nicht die deutsche Regierung, aber ich will doch ein, zwei Dinge erwähnen, die zur Diskussion dazugehören. Zum Beispiel, dass wir die Rahmennation für die Forward Presence in Litauen stellen und dass wir seit längerer Zeit sehr im ganzen Ukraine-Konflikt engagiert sind, mit der Ukraine, mit Russland, mit Frankreich, mit allen anderen. Und einen dritten Punkt möchte ich erwähnen, um auch die Diskussion darauf zu lenken und sie zu erweitern: Deutschland hat – Stichwort „Deutschland soll auch Konzepte liefern“ – in den letzten Jahren sehr nachdrücklich Konzepte zu der Frage „Wie gehen wir mit staatlicher Fragilität um?“ entwickelt, also dem Phänomen, was Herr Münkler dargelegt hat. Dass Konflikte heutzutage eigentlich viel weniger zwischen den traditionellen Trägern von Konflikten, den Staaten, zu erwarten sind oder stattfinden als innerhalb dieser und innerhalb verschiedenster Gruppen, die sich nicht unbedingt an nationale Grenzen halten. Da hat Deutschland, glaube ich, konzeptionell eine ganze Menge geleistet, und da leistet Deutschland auch materiell eine Menge, im VN-Rahmen und in anderen. Ist das als deutsche Führungsleistung, wenn man so will, angekommen? In Polen, in Frankreich, in den Niederlanden? Ich habe vor allem bei Polen und Frankreich eher ein Fragezeichen, möchte aber gerne fragen, was Sie dazu denken.

Anne-Marie Descôtes: Es ist natürlich nicht so, dass nichts passiert oder nichts gemacht worden ist. Sie haben einiges genannt und man könnte viel mehr nennen, etwa was die fortgeschrittene Präsenz der NATO angeht, was die Teilnahme an MINUSMA angeht, da wird sehr viel gemacht. Unsere Kooperation im Sahel ist wirklich sehr wichtig und wir schätzen diese Zusammenarbeit sehr. Aber ja, wir haben heute natürlich mit neuen Formen von Konflikten zu tun, über die wir alle nachdenken müssen und gerade in Zonen wie im Sahel ist es ganz besonders kompliziert. Irgendwann kann es – wenn ich das sehr direkt zum Ausdruck bringen darf – nicht mehr sein, dass es eine Rollenverteilung gibt, wo man einerseits die Ausbildung macht und die anderen an die Front gehen. Das geht nicht. Das ist natürlich die Frage, die wichtig ist, wenn man vom Ansatz spricht.

Denn die Situation in Frankreich und Deutschland ist natürlich nicht vergleichbar, aber es ist auch so, dass es bei uns jedes Mal ein sehr großes Problem ist – und letzte Woche ist wieder eine Person verstorben, es ist die fünfundzwanzigste Person im Sahel gestorben, wegen einer Mine gegen einen Panzer – auch für die öffentliche Meinung. Das wird schwer akzeptiert. Deshalb ist es wichtig, dass man zusammen an das Problem herangeht, und deshalb ist es wichtig, darüber zu sprechen, eine öffentliche Debatte zu führen und zu erklären. Wie ich auch vorhin gesagt habe: Welche ist die Situation, die wir vor uns haben? Welche sind die Sicherheitsbedürfnisse? Wo sind die Sicherheitsinteressen Deutschlands? Warum muss Deutschland Kapazitäten haben und so weiter und so fort. Ich glaube, das ist wirklich sehr wichtig, dass wir dann auch zusammen handeln. Alleine können wir nichts – das ist ganz klar. Weder was Sicherheit angeht, noch in irgendeinem anderen Bereich heutzutage in Europa.

Wir müssen natürlich im Sahel zusammen agieren, weil es um unsere Sicherheit geht. Um die Sicherheit Europas! Es geht nicht um die Geschichte Frankreichs mit diesen Ländern, es geht um die Sicherheit Europas. Und was Europa angeht, ich meine geographisch, können wir nicht einfach zuschauen, bis wir wieder zu dem Schauplatz der Machtkämpfe von den USA und Russland werden. Wir müssen versuchen, die Debatte zu gestalten und eben das Lenkrad auch anzufassen.

Ekkehard Brose: Nur als Fußnote zu dem, was Sie gesagt haben: In Mali haben wir ja genau die Situation. Die französische Streitmacht kämpft, wenn man so will, am harten Ende, wir sind mit etwa tausend Mann auch dort, die Bundeswehr, und die Aufgaben sind Aufklärung und Ausbildung. Das ist genau die Arbeitsteilung, die Sie – für mich vollkommen nachvollziehbar – infrage stellen.

Andrzej Przylebski: Sie wissen ja, dass es nach den Wahlen im Jahre 2015 in Polen zwischen den Politikern beider Länder zu größeren und kleineren Spannungen gekommen ist. Als ich hierher als Botschafter gekommen bin, habe ich versucht, Bereiche zu finden, wo die Zusammenarbeit zwischen uns gut geht – und das waren zwei Bereiche: nämlich Wirtschaft, das funktioniert wunderbar und Polen wird bald der fünftwichtigste Wirtschaftspartner Deutschlands, wir haben die Briten überholt und bald überholen wir wahrscheinlich Italien. Der zweite Bereich ist Sicherheit. Ich meine damit sowohl die Polizei als auch das Militär. Sie haben das deutsch-niederländische Korps erwähnt, aber es gibt auch ein sehr gutes deutsch-polnisch-dänisches NATO-Korps in Stettin, das funktioniert sehr gut. Ich war jetzt bei dem Jubiläum der Entstehung dieses Korps dabei, und die polnischen, dänischen und deutschen Soldaten haben eine wunderschöne Parade für die Bevölkerung gemacht, und ich habe nur Positives von den Generälen gehört. Und

die Präsenz von deutschen Soldaten in Litauen wird immer wieder von meinem litauischen Kollegen betont, bei jeder Gelegenheit, würde ich sagen. Nur, ich war vor einem halben Jahr in Litauen und da habe ich, nicht von Politikern, aber von Vertretern der Elite, sozusagen, gehört, dass, wenn es zu einem Angriff Russlands auf Litauen kommt, dann rechnen wir – sagten die Litauer – eher mit den Polen als mit den Deutschen. Ich fragte: „Warum?“ und die Antwort war: „Parlamentsarmee“, also Bundestagsarmee. Sie warten auf die Entscheidungen. Und vielleicht ist es falsch, aber das hat mich deutlich überrascht, muss ich gestehen.

Ruf aus dem Publikum: Wiederholung macht es nicht richtiger!

Andrzej Przyłębski: Nein, aber es ist irgendwie verbunden mit der Einschätzung der Einstellung innerhalb der deutschen Gesellschaft. Als ich vor kurzem gelesen habe, dass Schulleiter die Besuche von Offizieren der Bundeswehr in den Schulen zu verhindern versuchten, weil die Besuche dazu führen sollten, dass sich Schüler für das Militär entscheiden und so weiter – sowas kann ich mir in Polen nicht vorstellen. Wenn ich diese Metapher nehme, dass Amerika vom Mars und Europa von der Venus ist, dann ist Polen nach wie vor mehr vom Mars, würde ich sagen. Da sollte man in Deutschland ein wenig umdenken, solche Besuche sollten gestattet werden, meiner Meinung nach.

Ekkehard Brose: Robert Kagan ist ein guter Autor, ohne Frage, aber zur Parlamentsarmee würde ich noch gerne eine Sache klarstellen und sagen: Parlamentsarmee bedeutet letztlich, dass deutsche Soldaten eben nur dann in einen Einsatz geschickt werden – bei dem sie möglicherweise auch sterben können – mit dem vollen Back-up, der vollen Unterstützung des deutschen Parlaments. Ich glaube, dieses Prinzip ist erstens sehr tief in unserem Land verankert und zweitens spricht auch jenseits unseres Landes eine ganze Menge dafür, wenngleich es in

anderen Ländern zum Teil anders gehandhabt wird. Insofern, das mehr oder minder damit gleichzusetzen, dass die Deutschen nicht wehrbereit wären oder nicht bereit sind, sich gegen die Russen zu wehren ...

Boris Ruge: Das gilt nicht für den Fall, den Sie beschreiben haben, Herr Botschafter. Es gilt nicht für den Bündnisfall, der Deutsche Bundestag muss nicht zusammentreten und beschließen, dass die Enhanced Forward Presence, unser Bataillon, zurückschießen darf. Das ist nicht zutreffend.

Andrzej Przylebski: Das ist nicht meine Meinung, das ist die Meinung der Litauer, mit denen ich gesprochen habe.

Ekkehard Brose: Jetzt schaue ich mal auf die Uhr, wir haben jetzt vier Uhr, wie viele Minuten geben Sie uns noch?

Johannes Varwick: Zehn Minuten!

Ekkehard Brose: Zehn Minuten haben wir noch. Gut! Ich wäre auch einverstanden, wenn jemand aus dem Publikum eine Frage stellen möchte, können wir die gerne einbeziehen. Sagen wir mal zwei Fragen.

Boris Ruge: Darf ich noch eine Sache sagen, Herr Brose? Ich will mich kurz in die amerikanische Perspektive begeben. Ich würde sagen, die ist ganz ähnlich zu unseren europäischen engsten Partnern und Verbündeten – nämlich erstens die Erwartung, dass die Deutschen mehr tun sollen, aber zweitens auch die Annahme, dass die Deutschen mehr tun können. Es geht um das 2%-Ziel, das ist sozusagen eine Inkarnation dieser Diskussion, aber es geht ja nicht nur darum.

Die Amerikaner gehen fest davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland in der Lage ist, einen größeren Beitrag zu leisten; sie ist in der Lage,

die militärischen Fähigkeiten auszubauen und zu verbessern; sie ist in der Lage, politisch zu führen, wo es denn nötig ist. Damit sind ja gar nicht infrage gestellt, die Dinge, die Sie erwähnt haben, die sich in den letzten zwanzig Jahren entwickelt haben. Ich habe Anfang der Zweitausender im Auswärtigen Amt europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemacht, damals war es in Deutschland hochgradig umstritten, ob deutsche Soldaten jemals in Missionen nach Afrika geschickt werden können. So, darüber sind wir zum Beispiel hinweggekommen. Schön! Aber das Problem ist: Es reicht nicht, weil die Welt um uns herum sich in einer Geschwindigkeit wandelt, die eben auch eine Bestandsaufnahme erfordert und ein Denken in etwas anderen Kategorien. Auch wenn ich nicht in jeder Hinsicht mit Professor Münkler einer Meinung bin, dass es da dramatische Änderungen gibt, auf die sich Europäer und Deutsche einstellen sollten, dieser Meinung bin ich ganz dezidiert.



Ekkehard Brose: Danke! Können wir ein, zwei Fragen ... ja, der Herr da hinten.

Claus Jähner: Ich bin Claus Jähner, Sektion Goslar. Sie hatten infrage gestellt, wie denn wohl deutsches sicherheitspolitisches Engagement bei unseren Partnern im Ausland kommuniziert wird, und hatten namentlich Frankreich und Polen genannt. Ich habe ein polnisches Beispiel, was ich selbst erlebt habe, und darum kann ich das auch wiedergeben. Ich engagiere mich in meinem anderen Hobby bei der kommunalen Partnerschaft zwischen den Landkreisen Goslar und Trzebnica, nördlich von Breslau, und habe da inzwischen auch Handballfreunde. Es ist schon ein paar Jahre her, es war ein Wodka-Abend, ich räume es ein, und dann robbten sich einige von den Handballfreunden an mich heran und sagten – die wussten, dass ich Reserveoffizier bin: „Claus, sag mal, Ihr seid doch in der NATO?“ – „Ja“, sag ich – „Ja, und wir sind doch auch in der NATO“ – „Ja“, sag ich, „ist klar.“ „Sind wir denn in der gleichen NATO?“ – „Äh“, sag ich, „wie kommt ihr denn da jetzt drauf?“ – „Ja, wieso sind wir in Afghanistan und ihr nicht?“ Und ich glaube, das war eine Zeit, wo wir mit fünftausend Männern und Frauen in Afghanistan waren. Diese Handballkumpels sind keine Blödiane, das sind gestandene Leute in Verwaltung und im Geschäftsleben ... wie kommen die darauf? Weil es in Polen so kommuniziert wurde. Das hat mich doch, mit Verlaub, sehr verstört.

Ekkehard Brose: Der Punkt, den ich daraus nehmen möchte, ist ein genereller Punkt. Nämlich der, der auch angesprochen wurde, der zur Kommunikation von Sicherheitspolitik. Ich selber muss sagen, ich empfinde es auch so, dass in Deutschland – aber nicht nur in Deutschland – sicherlich wenig, und wahrscheinlich zu wenig, über sicherheitspolitische Themen – nicht zu wenig nachgedacht, aber zu wenig kommuniziert wird. Nachgedacht wird in Deutschland eine ganze

Menge über Sicherheitspolitik, aber es wird nicht viel kommuniziert. Der Aspekt, dass auch in Polen möglicherweise deutsche Sicherheitspolitik nicht in allen Facetten richtig dargestellt wird – ja, das mag sein. Vielleicht haben Sie dazu eine Anmerkung, aber wir sollten das auch auf Deutschland beziehen.

Andrzej Przylebski: Es wird zu wenig in den Medien darüber diskutiert und darüber geredet, deswegen vielleicht die Informationen, die diese Leute möglicherweise aus den regionalen Medien geschöpft haben. Keine Ahnung, jedenfalls soll das nicht heißen, dass Deutschland sich nicht engagiert. Wenn man möchte, kommt man an diese Information.

Ekkehard Brose: Um es ganz kurz anzusprechen: Es gibt so eine deutsche Befindlichkeit, würde ich mal sagen – ich weiß nicht, ob Sie das auch so empfinden, die kann man in wenigen Worten zusammenfassen: Das Militär ist nicht die Lösung. Es gibt irgendwelche Probleme, da gibt es ein Problem, hier gibt es ein Problem: „Das Militär ist nicht die Lösung“. Und wer auch immer das am Stammtisch oder in der Öffentlichkeit sagt, hat erstmal den Applaus für sich. Und daran ist ja auch was Richtiges, denn jeder von uns, der Erfahrung hat im Umgang mit Krisen und Problemen hat, weiß, dass in der Tat allein das Militär in aller Regel nicht die Lösung ist. Nur, diese Verkürzung auf „das Militär ist nicht die Lösung“ und dann braucht man auch kein Militär mehr, die folgt dann oft daraus, die ist eben unzulässig. Dass das Militär nicht die Gesamtlösung ist, darüber brauchen wir, meine ich, nicht zu streiten. Jeder, der in Deutschland Sicherheitspolitik argumentativ vertreten muss – sagen wir, Abgeordnete in ihrem Wahlkreis zum Beispiel – läuft an gegen dieses „das Militär ist nicht die Lösung“. Ich habe mit einigen Abgeordneten auch darüber gesprochen, wie schwer das ist, Sicherheitspolitik in Wahlkreisen zu vertreten. Ist das in Frankreich einfacher, ist es in den Niederlanden einfacher, ist es in Polen einfacher?

Anne-Marie Descôtes: Nein, es ist nie die Lösung, aber das heißt nicht, dass man es nicht braucht. Man kommt nicht umhin, und das sagen wir auch seit Jahren, dass die Krisen in Syrien oder in Libyen politische Situationen sind, das ist ganz klar. Aber die militärischen Mittel muss man auch haben, in einer Phase, von der man immer hofft, sie sehr kurz zu halten. Das ist nicht der Fall in Syrien. Aber es kann es natürlich nicht die Lösung sein, das ist ganz deutlich.

Andrzej Przylebski: Ich kann meiner französischen Kollegin zustimmen. In Polen gilt dieser Satz wahrscheinlich nicht. Das Militär ist wichtig, etwa bei Naturkatastrophen, da sieht man die Präsenz des Militärs. Dort gibt es keine anderen Kräfte, die sofort so agieren können. In diesem Bereich gibt es Anerkennung für das Militär in Polen.

Ekkehard Brose: Gut, ich denke, dass wir jetzt tatsächlich am Ende der Zeit sind, die uns zugebilligt worden ist. Wir können ja vielleicht so noch ein bisschen diskutieren, aber nicht mehr auf dem Podium, weil die Zeit tatsächlich zu Ende ist. Ich möchte Ihnen, den Teilnehmern dieses Podiums, sehr herzlich danken für diese etwas unvorbereitete, spontane, aber ich denke doch farbige Diskussion. Ich hoffe, Ihnen im Publikum hat es auch Spaß gemacht. Eine Schlussfolgerung einfacher Art traue ich mich jetzt nicht zu ziehen, aber was mir auf jeden Fall hängen geblieben ist, ist ein Gefühl, das wahrscheinlich auch vorher schon vorhanden war, aber das bestätigt wurde durch manches, was hier gesagt wurde: Es wäre sicherlich nicht falsch, wenn wir uns von deutscher Seite dann und wann erwärmen, mehr Interessendefinition – Analysen gibt es schon, aber Interessendefinition ... – wahrnehmbar für unsere Partner und die Öffentlichkeit zu leisten und die stärker auch in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Das ist der Versuch eines untauglichen Schlussworts. Vielen Dank!

Johannes Warwick: Herr Brose, Frau Botschafterin, meine Herren Botschafter. Fünf Botschafterinnen auf einem Panel hat man auch nicht alle Tage, selbst in Berlin nicht. Wir haben eine sehr anregende Diskussion gehabt und damit Sie nicht sagen, Sie haben es schlechter als der Kollege Münkler, möchte ich Ihnen allen das gleiche Buch schenken als Zeichen meines Dankes. Es macht den Versuch, Sicherheitspolitik verstehen zu helfen – Sie haben das nicht nötig, das haben Sie gezeigt, aber vielleicht finden Sie Anregungen, wenn Sie dort reinschauen. Ich überbe an Kersten Lahl, der den nächsten Punkt anmoderiert.

Kersten Lahl: Vielen Dank! Ich möchte ganz kurz daran erinnern: Unsere Grundfrage heute war ja und bleibt es auch: Was muss, was sollte und was kann Deutschland tun, um seinen internationalen Voraussetzungen überhaupt oder zumindest besser nachzukommen?

In dem Panel, das wir in der letzten guten Stunde erlebt haben, haben wir als Veranstalter hierzu keine abschließenden Antworten erwartet. Sondern es ist sozusagen eine innere Logik, ein systematischer Aufbau, der dem Ganzen zugrunde liegt. Wir haben uns davon versprochen – und das ist auch gehalten worden –, dass unsere Fragestellung, wenn Sie so wollen, zugespitzt wird. Nämlich indem wir nicht nur eine Nabelschau als Deutsche betreiben, sondern eben gerade auch die Wahrnehmungen und die Forderungen und die Ansprüche einiger unserer wichtigsten Partner ins Kalkül ziehen. Ich denke, dass das sehr gut gelungen ist, und möchte auch von meiner Seite her Ihnen, Herr Brose, ganz herzlich danken dafür, dass Sie es geschafft haben, eine ganze Reihe von Steilvorlagen zu liefern, die wir mit großem Gewinn in das zweite Panel mitaufnehmen werden.

Aus meiner Sicht ist es auch ganz wichtig, erlebt zu haben, dass die Perspektiven von außen doch nicht ganz einheitlich sind. Es ist keine

homogene Wahrnehmung von uns Deutschen, sondern sie ist sehr unterschiedlich aufgrund der jeweiligen eigenen Interessen. Und ich bin auch sehr dankbar, dass nochmal die Frage Parlamentsvorbehalt und Bündnisfall klar voneinander getrennt wurde. Wer wüsste es besser als gerade wir Deutschen, was „Bündnisfall“ bedeutet – da gibt es ja überhaupt keine Frage für uns. Und das zweite ist noch, das möchte ich noch kurz sagen, was deutlich geworden ist: Forderungen, meine Damen und Herren, sind nichts Negatives. Ganz im Gegenteil! Forderungen motivieren, sie verleiten dazu, nochmal etwas tiefer nachzugehen, sich selbst auch etwas stärker zu engagieren. Und Forderungen sind auch Ausdruck eines Interesses an der Gemeinsamkeit! Es wäre schlimm, wenn keine Forderungen an uns gestellt werden würden! Insofern war es für mich auch eine sehr gewinnbringende und auch zukunftsweisende Runde, die uns – wie gesagt – nicht nur heute, aber auch insgesamt bei dem Thema weiterführt.





Anne-Kathrin Herlitze

Thesen kurz präsentiert: Deutschlands Sicherheitspolitische Rolle: Zuschauer oder Feldspieler?

Anne-Kathrin Herlitze, Vorsitzende des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen

Alena Kalks, Stellv. Vorsitzende des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen

Sven Jovy, Vorstandsmitglied des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen

Sophie Witte, Vorstandsmitglied des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen

Kersten Lahl: So, jetzt hätten wir eigentlich alle eine Pause verdient. Aber ich muss Sie da noch ein bisschen enttäuschen, so einfach machen wir es uns nicht. Wir bieten Ihnen jetzt nämlich noch etwas ganz Besonderes. Wir wollen Ihnen, wenn Sie so wollen, einen neuen methodischen Ansatz bieten. Der Hintergrund ist der, dass immer wieder gefordert wird, vor allen denjenigen das Wort zu geben in der Sicherheitspolitik,

denen die Zukunft gehört, nämlich den Jüngeren, der jüngeren Generation. Wir wissen aber gleichzeitig auch – und ich glaube, da bin ich nicht der Einzige, der das Gefühl hat: Es ist in der Praxis gar nicht so leicht, diese Forderung umzusetzen. Zum einen ist es ja schon so, dass wir Älteren gerade auf dem Feld der Sicherheitspolitik unglaublich dominant wirken und auch dominant sind. Und zum anderen, weil es gar nicht so einfach ist, die jüngere Generation für Fragen der Sicherheitspolitik wirklich zu interessieren. Umso schöner ist es heute, dass wir die Gelegenheit haben, das Gegenteil zu erfahren. Nämlich, dass es durchaus Interesse gibt, und dazu haben wir heute einige Mitglieder des Bundesverbandes „Sicherheitspolitik an Hochschulen“ eingeladen, uns ein paar Thesen zu präsentieren, in Kurzform, fünfzehn Minuten, und wir werden dann anschließend Ihnen allen die Gelegenheit geben, mit einer Tasse Kaffee in der Hand, hinten im Raum mit den Protagonisten aus dem BSH gemeinsam über diese Themen und Thesen zu diskutieren.

Ich würde mich sehr freuen – das muss ich ganz offen sagen –, wenn Sie alle dieses Angebot angemessen würdigen. Es ist eine große Chance für uns, denn wir sind auch auf das Interesse der Jüngeren angewiesen. Ich denke, dass wir hier durchaus eine Win-Win-Situation machen können. Ich stelle jetzt im Augenblick nur Anne-Kathrin Herlitze vor, sie ist die Bundesvorsitzende des „Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen“. Frau Herlitze, Sie sind dann bitte so nett und stellen dann die anderen kurz vor? Dankeschön!

Anne-Kathrin Herlitze: Vielen Dank für die nette Einführung, Herr Lahl! Mir obliegt es nun erstmal, Ihnen zu erklären, wer denn diese jungen Leute eigentlich sind, die jetzt hier ihre Thesen präsentieren dürfen. Wir sind der „Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen“, das ist ein Dachverband von über 26 Hochschulgruppen, über ganz Deutschland verteilt, also von Kiel bis Passau oder von Aachen bis nach Berlin.



Alena Kalks

Wir erreichen somit schon seit knapp 35 Jahren über achttausend Studierende im Jahr. Ich glaube, dass das Interesse an diesem Thema unter den Studierenden ungebrochen ist. Das ist auch unser Ziel: Wir sind Mittler und Plattform, um den Diskurs über alle Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik zu befördern und auch nicht nur unter junge Leute, sondern auch aus Berlin nach Deutschland hinein zu tragen.

Was haben wir heute nun mit Ihnen vor?
Die Frage, welche sicherheitspolitische Rolle Deutschland hat, haben wir heute schon

mehrfach gehört. Was machen Politikwissenschaftler gerne? Sie nehmen einen Begriff auseinander. Sie schauen, was sind eigentlich die verschiedenen Ebenen eines Begriffes: Was heißt sicherheitspolitische Rolle? Diesen Prozess der Selbstfindung hatten Sie bereits angesprochen, wir sind dabei auf drei wesentliche Ebenen gestoßen und haben die mal in knackige These formuliert.

Damit Sie jetzt vor Ihrer Kaffeepause nicht zu trockene, akademische Analysen hören müssen, haben wir uns überlegt, das Ganze in Metaphern zu formulieren. Was könnte passender sein für Deutschland als Fußballmetaphern? Entsprechend werden wir uns im Folgenden mit dem Zuschauer beschäftigen, wir werden uns mit dem Feldspieler auseinandersetzen, nicht zu vergessen – besonders wichtig – auch dem Schiedsrichter. Bei unserer kommenden Analyse möchte ich immer im Hinterkopf behalten: Sicherheitspolitik ist kein Spiel, aber auf jeden Fall ein Teamsport. Entsprechend möchte ich nun an Frau Kalks, meine Stellvertreterin, übergeben.

Alena Kalks: Die naheliegendste Behauptung, verfolgt man die deutsche Presse, ist wohl, dass Deutschland ein sicherheitspolitischer Zuschauer ist. Darüber haben wir uns einige Gedanken gemacht. Was macht so einen Zuschauer aus? In erster Linie schaut er zu. Warum? Weil er gar nicht so qualifiziert und erfahren genug ist wie die Profis. Training und Material fehlen. Selbst wenn er wollte, richtig mitspielen könnte er eigentlich gar nicht. Ein Kriterium, das sich auch in der deutschen Sicherheitspolitik finden lässt. Die Berichte darüber, welche Gerätschaft aktuell nicht einsatzbereit ist oder welche Ausrüstung den Soldaten gerade fehlt, wird in der Medienwelt ausführlich gespiegelt. Beispielhaft steht hierfür auch der letzte Bericht des Wehrbeauftragten, in dem er unter anderem schreibt, ich zitiere: „Die Einsatzbereitschaft von Großgerät blieb auch im Berichtsjahr 2018 überwiegend unbefriedigend. Bei einer Verfügbarkeit von einsatzbereiten Panzern, Schiffen und Flugzeugen von teilweise deutlich unter 50 Prozent des Gesamtbestandes kann noch nicht von einer spürbaren Trendwende gesprochen werden.“

Investitionen vor allem in die Rüstung des Großgerätes sind oftmals langwierig und kostenintensiv. Wie viel will man denn überhaupt investieren? Und vor allem: Welche einsatzverpflichtenden Konsequenzen hätte dies? Reicht da nicht vielleicht auch der Blick von der Tribüne? Denn eine Frage bleibt offen: Möchte Deutschland denn überhaupt intensivere Sicherheitspolitik betreiben? Als Zuschauer träumt man vielleicht davon, als Kicker eine große Karriere zu machen, aber was steht auf dem Spiel? Verletzungsgefahr? Frühes Ausscheiden? Viel Engagement und großer Zeitaufwand? Kosten für Reisen und Materialien? Wie Umfragen zeigen, steht ein Großteil der öffentlichen Meinung in Deutschland Einsätzen der Bundeswehr, je robuster sie werden, immer kritischer gegenüber. Ein Interesse ist gegeben und auch die Wichtigkeit von Diplomatie – hier oben an erster Stelle – und



Sven Jovy

Stabilisierungseinsätzen – hier unten – ist durchaus erkannt, aber je größer die Risiken werden, desto weniger möchte man diese Maßnahmen unterstützen. Das kann man zum Beispiel hier unten sehen: die Kampfeinsätze der Bundeswehr; dort sank die Unterstützung im Gegensatz zum letzten Jahr.

Dennoch, Deutschland ist bekanntermaßen mit der Bundeswehr in Auslandseinsätzen involviert. Ob es beispielhaft der ISAF-Einsatz in Afghanistan war oder das aktuelle Engagement in Mali, auch deutsche Soldaten

sind vor Ort. Die Frage ist allerdings: warum? Deutschland beteiligt sich im Rahmen von Bündnissen. Deutschland hat die Einsätze allerdings nicht aus Eigeninitiative begonnen. Im Zentrum stand primär das Interesse der anderen, zum Beispiel der USA oder Frankreichs. Als guter Partner unterstützt man aber, so gut es geht. Je größer der Nutzen, desto mehr Kosten geht man auch ein. Mal führt dies dann zu aktiven Auslandseinsätzen, mal zu Finanzhilfen oder ähnlichen Mechanismen, beispielsweise der Ertüchtigungsinitiative. Ein guter Fan fährt schließlich auch mal mit zum Auslandsspiel oder unterstützt das Team durch Spenden.

Fasst man dies nun zusammen, lässt sich erkennen, dass der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik durchaus einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegt. Deshalb ist unsere These: Deutschland ist der perfekte Zuschauer, da es der *homo oeconomicus* der Sicherheitspolitik ist. An dieser Stelle übergebe ich an Sven Jovy.

Sven Jovy: Ich darf mich auf den Feldspieler berufen. Deutschland – oder Deutschlands Außenpolitik und außenpolitisches Engagement – bedeutet eben nicht nur militärisches Engagement. Wie Herr Lahl gerade eben schon erwähnt hatte: Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 gab es diesen sogenannten „Münchner Konsens“. Jetzt kann man allerdings sagen – vielleicht auch etwas scharf formuliert: „der Konsens der sicherheitspolitischen Elite“. Denn wie wir eben gesehen haben, mit der Bevölkerungsumfrage stimmt das nicht so ganz überein. Das liegt vielleicht auch daran, dass für viele Bürger mehr außenpolitische Verantwortung auch immer ein Mehr an militärischer Verantwortung bedeutet. Wir leisten allerdings deutlich mehr – und haben auch mehr davon. Das muss natürlich auch kommuniziert werden. Wie genau wollen wir also mehr Verantwortung übernehmen? Deutschland übernimmt Verantwortung im Bereich des Militärs, das kennen wir alle, Deutschland ist an siebzehn internationalen Militäreinsätzen beteiligt und hat auch in der Vergangenheit bereits an vierzig Einsätzen teilgenommen. Allerdings ist auch die Bundespolizei an sechzehn Einsätzen beteiligt.

Was die Kosten angeht: Allein der ISAF-Einsatz hat uns 57 Mitbürger und 8,9 Milliarden Euro gekostet. Im Bereich der Entwicklungshilfe mit 0,7% des Bruttoinlandsprodukts stehen wir international auf Platz 5 der reichen Industriestaaten. Im Vergleich mit den USA – auf Platz 22 – stehen wir da gar nicht so schlecht da. Wir haben im Rahmen der Flüchtlingskrise viele Geflüchtete aufgenommen, diese auch ausgebildet und diese verdienen hier auch Geld – welches teilweise an ihre Familien zurückgesandt wird – auch das ein Teil der Entwicklungshilfe. Der interkulturelle Dialog wie auch der akademische Austausch, von dem auch wir Studierenden sehr viel profitieren können, bedeutet auch internationale Zusammenarbeit. Abrüstung und Rüstungskontrolle ist noch ein Thema, über das wir heute vielleicht am Rande gesprochen haben, wo wir uns aber als Bundesrepublik auch sehr hervortun.



Sophie Witte

Kommen wir mal zu den eigentlichen Stärken: Deutschlands Stärken liegen eben nicht im Militär, sondern in Wirtschaft und Softpower. Deutschland hat das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt der Staaten nach IWF-Schätzungen. Daraus erwachsen natürlich gewisse Erwartungen, aber man hat natürlich auch eine Art strategisches Asset, um Entscheidungen beeinflussen zu können. Der Einsatz dieser strategischen Assets ist natürlich auch mit weitreichenden Folgen verbunden, wie man an den Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation sehen kann. Unsere Entwicklungszusammenarbeit kommt

auch unserer Wirtschaft zugute – das darf man nicht vergessen. Und auch die Finanzhilfe, beispielsweise für Griechenland, gewähren wir nicht aus reiner Barmherzigkeit. Auch wenn wir in puncto Technologie – jetzt kommen wir nämlich mal zum Bereich der Softpower – und Forschung aufpassen müssen, nicht abgehängt zu werden, sind wir nach wie vor eines der beliebtesten Länder weltweit, wie zahlreiche Bevölkerungsumfragen zeigen – und wie übrigens auch die Zahlen an Austauschstudenten an den Universitäten zeigen. Wie man hier sieht, wir stehen auf Platz 4 – ich glaube, in der aktuellsten Umfrage stehen wir sogar noch höher.

Deutschland ist als Feldspieler ein unverzichtbares Bindeglied der Mannschaft. Sicherheitspolitik – wurde eben schon mal gesagt – ist für Deutschland ein Mannschaftssport. Nur mit einer starken Europäischen Union und nur gemeinsam mit den europäischen Partnern kann Deutschland angesichts der Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse handlungsfähig bleiben. Deswegen bedeutet Verantwortung

für Deutschland mehr gemeinsame Verantwortung im Team EU. Engere europäische Zusammenarbeit und Abstimmung sind für uns die Kernpunkte. Wir halten uns dabei gerne im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf: gemeinsame Sicherung der europäischen Außengrenzen, innere Sicherheit und auch Wirtschaftspolitik. Dort können wir uns natürlich nicht nur ganz gut mit unseren Partnern abstimmen, sondern uns auch hinter diesen Slogans verstecken.

Unsere These ist, dass Deutschland Mittelfeldspieler ist. Wir spielen die Bälle gerne in die Offensive – vielleicht an Frankreich, vielleicht an die USA –, wir halten uns aber auch gerne zurück. Allerdings sind wir stets im Aufbau des Spiels tätig. Wir gehen selten in offensive Alleingänge, sondern arbeiten stets im Team. Wir sind Bindeglied zwischen den Teammitgliedern, gerade in Europa, gerade an der Seite Frankreichs – auch das wurde heute thematisiert. Allein das framework-nations-Konzept zeigt, dass wir auch im militärischen Kontext, stets teamorientiert sind. Jetzt habe ich die Frage der Veto-Karte mal aufgeführt. Worüber ich gleich mit Ihnen diskutieren möchte, ist, ob wir uns der eigenen Macht bewusster sein sollten und diese vielleicht auch strategisch in Verhandlungen einsetzen sollten. Das heißt für uns: Deutschland ist der perfekte Mittelfeldspieler, weil es das Bindeglied zwischen politischer Offensive und Defensive ist. Vielen Dank! Jetzt kommen wir zu Frau Witte.

Sophie Witte: Wen gibt es denn noch auf dem Spielfeld? Wer ist eigentlich selten im Bild und ohne wen funktioniert das Spiel aber nicht? An wen denken Sie jetzt? Natürlich denken Sie an den Schiedsrichter! Welche Eigenschaften sollte denn ein guter Schiedsrichter haben, haben wir uns gefragt. Als erste Eigenschaft sollte er sich bewusst sein, welche Position er eigentlich hat. Er sollte sich auch seiner eigenen Stärken bewusst sein. Und Deutschlands Stärke – das haben wir eben

schon gesehen – ist ganz klar die Wirtschaft. Das hat auch die deutsche Bevölkerung verstanden. 65% der Bevölkerung sind überzeugt, dass wirtschaftliche Mittel, wirtschaftliche Macht sehr viel wichtiger sind als militärische Macht. Und 85% der Bevölkerung präferieren den Einsatz von diplomatischen Mitteln statt militärischer Mittel. Das heißt, man ist sich seiner Position, was man kann, welche Kompetenzen man hat, sehr gut bewusst.

Dass die deutsche Position einen starken Einfluss hat, das sehen auch die Partner so. Auf der regionalen Ebene, auf dem regionalen europäischen Spielfeld, wird Deutschland von den großen sechs Ländern als das einflussreichste Land beurteilt. Deutsche Vertreter sprechen natürlich überwiegend im europäischen Interesse – deutsche Interessen werden nicht öffentlich dargestellt, die bedrohlich wirken könnten – so, wie ein Schiedsrichter nicht seine eigene Position vertritt, sondern ein Regelwerk, das nicht sein eigenes Interesse vertritt, sondern das aller Spieler, die miteinander spielen wollen.

Welche Aufgaben hat ein Schiedsrichter noch? Er soll schlichten, wenn es auf dem Spielfeld mal Zoff gibt. In internationalen Verhandlungen wird Deutschland weltweit geschätzt – als interessenausgleichender Vermittler, der auf die Einhaltung der Spielregeln achtet. Wie ein Schiedsrichter setzt Deutschland diese Regeln nicht physisch selbst durch, sondern es erinnert die anderen Spieler daran, dass die Regeln bestehen und dass sie eingehalten werden sollten. Außerdem weist Deutschlands Politik, wie das Regelwerk eines Schiedsrichters, eine große Kontinuität und Berechenbarkeit auf. Dadurch können die Spieler schon vorher abschätzen, wie der Schiedsrichter potenziell entscheiden wird. Wie wichtig es ist, Verantwortung zu übernehmen und die Stimme als Schiedsrichter hörbar zu machen, hat Deutschland mittlerweile verstanden und zeigt auch die Bereitschaft, aktiv zu werden.

Im Weißbuch von 2016 ist schon festgehalten, welche Rolle Deutschland spielen möchte. Und zwar die des interessenausgleichenden Konflikt-schlichters, der gemeinsames Handeln und ein faires Spiel möglich macht. Damit kommen wir zu unserer dritten These, nämlich, dass Deutschland der perfekte Schiedsrichter ist – weil es auf Interessenausgleich achtet und als Konflikt-schlichter wahrgenommen wird.

Ich sehe es an Ihren Gesichtern: Die Thesen, die wir jetzt in den Raum gestellt haben, die stoßen teils auf Zustimmung und teils auf Ablehnung. Und weil wir Sie natürlich nicht einfach nur konfrontieren wollen, sondern Ihnen auch die Möglichkeit geben wollen, Ihre Meinung zu äußern, haben wir eine technische Spielerei mitgebracht – wir sind ja jugendlich. Das heißt, diejenigen von Ihnen, die jetzt ein Handy dabei haben, können gleich ihre Meinung äußern. Dazu gehen Sie auf die Internetseite www.menti.com und geben den hier angezeigten Code ein und dann können Sie abstimmen. Welcher der drei Thesen, die wir aufgeworfen haben, stimmen Sie am ehesten zu? Damit das nicht zu langweilig ist, können Sie direkt live – wie beim Fußball – verfolgen, wie die Stimmung im Saal, quasi auf unserem kleinen Spielfeld, verteilt ist.

Weil wir Ihnen natürlich nicht nur die Möglichkeit geben wollen abzustimmen, wollen wir Ihnen auch die Möglichkeit bieten, die Thesen zu diskutieren und miteinander ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen wir gleich mit noch ein paar anderen Vertretern des „Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen“ an den drei formschönen Stellwänden im Saal und sind während der Kaffeepause mit einem Glas Wasser bereit, die Thesen zu verteidigen und uns gute Argumente dafür und dagegen anzuhören. Vielen Dank!

Kersten Lahl: Ich glaube, es ist allen klar geworden, dass es ein wirklich prima Ansatz war. Ich bin hellauf begeistert. Es ist nicht nur

so, dass Sie mich wieder mit dem Fußball versöhnt haben nach den letzten Wochen – ich bin als bekennender Bayern-Fan etwas entwöhnt worden in den letzten Wochen –, aber jetzt bin ich wieder voll drauf. Ich danke Ihnen jetzt schon ganz herzlich dafür, für das, was Sie hier präsentiert haben. Und wenn ich auch Ihnen jetzt die Bücher gebe, dann zögere ich fast ein bisschen. Ein neues Handy, ein neues iPhone wäre sicherlich was Besseres, und auch das, was da in dem Buch drin steht, wissen Sie alles schon – das haben wir vollauf gemerkt. Aber trotzdem tue ich es. Und lade Sie, meine Damen und Herren im Plenum, jetzt ein, sich einen Kaffee zu nehmen und anschließend bitte das Angebot des „Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen“ kräftig wahrzunehmen. Vielen Dank!





Panel 2: Binnensicht der deutschen Sicherheitspolitik: Welche Rolle kann und sollte Deutschland spielen?

Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Institut für Politische Wissenschaft,
Universität Erlangen-Nürnberg

Dr. Claudia Major, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Dr. Andreas Nick, MdB, CDU/CSU, u. a. Mitglied im Auswärtigen
Ausschuss im Deutschen Bundestag

Omid Nouripour, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, u. a. Obmann im
Auswärtigen Ausschuss im Deutschen Bundestag

Jan Techau, Director Europe Program German Marshall Fund
of the United States, Berlin

Moderation: Prof. Dr. Johannes Varwick, Präsident Gesellschaft für
Sicherheitspolitik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Johannes Warwick: Meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren, wir sind voll im Thema drin. Ich persönlich weiß ehrlich gesagt gar nicht, wo mir der Kopf steht vor all den klugen Anregungen und den vernetzten Gedanken, die wir jetzt sortieren können. Aber wir wollen jetzt doch noch ein weiteres Kapitel in dieser Schlussrunde unseres Berliner Sicherheitsdialogs aufschlagen und ich möchte zu Beginn einen Kollegen zitieren. Und zwar nicht den Kollegen Münkler, der auch immer zitierwürdig ist, sondern einen anderen Kollegen, den ich schätze: Stephan Bierling aus Regensburg. Der hat gesagt, ich zitiere ihn: „Die Deutschen wollen doch nur Gutes: Sie arbeiten ihre üble Vergangenheit vorbildlich auf, sie geben kaum Geld aus für ihr Militär, sie sorgen dafür, dass die verschwenderischen Mittelmeerländer endlich solide haushalten, sie schließen ihre Atomkraftwerke und öffnen ihre Grenzen für fast zwei Millionen Flüchtlinge. Und der Dank? Die USA werfen Deutschland vor, die NATO-Pflichten zu vernachlässigen, viele Euro-Partner sind wütend wegen des Berliner Spardiktats, Brüssel schimpft auf die Alleingänge in der Energie- und Asylpolitik. Willkommen, Berlin, in der Welt der großen Politik, wo Stärke Angst macht und wo Absichten nichts, Methoden viel und Ergebnisse alles zählen.“ Zitatende.

Ich glaube, mit diesem Zitat ist die Spannbreite der Diskussion nicht schlecht umrissen, und wir wollen jetzt dezidiert in der letzten Runde die Binnensicht adressieren. Wir haben zuvor die Außensicht gehört, General Lahl sagte es schon, da gab es eigentlich kein klares Bild, das ist so, aber es gab schon interessante Punkte, die wir aufnehmen werden. Wir wollen diese Binnensicht adressieren, sowohl hinsichtlich der aktuellen Fragen, einige, die wir durchgehen, vielleicht die Syrien-Diskussion und anderes mehr, aber auch hinsichtlich der strukturellen Fragen, die wir kontrovers diskutieren wollen. Wir haben das Panel so zusammengestellt, dass es wirklich kontrovers ist. Ist Deutschland also

zu sicherheitspolitischer Mitführung bereit und in der Lage? Wie sollte das gegebenenfalls konkret aussehen und noch wichtiger: Was wäre denn zu tun, um dies wirklich zu erreichen? Das sind einige Fragen, die wir heute diskutieren wollen. Wir haben ein ziemlich großes Panel, das verlangt einen an Brutalität grenzenden Moderator – und Sie haben hier einen vor sich. Wir haben verabredet, dass wir Eingangsstatements machen, ja, das scheint mir angemessen, damit wir die Positionen kennen und dann wollen wir miteinander diskutieren. Ich möchte Ihnen kurz die Runde in alphabetischer Reihung vorstellen.

Mein Freund und Kollege Prof. Dr. Stefan Fröhlich war unter anderem mal – du erinnerst Dich vielleicht – Mitarbeiter im Bundestag und dann Assistent von Hans-Peter Schwarz, einem der Großen der deutschen Außenpolitikforschung, an der Uni Bonn und Mitarbeiter bei der DGAP. Seit inzwischen vielen Jahren ist er Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg, daneben ist er Gastprofessor an einer ganzen Reihe von Universitäten, in Brügge, in Zürich, er war in Washington und in vielen internationalen Stationen. Sein jüngstes Buch „Das Ende der Selbstfesselung. Deutsche Außenpolitik in einer Welt ohne Führung“ wurde gerade vor ein paar Wochen in Berlin von Norbert Röttgen vorgestellt – und das wird uns heute auch noch beschäftigen. Herzlich willkommen!

Rechts daneben Dr. Claudia Major: Sie ist eine der wichtigen Stimmen zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in Berlin. Sie war ebenfalls bei der DGAP, sie war in Zürich an der ETH, am European Union Institute for Security Studies in Paris und arbeitet heute in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und ist, neben vielen anderen Funktionen, seit vielen Jahren Beirätin im Auswärtigen Amt für „Zivile Krisenprävention“. Sie hat zahlreiche spannende Wortmeldungen in diesem Bereich auch öffentlich sichtbar gemacht und ich freue mich, dass du hier bist. Herzlich willkommen!

Ganz rechts, das ist jetzt Zufall, ganz rechts von mir – von Ihnen ist das übrigens links, also da kann man mal sehen, dass man das verwechseln kann – der Bundestagsabgeordnete Dr. Andreas Nick. Er war vor langer Zeit Bankmanager und danach Professor an der Frankfurt School of Finance & Management. Seit 2013 ist er direkt gewählter Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Montabaur und Mitglied der CDU/CSU-Fraktion, dort unter anderem im Auswärtigen Ausschuss und – in der langen Reihe an Funktionen und Ämtern – seit Januar 2018 unter anderem Leiter der deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Seit Mai 2018 ist er zudem Obmann der CDU/CSU im Unterausschuss Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung. Und er ist, das habe ich bei vielen Gelegenheiten feststellen können, eine der klugen und fundierten außen- und sicherheitspolitischen Stimmen in diesem Land. Herzlich willkommen, Herr Abgeordneter Nick!

Zu meiner Linken eine ebenso wichtige Stimme in diesem Lande, Omid Nouripour, Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen. Er ist in Teheran geboren, und seit 1996 hat er unter anderem in Frankfurt studiert, war dann Abgeordnetenmitarbeiter und im September 2006, also schon seit Urzeiten, rückte er nach in den Deutschen Bundestag für einen gewissen Abgeordneten namens Joseph Fischer. Seitdem ist er im Deutschen Bundestag – zunächst im Europaausschuss, dann bis zur Bundestagswahl 2009 im Haushalts- und Verteidigungsausschuss. Er war dann sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Nachfolge von meinem Freund Winfried Nachtwei, der ja auch eine gewisse Nähe zur GSP hatte und hat, und seit der Bundestagswahl 2013 ist er Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Wir wollen jetzt hier keine schwarz-grüne Koalition machen, aber ich habe gerade gelernt, dass die beiden möglicherweise politisch was eint, aber ganz gewiss Sie beide

Fans von Eintracht Frankfurt sind und schon aus dem Grund Grund zum gemeinsamen Jubilieren haben. Ich übrighens interessiere mich gar nicht für Fußball, mich lässt das völlig kalt.

Zu meiner ganz Linken ein – und ich will damit die anderen in keiner Weise abwerten, aber bei Jan Techau muss man das wirklich sagen – origineller Querdenker der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Er war mal vor langer Zeit – und da wurde ihm das Korsett schnell zu eng – Referent im Presse- und Informationsstab des Bundesministeriums der Verteidigung, danach auch bei der DGAP, dann bei der NATO, beim Defense College in Rom, bei der Carnegie Endowment for International Peace in Brüssel, und zurück in Berlin hat er dann eine ganze Weile das Richard C. Holbrooke Center geleitet bei der American Academy. Seit 2018 ist er Chef des Europaprogramms beim German Marshall Fund in Berlin, und unter anderem sein Buch „Führungsmacht Deutschland – Strategie ohne Angst und Anmaßung“ hat einen der wichtigen Beiträge zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren geliefert.

Es wird keinen Konsens geben, da bin ich mir sehr sicher in dieser Runde, weil von unterschiedlichen Ecken betrachtet wird und in dem Spannungsbogen zwischen „zu wenig, zu spät“ und „doch vielleicht gar nicht so schlecht“ die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sehr unterschiedlich bewertet wird. Ich bin gespannt, wie wir das tun. Wir haben eine Reihenfolge verabredet, der Abgeordnete Dr. Nick fängt an. Dr. Nick, kann Deutschland sicherheitspolitische Führung?

Andreas Nick: Ich glaube, es ist immer eine Frage, was man unter Führung versteht. Ich finde, die jungen Leute vom BSH haben uns ja die unterschiedlichen Szenarien vorhin sehr schön beschrieben mit den Fußball-Analogien. Wenn ich so die Klischees unserer öffentlichen

Debatte komplett bedienen wollte, hätte wahrscheinlich noch die vierte Variante gefehlt: nach dem Schiedsrichter nämlich der mit dem Videobeweis – weil der ist nicht auf dem Spielfeld, weiß aber immer alles besser. Das entspräche ja ein bisschen dem Klischee mancher Darstellungen über unsere sicherheitspolitische Debatte.

Im Ernst: Binnensicht steht, glaube ich, über diesem Panel. Das klingt immer etwas nach Nabelschau. Ich würde zum Einstieg Gefahr laufen, dass ich jetzt wahrscheinlich wieder von „gar nicht so schlecht“ bis „too little, too late“ in das vom Moderator aufgespannte Netz flattere, aber vielleicht machen wir erstmal einen Schritt zurück. Ich bin Ende 2013 in den Deutschen Bundestag gekommen, kurz danach war die berühmte Münchner Sicherheitskonferenz 2014, und wenn man sich mal anschaut, was an grundlegenden Entscheidungen, auch in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, in den sechs Jahren gefallen ist, hat sich einiges getan: Ich bin der Überzeugung, wenn mir das jemand 2013 im Bundestagswahlkampf gesagt hätte, dass wir in diesen fünf bis sechs Jahren diese Entscheidungen treffen, wäre ich doch sehr skeptisch gewesen. Ich bin zu einem Zeitpunkt in den Bundestag gekommen, wo mir alle noch gesagt haben: „Mach bloß keine Außenpolitik, das hat keine Zukunft.“ Ich habe dann weitsichtige Menschen wie Ruprecht Polenz und Andreas Schockenhoff getroffen, die mich dann überzeugt haben, das zu machen. Aber ich will Ihnen einfach nur mal ein paar Stichworte liefern: Wir haben in dieser Zeit im Deutschen Bundestag mit weit überwältigender Mehrheit – auch die Grünen haben da meines Erachtens teilweise zugestimmt – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik entschieden, dass wir Waffenlieferungen in einen aktuellen Konflikt vornehmen, nämlich an die Peschmerga. Wir haben uns, insbesondere nach den Anschlägen in Paris, zur Beteiligung am Anti-IS-Einsatz entschieden. Wir haben auch zur Entlastung unserer französischen Partner das militärische Engagement in Mali zu diesem Zeitpunkt quantitativ

und qualitativ mit großer Zustimmung ausgeweitet. Es ist vorhin in der Diskussion schon etwas nonchalant und ja Gott sei Dank dann auch korrigiert falsch Bezug genommen worden auf die Stationierung in Litauen. Wir sind mit über tausend Soldaten in Litauen Führungsnation in der NATO Enhanced Forward Presence. Alles drei Entscheidungen, von denen ich überzeugt bin, dass niemand vor fünf oder sechs Jahren gewagt hätte vorauszusagen, dass wir diese alle weitgehend unumstritten und mit großen Mehrheiten auch im Deutschen Bundestag treffen werden.

Wenn ich den Blick etwas weite auf diplomatisch-politische Initiativen: Wir haben beim Joint Comprehensive Plan of Action in der Konstellation E3/EU+3 eine Rolle gespielt, wie wir sie historisch eigentlich in keiner anderen Situation gespielt haben. Wir haben im Minsk-Prozess, im Normandie-Format eine diplomatisch-politische Verantwortung übernommen, die, glaube ich, auch in der Vorgeschichte keinen Präzedenzfall kennt. Wir haben im Bereich PESCO Entscheidungen für europäische Sicherheitsstrukturen in diesen Jahren auf den Weg gebracht, von denen wir lange höchstens theoretisch philosophiert haben. Ich will damit nicht sagen, dass wir damit alles erreicht und abgedeckt haben, ich will nur einmal darauf hinweisen, das sind Dinge, die hätte vor fünf oder zehn Jahren kaum jemand – auch in der Community – für möglich gehalten, dass die in breiter Zustimmung, im Parlament und in der Öffentlichkeit,



„Wir haben im Bereich PESCO Entscheidungen für europäische Sicherheitsstrukturen in diesen Jahren auf den Weg gebracht, von denen wir lange höchstens theoretisch philosophiert haben.“

Andreas Nick

politisch entschieden werden und die heute faktisch Selbstverständlichkeiten sind.

Aber wir haben natürlich auch zu konzedieren, dass die Entwicklungen um uns herum und die strategischen Herausforderungen sich möglicherweise noch viel schneller verändern, als wir im politischen Prozess und im innenpolitischen Diskurs hinterherkommen. Das hat natürlich etwas mit dem ganzen Themenfeld zu tun, das Professor Münkler so meisterhaft aufgespannt hat. Wir haben den Rückzug der Vereinigten Staaten aus der internationalen Ordnung, wir haben es mit Herausforderungen einer teils revisionistischen Politik Russlands in Osteuropa zu tun, und wir haben den Aufstieg Chinas nicht nur zu einer Wirtschaftsmacht, sondern auch zu einer politischen Weltmacht. Und das stellt uns natürlich vor ganz besondere Herausforderungen. Das Grundgefühl – und ich glaube, das ist durchaus etwas, was bei den Menschen in Deutschland, mit denen wir über Außenpolitik diskutieren ... wir haben übrigens bei Veranstaltungen ein Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Fragen, wie ich es seit der Nachrüstungsdebatte Anfang der achtziger Jahre nicht mehr erlebt habe.

Dass die Menschen ein feines Gespür dafür haben, für die Unruhe, die davon ausgeht, dass eigentlich die drei strategischen Grundpfeiler, die die außenpolitische Erfolgsgeschichte dieses Landes seit siebzig Jahren ausmachen, dass die jedenfalls so herausgefordert und infrage gestellt sind wie nie zuvor: die transatlantische Sicherheitsgarantie, die europäische Einigung – Brexit und Anderes – und, den Aspekt will ich auch noch einführen – den Zugang zu offenen Märkten weltweit, was ökonomisch ein Kern unseres Erfolgsmodells ist.

Daraus leiten sich eine Reihe von strategischen Herausforderungen ab, mit denen wir auch ganz anders umgehen müssen. Ich gehöre zu

denen, die befürchten, dass wir uns auf eine Wiederwahl von Präsident Trump einzustellen haben und dass wir an den Punkt kommen werden, wo wir die Formel „Wir wollen transatlantisch bleiben, aber müssen europäischer werden“ noch in einer ganz anderen Intensität werden ausbuchstabieren müssen, in dem, was das an konkreten politischen Entscheidungen heißt. Professor Münkler hat von der Stabilisierung der Peripherie geredet. Ich glaube, die Frage ist: Sind wir in der Lage, europäische Sicherheit und auch die Fähigkeit – ich spreche das mal offen aus – zur Machtprojektion, auch in unserer Nachbarschaft, so auszugestalten, dass wir als Europäer dieser Verantwortung alleine gerecht werden können? Wir haben eine Wegbewegung, das hat Herr Münkler ja auch skizziert, von der klassischen Vorstellung von Krieg und Frieden, sondern wir werden im Bereich geoökonomischer Fragen Auseinandersetzungen sehen, von Handelskriegen, von der Frage um Rohstoffversorgung, Kapitalverkehrs- und Zahlungsverkehrssysteme bis hin zum Cyber-Raum und werden mit einem ganz anderen Begriff von Sicherheit, in einem Umfeld von Geopolitik und Geoökonomie zu operieren haben, in dem es gefordert ist, dass wir unsere Resilienz und Handlungsfähigkeit nachhaltig erhöhen.

Ich würde schon mal die These wagen – und dann komme ich mal zum Ende, weil wir das, glaube ich, in der Diskussion noch vertiefen können –, dass unser außen- und sicherheitspolitischer Diskurs, auch in der Innenpolitik, da noch nicht mitgekommen ist. Wenn ich mir anschauere, wie wir im Sommer über die Frage einer Marine-Mission wegen der Straße von Hormus diskutiert haben und jetzt auch, in der Art und Weise, wie der Vorschlag der Verteidigungsministerin innenpolitisch kaputtgeredet worden ist, sind wir noch nicht ganz an dem Punkt, wo wir hinmüssen, wenn wir diese Diskussionen auch differenziert genug führen wollen. Dazu gehört dann am Ende auch: Sind wir in unseren

Prozessen, in unseren Strukturen – auch Parlament und Regierung – richtig aufgestellt, um mit diesen Herausforderungen umzugehen? Wir haben einen, wie ich finde, hervorragenden Weißbuch-Prozess gehabt, das Weißbuch liegt aber seitdem gefühlt irgendwo in der Schublade und ist eigentlich weder im Bundestag richtig debattiert worden, noch wird eigentlich in der konkreten Politik – auch in der Kommunikation mit der Bevölkerung – regelmäßig darauf Bezug genommen. Stattdessen leisten wir vielleicht auch der Legende von einer „Militarisierung der Außenpolitik“ Vorschub, indem wir selbst den Einsatz von fünf Militärberatern irgendwo in Afrika mit zwei Plenardebatten abfeiern, aber bis heute keine regelmäßige Grundsatzdebatte zur Sicherheitsstrategie und Sicherheitsanalyse der Bundesrepublik haben. Das sind so Punkte in der Frage, wie gehen wir eigentlich im Prozess damit um, die würde ich gerne noch besprechen – damit möchte ich es jetzt belassen.

Johannes Varwick: Vielen Dank! Wir kommen auf die Punkte noch zu sprechen, verspreche ich Ihnen. Herr Nouripour, Sie müssen sich jetzt nicht an Ihrem künftigen Koalitionspartner abarbeiten, aber gibt es denn grüne Vorstellungen zur Frage, wie Deutschland sicherheitspolitische Führung ausüben sollte?

Omid Nouripour: Wenn ich mich jetzt nicht an ihm abarbeite, fühlen Sie sich dann in der Frage der Koalitionsbildung bestätigt? Das ist ein Problem ...

Ich will auf die Frage zurückkommen, wenn ich darf. Die Frage ist: Kann Deutschland Führung? Die Antwort ist, ehrlich gesagt: ja, unbedingt. Die Frage ist: will Deutschland? Darüber muss man, glaube ich, im Kern sprechen. Mir macht die Debatte der letzten Wochen große Sorgen, nicht nur wegen der Syrien-Sicherheitszonen-Diskussion, sondern, wenn ich mich in unserer aller Blase bewege, habe ich das Gefühl, die Stimmung

ist suizidal. Das Ende sei nah. Wir würden nichts mehr können. Die Europäer gebe es nicht mehr. Wir seien abwesend, wo sind wir?

Die Frage ist, inwieweit ist das richtig, inwieweit ist das Fatalismus? Ich glaube, da ist ganz viel Fatalismus, deshalb würde ich gerne fünf Punkte benennen, mit denen man dem entgegentreten kann. Ich glaube, dass Deutschland ganz dringend vieles dafür tun sollte, um in der Außen- und Sicherheitspolitik Verantwortung zu übernehmen, denn wenn demokratische Rechtsstaaten es nicht tun, übernehmen es andere. Deshalb ist es quasi eine Verpflichtung, es zu tun.

Ich will fünf Punkte nennen, beginnend mit Europa. Nicht weil Europa das Unwichtigste ist, sondern weil es das ist, was ehrlich gesagt am meisten zitiert wird und wo es die meisten Referenzen gibt. Ich glaube, dass diese permanent rezitierte europäische Einigkeit ein Problem darstellt. Nämlich in dem Augenblick, in dem ein Land – beispielsweise weil in der Regierung Leute sitzen, von denen wir wissen, dass sie bezahlt werden aus dem Kreml – abweicht von dieser Einigkeit. Dann heißt es: Seht her, die Europäer können es nicht. Deshalb ist es zentral, dass wir bei dieser Frage, Sarkozy hat es, glaube ich, so genannt, die variablen Geometrien viel mehr ansetzen und einfach mal betonen, wo sich viele Staaten einig sind.



„Ich glaube, dass Deutschland ganz dringend vieles dafür tun sollte, um in der Außen- und Sicherheitspolitik Verantwortung zu übernehmen, denn wenn demokratische Rechtsstaaten es nicht tun, übernehmen es andere.“

Omid Nouripour

Ja, wir haben institutionell die Einstimmigkeit, ja, wir schaffen es nicht, die Einstimmigkeit im Vertrag zu ändern – aber wollen wir nicht trotzdem die Staaten, die bestimmte Dinge wollen, einfach machen lassen? Ich glaube, das wäre dringend sinnvoll.

Beispiel im Angewandten: Als der Mali-Einsatz begann, saß ich da und überlegte mir, hm, wir haben doch diese battlegroups und eigentlich sind die genau für solche Fälle gemacht. Warum schickt man sie nicht? Ich habe bis heute noch keine Antwort darauf bekommen, aber die Tatsache, dass man irgendwann mal damit angefangen hat, die battlegroups umzudeuten als Ausbildungsmissionen – und zwar mit der Begründung, wir haben sie ja nie entsandt ... hat auch damit zu tun, dass man sie nie entsandt hat! Das ist ein wenig bizarr, weil da einfach der Wille fehlt und nicht die Instrumente. Das ist das Fünfte.

Das Vierte ist die Frage der Diplomatie. Wir reden ganz viel über die 2%, wir streiten den ganzen Tag über die 2% und die 0,7% in der Entwicklungszusammenarbeit, aber was wir viel zu wenig machen – ich komme gleich zu dem Streit –, ist die Frage stellen: Haben wir eigentlich genug Hardware in der Diplomatie? Es gibt ja so eine Sitte in Deutschland: Es gibt einen Konflikt, dann rennen alle zum Außenminister und fragen „Was machen wir denn?“ und der Außenminister guckt total ernst – geht gar nicht um Parteifarbe – und sagt: „Jetzt brauchen wir eine politische Lösung.“ Stimmt! Im Irak sitzen zwei halbe Stellen, die politische Arbeit an der Botschaft machen. Wie sollen die denn politische Arbeit leisten in so einem Land wie dem Irak? Wir haben im Auswärtigen Dienst seit – einheitsbereinigt – dem Jahr 1990 eintausend Stellen abgebaut. Eintausend Stellen! Das ist im Übrigen nicht nur irre, politisch, es ist auch gesetzeswidrig, weil die Personalreserve, die im Gesetz für den Auswärtigen Dienst festgeschrieben ist, überhaupt nicht mehr da ist. Die wird aber im Übrigen gebraucht, damit die Diplomatinen und

Diplomaten vor dem Job vielleicht auch mal einen Sprachkurs machen können und die anderen dann nicht den Job von zwei machen müssen. Wir haben da eine riesige Kapazitätsschwäche im diplomatischen Bereich, über die viel zu wenig gesprochen wird.

Das dritte: die Frage der Lernfähigkeit. Ich habe nicht das Gefühl, dass besonders viel gelernt worden ist aus den zahlreichen Einsätzen, die es gegeben hat. Es gab viele Einsätze, die gerade in rot-grünen Zeiten begonnen und beschlossen worden sind, wo wir quasi hineingeschlittert sind durch die Ereignisse auf dem internationalen Feld. Afghanistan, das ist das klassischste, prominenteste, schmerzvollste aller Beispiele. Die Bundeswehr hat sehr viel daraus gelernt, aber was hat die Politik eigentlich aus Afghanistan gelernt, was beispielsweise Erwartungsmanagement betrifft? Was die Frage von politischer Perspektive, was die Frage der Kohärenz betrifft, bei der Frage Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitssektorreform, Bundeswehreinsatz. Ich sehe da keine echte politische Lernfähigkeit, da sind wir richtig schlecht. Ich glaube, dass sich das ändern muss.

Das zweite ist, selbstverständlich, Hardware. Jetzt komme ich zum Streit. Ich glaube, dass es zwei Sorten von Leuten gibt. Die einen, die die Bundeswehr wirklich systematisch schlecht reden, das sind die, die bald mehr Geld wollen, und dann die, die die Bundeswehr am liebsten in der Kaserne einschließen wollen würden. Ich glaube, dass die Bundeswehr sehr viel mehr kann als die allgemeine Stimmung in der Gesellschaft es vermuten lässt. Trotzdem wird das Geld ja nicht reichen, deswegen schon nicht, weil es allein im Personalbereich sehr viel mehr Investitionen bräuchte. Der größte Fehler bei all den zahlreichen, permanenten Bundeswehrreformen seit 1990 war, die Wehrpflicht auszusetzen, was ich immer noch richtig finde, und gleichzeitig zu sparen. Wenn man so eine Reform angeht, muss man gleichzeitig Geld in die Hand nehmen,

insbesondere auch, um das richtige Personal zu bekommen. Das ist nie passiert. Ich bin sehr dafür, dass die Bundeswehr das Geld bekommt, das die Bundeswehr braucht, und das bedarfsorientiert und nicht, weil irgendwo politisch vereinbart worden ist, dass es so und so viel Prozent vom BIP sein müssen. Das ist der Streit. Das muss dann, egal wie viel es ist, bedarfsorientiert sein.

Ich glaube, dass eine fiktive Größe mehrere Probleme mit sich bringt. Erstens, sie macht die Strukturreformen in der Bundeswehr platt, mit Geld, zweitens, sie schwächt die Europäisierung, die immer darunter leidet, dass einzelne Staaten lieber Industriepolitik machen, beispielsweise, wenn ich das jetzt mal sagen darf, wie unsere französischen Freunde. Wir lieben sie sehr, sie betreiben klassische Industriepolitik im Mantel der Sicherheitspolitik und schwächen damit auch deutsche Sicherheitsinteressen. Ich glaube, dass die 2%-Debatte, und dabei die Forderung, pauschal Geld ohne Orientierung am Bedarf zu beschließen, diese beiden notwendigen Reformen, Europäisierung und die Frage der Strukturen bei der Beschaffung der Bundeswehr, eher stranguliert, als dass es sie befördert.

Und das letzte ist, nochmal, der Wille. Beim Willen geht es in erster Linie um meine Kaste. Es geht darum, dass viel mehr Leute so rausgehen, wie der Kollege Nick es gerade gemacht hat, und erklären: Erstens ist es notwendig, dass wir mehr Anforderungen übernehmen, zweitens da und da und da sollten wir das machen. Der Dissens, den wir miteinander haben, ist, ich bin hundert Prozent dafür, dass wir Projekte der Machtprojektion brauchen. Das Problem mit dem Machtprojektionsprojekt der letzten zwei Wochen ist einfach, dass mit Nordsyrien eins ausgesucht worden ist, das nicht nur schlecht abgestimmt war, sondern draußen auch überhaupt nicht glaubwürdig ist. Eine Machtprojektion, die nicht glaubhaft ist, ist keine Machtprojektion. Das macht Machtprojektion

eher kaputt. Ich bin total dafür, dass wir uns zusammen hinsetzen und überlegen, wo man das machen kann. Die Russen projizieren ihre Macht exzellent, in dem sie einfach mal ein U-Boot im Hafenbecken von Stockholm hochkommen lassen und dann wieder abziehen. Es geht mir nicht darum, dass wir jetzt irgendwo U-Boote hinschicken, das ist nicht mein Thema. In Syrien und Libyen hat sich die EU und Deutschland mit ihrer Passivität selbst zum Zuschauer degradiert, wichtig ist, dass uns das nicht bei weiteren Konflikten in der Zukunft passiert und dafür braucht es eben mehr Engagement als bisher. Russland ist als aggressiver, großer Player in Europa mit Besatzungstruppen in drei Nachbarstaaten ein Land, das man mehr als ernstnehmen muss. Gerade auch, wenn man sich anschaut, dass die technologischen Entwicklungen eher dazu führen können, dass in wenigen Jahren auch die konventionelle Eskalationsinitiative bei den Russen ist und nicht mehr bei der NATO, was mir große Angst macht.

Aber wenn ich mir angucke, was denen am meisten Angst macht, dann ist das nicht Deterrence alter Schule, sondern das ist die Tatsache, dass die Bruttoinlandsprodukte von der Ukraine und von Polen im Jahr 1990 gleich waren, heute hingegen das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine sogar etwas niedriger ist, während sich Polens Nationaleinkommen versechsfacht hat. Das ist in erster Linie wegen der europäischen Integration. Das, was dort am meisten Angst macht, muss man, glaube ich, viel mehr als Machtfaktor einsetzen.

Johannes Varwick: Herr Abgeordneter, vielen Dank! Ich werde Sie gleich fragen, dann können Sie sich schon darauf vorbereiten...

Omid Nouripour: Das nimmt mir die Lebhaftigkeit!

Johannes Varwick: ...ob Sie der Meinung gewesen sind, tatsächlich, dass die EU-Battlegroups in Mali hätten eingesetzt werden können...

Omid Nouripour: Ja, ja, ja!

Johannes Varwick: Ok, dann klären wir das gleich. Ich will aber erst die Runde...

Omid Nouripour: Ich habe ja jetzt die Zeit, das erstmal zu durchdenken.

Johannes Varwick: Ich will jetzt die anderen drei dieser Runde ins Spiel bringen. Wir haben jetzt politische Akteure gehört und wechseln gewissermaßen die Perspektive in die Beobachterrolle. Ich möchte allen drei aus ihren Schriften vorlesen, da freuen sich immer alle, haben gute Laune, aber das ist durchaus repräsentativ, glaube ich. Claudia Major, du hast unter anderem geschrieben: „Tatsächlich tut sich Berlin schwer, systematisch eine Politik der ‚neuen Verantwortung‘ zu entwickeln, und Verteidigungspolitik bleibt das Problemkind der deutschen Sicherheitspolitik. Die Debatte verläuft zäh und klammert Tabus aus, die Finanzierung ist mangelhaft und die Zustimmung der Bevölkerung zurückhaltend.“ Siehst du das noch genauso? Problemkind Verteidigungspolitik in Deutschland?

Claudia Major: Ich muss dazu sagen, dass es in dem ursprünglichen Entwurf „Schmuddelkind“ hieß und das wurde mir rausgestrichen. Schmuddelkind, muss man dazu sagen, lässt sich auch nicht ins Englische übersetzen, deshalb haben wir uns auf diese etwas höflichere Variante geeinigt. Wenn ich auf die ursprüngliche Frage zurückkomme, ob Deutschland führen kann, ja oder nein, dann ist, glaube ich, die große Verführung zu sagen: nein. Kritisieren ist immer einfacher als zu loben. Wenn man sich den letzten Vorschlag der Verteidigungsministerin anguckt, scheint es auf ein relativ klares Nein hinauszulaufen. Ich glaube, das wäre ein bisschen zu einfach als Antwort, und ich möchte versuchen, das ein bisschen differenzierter zu sehen. Der Text geht übrigens noch

weiter, der wird dann etwas positiver. Du hast dir natürlich mit Absicht die Knallersätze ausgesucht.

Ich glaube, die kompliziertere Antwort ist „Ja, aber ...“ oder „Ja, wenn ..., kann Deutschland führen“. Drei Punkte dazu. Erstens, es gibt einen Unterschied zwischen der aktuellen Koalition, die wir jetzt haben, und der allgemeinen Befähigung zur Führung. Das heißt, der Unterschied zwischen situativ und strukturell. Die aktuelle Koalition, also seit 2018, hat wenig bis keine sicherheitspolitische Führung gezeigt – das ist kein richtiges Geheimnis. Der Syrien-Vorschlag ist das leider traurige Beispiel dafür. Das kann man alles begründen – das kann man begründen mit mangelndem Konsens, das kann man mit der sehr eigenen Natur von Koalitionsregierungen, man kann das begründen mit internen Parteirangeleien, da gibt es sehr, sehr viele gute Begründungen dafür. Auch, dass unser politisches System anders funktioniert als bei unseren Nachbarn. Wir haben kein präsidentielles System wie in Frankreich, wo der Präsident sagt „Da lang!“ und dann laufen alle brav hinterher.

Ich glaube, man sollte trotzdem der Versuchung widerstehen, aus diesem Alltag heraus eine generelle Antwort zu geben. Ich glaube, wir müssen eher den Schritt zurücknehmen und mal überlegen, wie ist denn die prinzipielle Lage, wie ist die prinzipielle Antwort darauf? Jetzt geht Führung nicht, geht sie unter anderen Bedingungen? Führung verstanden als Fähigkeit, Richtung vorzugeben, andere zu überzeugen, mit in die Richtung zu gehen, sie zu motivieren, die Ressourcen dafür bereitzustellen und notfalls dafür geradezustehen, auch wenn es schief geht. Das sozusagen als Grundverständnis. Das hat Deutschland in einigen Bereichen seit 2014 gemacht. In den ersten Jahren seit 2014 kann ich durchaus Beispiele nennen, unter anderem, Sie haben da schon darauf hingewiesen, die Peschmerga. Ein Beispiel, was mir sehr wichtig ist, ist das Engagement in der NATO seit 2014. Nach der Krim-Annexion ging



„Deutschland sollte keine Kopie sein, sondern wir sollten einen eigenständigen Anspruch und ein eigenes Verständnis von Führung und Verantwortung entwickeln.“

Claudia Major

es darum, den alten Dinosaurier NATO wieder ein bisschen handlungsfähig zu machen. Deutschland hat sich gerade nach 2014 sehr dafür eingesetzt, dass diese Anpassung und Neuaufstellung in eine bestimmte Richtung geht.

Man kann auch ein bisschen weiter zurückgehen und sich an den Kosovo-Krieg erinnern, 1999, oder das „Nein“ zum Irak-Krieg. Das heißt, man kann darüber streiten, ob das alles die richtigen Entscheidungen waren, ob das zu kleinteilig ist, ob es in die richtige Richtung ging, ob man hätte mehr machen müssen. Aber ich glaube, es sind auf jeden Fall Beispiele dafür, dass es Ideen gab und Deutschland sich nicht gescheut hat, sie umzusetzen und dafür durchaus auch Kritik einzustecken.

Außenpolitische Führung oder sicherheitspolitische Führung heißt auch, in der Krise flexibel reagieren zu können. Das fällt uns gerade in Koalitionsregierungen schwerer. Deswegen freue ich mich, dass wir zwei MdBs auf der Bühne haben und ich wäre sehr daran interessiert zu hören, wie Sie denn glauben, wie es in einer schwarz-grünen Koalition mit der Flexibilität in der sicherheitspolitischen Antwort aussehen würde. Aber das heben wir uns auf für die nächste Runde!

Zweiter Punkt: Deutschland sollte keine Kopie sein, sondern wir sollten einen eigenständigen Anspruch und ein eigenes Verständnis von Führung

und Verantwortung entwickeln. Wenn wir über Fragen sicherheitspolitischer Führung reden, haben wir ganz schnell die Tendenz, nach Paris zu gucken oder nach London und zu sagen: „Ach, die haben es gut. Da läuft's und bei uns nicht.“ Erstens wäre ich mir da nicht so richtig sicher, und ob Anspruch und Ergebnis da immer übereinstimmen, ob Macrons letzter Vorschlag bezüglich Russland schon Führung war oder ein Alleingang, darüber kann man bestimmt trefflich streiten. Zweitens glaube ich, dass es ein Denkfehler ist. Das Ziel kann nicht sein, eine schlechte Kopie – oder eine mittelmäßige oder eine gute oder was auch immer, auf jeden Fall eine Kopie – zu sein. Führung ist kein Selbstzweck.

Das heißt, ja, es werden viele Erwartungen an uns herangetragen, aber statt zu reagieren, denke ich, müssen wir vielmehr überlegen, wer wir sein wollen, was wir sein wollen und was die Folgen dieser Entscheidungen sind. Das heißt: Wollen wir führen? Was ist unsere spezifische Art zu führen? Ist es das viel zitierte Führen aus der Mitte? Ist es, der Anwalt der Kleinen zu sein? Ist es der Alleingang? Oder ist es ein ganz bewusstes Verzicht auf Führung? Oder ist es Veto-Macht sein? Aber wenn wir die Frage nicht klar beantworten, kommen wir auch nicht so richtig weiter. Es gibt bei der Debatte um Führung ein enorm starkes normatives Element. Das fiel mir auch hier auf. Führung ist gut. Wir müssen mehr führen. Die Frage ist: Warum ist Führung eigentlich so toll? Das heißt, wir müssen weniger jammern, dass wir nicht genug führen, sondern viel mehr Zeit damit verbringen, warum diese Führung anstrengenswert ist. Aus deutscher Perspektive, ich sag es mal ein bisschen ketzerisch, geht es ja auch super ohne. Das heißt, wir haben uns bei der Euro-Krise, als wir ein bisschen geführt haben, ziemlich viel Ärger eingefangen. Es gibt ein klares Plädoyer für Führung, aber es gibt keine Akzeptanz dafür. Wir haben bestimmt einen Konsens hier, in dem Raum und auf dem Panel, dass wir mehr Führung brauchen. Aber wenn Sie rausgehen, ist der nicht mehr da. Das heißt, wir

müssen viel mehr verdeutlichen, was ist der Anreiz von Führung und was gewinnen wir damit.

Letzter kurzer Punkt, das knüpft ein bisschen daran an, was in der vorherigen Runde dran kam: Sicherheitspolitik ist nicht nur Militär. Das heißt, sicherheitspolitische Führung ist auch nicht nur Militär. Da ist immer so der Reflex, sofort, Sicherheitspolitik, da muss die Bundeswehr ran. Ja, einerseits stimmt das, weil man sich zu der Frage des Militärischen viel mehr verhalten muss als früher. Die USA engagieren sich weniger in Europa, andere rüsten auf, das verschiebt die Machtverhältnisse, das sehen wir auch in Syrien. Russland schafft mit Militär Fakten und setzt damit auch einen Rahmen für eine andere politische Lösung. Das heißt, wir müssen schon überlegen, wie wir uns dazu verhalten. Militär ist ein sichtbares Element, es ist ein wichtiges Element von Sicherheitspolitik, aber es ist nicht das einzige. Wir fokussieren sehr viel darauf, aber wir müssen uns auch darüber bewusst sein, dass möglicherweise gerade Deutschland in anderen Bereichen – ob es zivile Elemente sind, ob es Mediation ist, ob es Stabilisierung ist – auf sehr gute Ergebnisse zurückblicken kann. Das heißt, wir müssen uns auch ein wenig aus dieser Falle, die wir in Deutschland haben, lösen, dass Sicherheitspolitik immer nur sofort Verteidigung ist. Führung beginnt im politischen System, muss aber mitgetragen werden. Heißt, wir müssen viel mehr Zeit damit verbringen, diese Basis, dieses Mittragen in den weiteren Kreisen der Bevölkerung zu schaffen. Das ist die Aufgabe an die MdBs und uns Think-Tanker.

Johannes Varwick: Vielen herzlichen Dank! Die Frage von Militär, wichtig oder nicht, kann ich fast schon nicht mehr hören, denn ich kenne niemanden, der behauptet, dass Militär so schrecklich wichtig sei. Selbst die Amerikaner und andere wissen das auch, aber das ist ein anderes Thema. Also mit der Führung ist es kompliziert, das haben wir gesehen. Stefan Fröhlich, auch in dem Fall ein kurzes Zitat aus deinem

neuen Buch: „Deutsche Außenpolitik ist besser als ihr Ruf. Das Land hat in den vergangenen Jahren längst mit etlichen Tabus gebrochen, Führung in Europa übernommen und ist in der politischen Realität des 21. Jahrhunderts insgesamt gut angekommen. Es ist pragmatische Führungsmacht und Stabilitätsanker.“ Also bist du der erste Verteidiger der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie in den vergangenen Jahren agiert hat?

Stefan Fröhlich: Ich würde mich sicher nicht als den ersten Verteidiger betrachten, ich würde das Buch eher so verstanden wissen wollen, dass die stereotype Debatte in diesem Land, die wir schon seit Jahren führen, endgültig überholt ist. Du hast es am Anfang bei der Einführung auch erwähnt, noch immer oszilliert sie zwischen „dieses Land tut zu wenig“ oder „es tut zu viel“. Hier ist eben angeklungen, Deutschland führe eigentlich nicht. Ich sehe das anders. Vor ein paar Jahren ist die Idee zu meinem Buch entstanden, in Washington, in einem größeren Projekt, bei der „Transatlantic Academy“ des German Marshall Fund. Da habe ich mir permanent anhören müssen, insbesondere von meinen amerikanischen Kollegen und Freunden: „Also das, was ihr jetzt in der Eurokrise gemacht habt, und was ihr in der Flüchtlingskrise macht ...“, das sei nicht Führung, sondern „fast schon wieder hegemoniales Auftreten.“ Mit anderen Worten, wenn, dann ist es schon wieder ein Zuviel an Führung, mehr als Europa verträgt. Wir haben eben auf dem anderen Panel gehört, zur Außenansicht, dass die Erwartungen in Europa – denken Sie an den früheren polnischen Außenminister Sikorski – eigentlich in Richtung mehr deutscher Verantwortungsübernahme gehen. Und dass die Voraussetzungen für deutsche Führung, Mitführung, wie immer wir das nennen wollen, besser denn je sind.

Das schließt nicht aus, dass viele im Ausland und Inland die Debatte um die deutsche Führung in Europa für ihre eigenen Interessen



„Das, was in der Eurokrise herausgekommen ist, das, was wir in der Ukrainekrise an positivem Krisenmanagement erlebt haben, war immer eine Mitführung, eine Mitverantwortung. Und es geschah immer auch in Kooperation mit unseren engsten Verbündeten und Partnern in Europa, insbesondere Frankreich!“

Stefan Fröhlich

Verbündeten und Partnern in Europa, insbesondere Frankreich!

Ich würde raten, genauer hinzuschauen. Kann das Land führen oder mitführen? Ich würde mich vor dem Begriff Führen hüten! Wir haben

instrumentalisieren: dieses Land wird mal hochgelobt und tut das Richtige, dann tut es wieder das Falsche. Oder es tut zu wenig oder zu viel. Es ist mal Hegemon – natürlich nicht wohlwollender Hegemon, sondern einer, der versucht, seine Interessen durchzusetzen; die Eurokrise und das Gerede um das angebliche ordolibérale Diktat der Deutschen ist das beste Beispiel. Das habe ich mir oft in Washington anhören müssen, dass hört man natürlich auch in Südeuropa. Wir haben in keiner Weise, wenn man genauer hinschaut, in den drei großen Krisen der vergangenen Jahre (Ukraine, Euro, Flüchtlinge) im Alleingang gehandelt. Ich sehe eigentlich nirgendwo, wenn überhaupt nur in der Flüchtlingskrise, dass Deutschland irgendwie vorgeprescht ist, geschweige denn den Anspruch erhoben hätte, die Führungsrolle zu übernehmen. Das, was in der Eurokrise herausgekommen ist, das, was wir in der Ukrainekrise an positivem Krisenmanagement erlebt haben, war immer eine Mitführung, eine Mitverantwortung. Und es geschah immer auch in Kooperation mit unseren engsten

gerade von Frau Major von so vielen Optionen gehört, wie man führen kann. Wen nehmen wir mit, was nehmen wir mit? Mitmachen, vielleicht ist das viel entscheidender am Ende des Tages, und zwar in ganz zentralen Fragen, wo Deutschland sich in den letzten Jahren noch immer verweigert hat – Stichwort Krisenmanagement im Nahen und Mittleren Osten. Abgesehen davon aber denke ich, dass Deutschlands Außenpolitik besser ist als ihr Ruf und Deutschland durchaus vieles geleistet hat in den letzten Jahren – wir haben eben die Beispiele gehört, ich brauche sie nicht zu wiederholen. Es gibt so etwas wie einen Paradigmenwechsel in den letzten Jahren, der Überzeugung bin ich. Ich habe allerdings Angst, dass das Momentum verloren geht, das ist ganz zentral. Wie die Zukunft aussieht, ist ein Stück weit unbestimmt, aber diese Mitverantwortung, diese Mitführung, die hat es in den letzten Jahren gegeben.

Deutschland hat natürlich auch die Möglichkeiten und die Mittel dazu, das ist gar keine Frage. Ich würde gerne noch die Diskussion auf einen zweiten Punkt lenken wollen. Ich hatte es eben angesprochen: Die Debatte oszilliert nach wie vor zu sehr zwischen diesen beiden Polen. Ich meine, das ist mein Plädoyer, diese Debatte müssen wir hinter uns lassen. Wir tragen natürlich – es wird nicht nur von außen an uns herangetragen, sondern wir tragen einen Großteil dazu bei, nicht nur die Politik, sondern auch diejenigen, die in der Regel die Deutungshoheit in den Medien und im vorpolitischen Raum haben: Nach wie vor wird einerseits suggeriert, dass dieses Land Verantwortung übernehmen will, aber dann gibt es Konstellationen, bei denen wir andererseits im nächsten Moment sagen: „Es ist aber gut, dass wir das nicht tun und dass wir da nicht mitmachen“. Denken Sie an die jüngsten Beispiele in den letzten zwei, drei Jahren. Stichwort Syrien, wo wir einerseits, du hast es angesprochen, mit Tabus gebrochen haben. Wenn man sich die UN-Resolution 2249 mal anschaut, dann ist unsere Beteiligung an der Anti-IS-Koalition eigentlich ein Tabubruch aus deutscher Sicht.

Und es hat andere Tabubrüche gegeben, ich gehe jetzt nicht ins Detail, wir können das gerne diskutieren.

Aber es ist problematisch, wenn man hierzulande von den Medien, aber eben auch von politisch Verantwortlichen ständig hört, dass das, was da passiert, eigentlich nicht passieren darf und menschenverachtend sei, dass die Staatengemeinschaft da reagieren muss, aber dann kommt eine Entscheidung, die wir grundsätzlich unterstützen – nehmen wir das jüngste Beispiel Syrien und da die Luftschläge vor einem knappen Jahr –, bei der wir aber nicht mitmachen. Es geht nicht, dass wir, bei aller berechtigten Kritik an Trump, sagen: „Die Luftschläge gegen das Regime Assad waren eigentlich richtig, aber es ist eben auch richtig, dass wir nicht dabei waren.“ Das grenzt an Zynismus, und das leistet all denen Vorschub, die Deutschland unverändert der vor allem sicherheitspolitischen (aber auch ökonomischen) Trittbrettfahrerei bezichtigen. Das muss die Politik erklären und wir müssen die Leute dabei abholen. Und damit bin ich an einem entscheidenden Punkt: Es braucht einfach eine stärkere Kommunikation, auch in den öffentlichen Raum hinein, was notwendig ist, was wir tun müssen, was unsere eigen Sicherheit tangiert und ab wann und wo wir – ich weiß, die Wissenschaftler neigen dazu, am liebsten mit einem klaren Kriterienkatalog zu bestimmen, wann wir eingreifen können und wann nicht – auch militärische Mitverantwortung zu tragen haben. Die Idee der humanitären Intervention, die eigentlich eine Erfindung des Westens ist, ist selbstverständlich in den letzten Jahren oftmals gescheitert. Sie ist aber nicht mit R2P zu verwechseln. Es gibt danach durchaus klare Kriterien, wo wir eingreifen sollten und wo wir dann auch eine Mitverantwortung haben. Vielleicht ist dies der letzte Tabubruch, der in der Bundesrepublik fehlt, ansonsten würde ich sagen, wenn man sich die Bilanz der letzten Jahre genauer anschaut, dann ist diese gar nicht so schlecht und das haben unsere Abgeordneten uns eben auch klargemacht.

Johannes Varwick: Vielen Dank! Wir haben jetzt doch ein erfreulich breites Spektrum in der Wahrnehmung einer deutschen Führungsrolle. Jan Techau, ich will noch einen Gedanken in die Diskussion einführen, der von dir kommt, und ich werde ihn jetzt zitieren. Der, glaube ich, das Feld nochmal etwas weitet und einen anderen Aspekt einbringt. Ich zitiere: „Deutschland steht vor einem Dilemma: Jede internationale Initiative der Führungsmacht Deutschland ruft wegen der schieren Größe und Stärke des Landes bei den Nachbarn Panikattacken und Abwehrreaktionen hervor. Es geht darum, wie Deutschland außenpolitisch führen kann, ohne dass ihm und anderen dabei angst und bange wird.“ Willkommen, sozusagen, in der Politik großer Mächte, das, was den USA schon immer passiert ist, ist das nun auch in Deutschland so? Und wie gehen wir damit um? Wenn wir das Panel von vorhin nochmal aufrufen, die unterschiedlichen Einschätzungen zwischen dem polnischen Botschafter und der französischen Botschafterin, die haben das, glaube ich, ganz gut widerspiegelt. Also, wie sieht das aus deiner Perspektive mit dieser deutschen Führungslast aus?

Jan Techau: Ja, vielen Dank. Zunächst mal, es sind hier ja Kriterien aufgestellt worden für Führung, die Deutschland in den letzten Jahren schon geleistet hat, und da ist einiges dabei, in der Tat, das sozusagen die Linie verschoben hat dessen, was akzeptabel ist, was wir uns vielleicht tatsächlich vor fünf, sechs Jahren nicht vorstellen konnten. Ob das in jedem einzelnen Fall Führung ist, kann man auch nochmal diskutieren, ich glaube viele von diesen Beispielen sind überhaupt keine Führungsbeispiele, sondern Folgebeispiele, aber das können wir im Einzelnen vielleicht nachher nochmal auseinandernehmen. Aber wenn man das als Erfolg deklariert, muss man sich doch fragen lassen: War das Führung? War das erfolgreiche Führung an dem Bedarf nach Führung bemessen? Und nicht danach, was für uns irgendwie so halbwegs akzeptabel ist. Der Bedarf für Führung entsteht ja nicht auf unserer Akzeptanzseite,

sondern aufgrund der internationalen Lage. Und diese internationale Lage entwickelt sich schneller als unsere Bereitschaftslage. Ich sage immer, die deutsche „supply side“ entwickelt sich zwar, sie bewegt sich, aber sie bewegt sich langsamer als die internationale „demand side“ – und so klappt Delta zwischen dem, was wir leisten müssen, und dem, was wir leisten, obwohl wir uns bewegen, trotzdem immer weiter auseinander. Das ist einer der großen Knackpunkte in der Debatte hier in Berlin, dass hier mit Recht ganz viele Leute sagen, wir tun doch so viel mehr, gleichzeitig aber die internationale Lage davonzieht und das Delta trotzdem größer wird.

Es gibt hier eine innere Erschöpfung, wir täten ja schon so viel mehr, aber gleichzeitig irgendwie eine Panik, dass da draußen viel mehr los ist als wir eigentlich stemmen können. Ich war leider nicht da, als Professor Münkler vorhin offensichtlich die globale und europäische Lage skizziert hat, aber für mich ist das der Maßstab, an dem sich Führung messen lassen können muss, nicht so sehr unser Nabelschau-Maßstab. Diese Situation ist für uns relativ dramatisch, denn der europäische strategische Markt, der siebzig Jahre lang geschlossen war, öffnet sich. Siebzig Jahre lang waren sozusagen die politischen Besitzverhältnisse in Europa klar, und jetzt sind sie plötzlich nicht mehr so klar. Bis zum Ende des Kalten Krieges gab es eine zweigeteilte Eigentümerschaft dieses Kontinents – ich drücke es bewusst plakativ aus –, nach dem Ende des Kalten Krieges nur noch einen eigentlichen strategischen Eigentümer, wenn man so will, und von dem man jetzt nicht mehr weiß, ob er sich noch für seine Immobilien hier in Europa interessiert.

Das erzeugt Panik in Europa, das sehen wir an der 2%-Debatte, an vielen weiteren Beispielen, bei der strategischen Autonomie. Man merkt, der Markt wird nervös, weil der alte stabilisierende Faktor weg ist, weil man intern selber zu schwach ist, um selbst Eigentümer allein zu sein und weil der externe Druck massiv steigt. Und so wird Druck auf das System

ausgeübt. All das erzeugt Notwendigkeit für deutsche Führung, denn die Diskussion über deutsche Führung, die wir hier haben, ist ja ein Symptom dafür, dass wir wissen, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Dieser Kontinent ist nicht strukturell stabil, sondern er ist strukturell instabil, und wir erleben gerade wieder, wie die alte Instabilität aus der Geschichte im Grunde langsam wieder aus ihren Löchern kriecht – ich will das etwas zugespitzt sagen. Vor dem Hintergrund, was wäre denn dann Führen? Wir haben vorhin schon einige Modelle gehört, und ich finde die Definition von Claudia sehr gut, ich würde noch zwei Elemente hinzufügen. In diesem sicherheitspolitischen Kontext heißt Führen erstens, sich so zu positionieren und sich so zu verhalten, dass sich andere – vor allen Dingen unsere Partner und Alliierten – sich deswegen sicherer fühlen, und das zweite Kriterium ist, sich so zu positionieren und sich so zu verhalten, dass ein möglicher Gegner unsere Fähigkeiten und unsere Entschlossenheit in Rechnung stellen muss und sein Kosten-Nutzen-Kalkül daran ausrichten muss.

Gemessen an diesen beiden Kriterien habe ich das Gefühl, dass wir underperformen. Wir leisten nicht das, was wir leisten können und leisten müssen – weder was wir leisten müssen qua Größe des Landes und seiner Wirtschaftskraft noch seiner geographischen Lage noch,



„Wir leisten nicht das, was wir leisten können und leisten müssen – weder was wir leisten müssen qua Größe des Landes und seiner Wirtschaftskraft noch seiner geographischen Lage noch, wenn man so will, seiner historischen Verantwortung.“

Jan Techau

wenn man so will, seiner historischen Verantwortung. Woran liegt das? Ich glaube, dass Deutschland im Prinzip natürlich führen kann. Die Deutschen sind nicht dümmer als andere. Die Deutschen sind nicht aus irgendeinem Grund, auf natürliche Art und Weise, nicht dazu berufen. Sie haben die Ressourcen, es spricht kein Grund dagegen, warum sie sozusagen nicht mehr tun sollen, und trotzdem funktioniert es nicht. Dafür gibt es natürlich Gründe, und ich glaube, es gibt drei.

Erstens ist der Maßstab, für das, was das Land will, nicht die Bevölkerung da draußen. Bei meinen Vorträgen merke ich immer wieder, dass die Bevölkerung, wenn man so will, Teile der Bevölkerung, die nicht zur politischen Klasse im weitesten Sinne gehören, eine viel größere Bereitschaft haben, sich auf solche Themen einzulassen. Es gibt dort keine Begeisterungstürme, aber es gibt auch keinen Reflex gegen ein Sich-stärker-Exponieren. Man kann die Leute mit einem guten strategischen Argument von so einer Sache überzeugen. Das ist aber in der politischen Klasse, im weitesten Sinne, ganz anders. Die große Allergiereaktion gegen stärkere deutsche Führung kommt ja aus unserer Blase. Die kommt nicht so sehr von unten, den Graswurzeln, wenn man so will. Heißt, es fehlt der politischen Klasse in Deutschland an sicherheitspolitischem Selbstvertrauen. Sie glaubt nicht an sich selbst und sie glaubt auch nicht an die eigenen guten Absichten. Wir sind nicht sicher, ob wir nicht am Ende doch wieder auf der falschen Seite der Geschichte rauskommen – und deswegen ist sie sozusagen innerlich gehemmt. Die Sachwalter des öffentlichen Interesses in Deutschland haben kein Selbstvertrauen, was die eigene Rolle in der Politik angeht, oder nur ein sehr schwach ausgeprägtes. Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund – und das ist eine direkte Folge daraus – ist, dass wir uns selbst keine Akteursqualität zuschreiben, was die Amerikaner oder Angelsachsen „sense of agency“ nennen. Das ist nicht für uns. Das

ist für andere, vielleicht. Und wer sich uns nähert mit der Forderung, wir mögen uns bitte auf solche Themen einlassen, der mutet uns etwas zu, was sich eigentlich für uns nicht gehört und das muss der andere eigentlich auch wissen, dass es sich für uns nicht gehört. Dieses Gefühl, „das ist nicht für uns“, das ist „not for us“, das Gefühl ist auch relativ stark verbreitet und ohne „sense of agency“ gibt es keinen Gestaltungsanspruch, gibt es kein wirkliches Verantwortungsgefühl, weil man sich mit diesem Gefühl „das ist nichts für uns“ ja auch aus der Verantwortung rausnehmen kann.

Der dritte Grund für diesen Mangelzustand ist, das ist letztlich auch wieder eine Folge aus dem mangelnden Selbstbewusstsein, keinen ehrlichen Umgang mit dem Thema gibt, und zwar auf ganz vielen Ebenen nicht. Weder in der Wahrnehmung der Lage, tatsächlich, es gibt die große strategische Diskussion nicht – die gibt es in unserer Blase sehr wohl, wir sind müde, weil wir sie so oft führen –, aber es gibt den Transfer aus der Blase in den breiteren politischen Raum nicht wirklich. Es gibt diese Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung nicht im ausreichenden Maße. Das fängt bei der Kanzlerin an, die sich zu diesem Thema nicht exponiert, weswegen sich die zweite Reihe auch nicht exponieren mag, denn sie will nicht alleine im Wind stehen, und das geht weiter so runter die Leiter, auch diejenigen, die es besser wissen, exponieren sich nicht, weil es nicht immer sozusagen nötig ist.

Johannes Varwick: Danke...

Jan Techau: ...Ich muss noch zwei Sätze hinzufügen, weil das nicht ganz unwichtig ist. Es gibt nahezu ein Ausschweigen über die NATO in der öffentlichen Diskussion und stattdessen einen Überschuss an Luftschlössern, die man im EU-Bereich baut – ich sage das sehr dramatisch zugespitzt –, weil gerade in dem Europäischen-Unions-Bereich



„Strategische Kultur ist etwas,
was sich unheimlich langsam
verändert.“

Claudia Major

wir genau das nicht tun, wovon wir reden. Wir verstärken dort nicht die Handlungsfähigkeit. Die Fähigkeiten bei PESCO, da hat Deutschland dafür gesorgt, dass es sich nicht wirklich um Fähigkeiten dreht, anders als die Franzosen es wollten, und so herrscht auch da letztlich eine Art Selbstbetrug, den wir da machen. Ich will nicht alles schlechtreden, Deutschland hat sich bewegt, aber gemessen an dem Maßstab – das ist mein letzter Satz und das war mein erster – gemessen an dem Maßstab dessen, was da draußen notwendig ist, sind wir zu schwach aufgestellt. Wir können uns nicht auf die Schulter klopfen und sagen: „Wow, die Peschmerga, da haben wir aber echt gerockt!“, unterm Strich rocken wir nicht wirklich.

Johannes Varwick: Bevor ich die beiden Politiker nochmal ins Gespräch bringe, möchte ich gerne Claudia Major und Stefan Fröhlich nach direktem Widerspruch fragen. Oder ist das eine Position, die in Ordnung ist? Oder wo sind die Widerspruchspunkte, Claudia?

Claudia Major: Ein ganz kleiner Widerspruch: Dass nicht über die NATO gesprochen wird, halte ich wirklich für ein Gerücht. Ich fand, dieses Jahr gab es in Berlin so viel zur NATO zum 70. Geburtstag, dass es schon ein bisschen repetitiv wurde. Mein anderer Punkt ist es, eher zu sagen, wir müssen nochmal einen Schritt zurückgehen und gucken, wie entwickelt sich das Verhältnis eines Landes zu seiner Verteidigung, zu seinem Militär, zu seiner Sicherheitspolitik. Das ist dieser berühmte

Begriff der strategischen Kultur. Strategische Kultur ist etwas, was sich unheimlich langsam verändert. Das heißt, zwischen 1945 und 1990 hat Westdeutschland gelernt, dass es sich am besten hinten anstellt, in die letzte Reihe, mitmacht, wo der große Bruder aus den USA das sagt. Die Bundeswehr war kein Instrument für etwas, sondern gegen etwas, nämlich die Sowjetunion. Es wurde die strategische Kultur einmal komplett gewendet. Nach 1990 haben die meisten Partner gesagt, so, jetzt ist gut, ihr seid nach Canossa gegangen, jetzt macht bitte wieder ordentlich mit.

Die Änderung einer strategischen Kultur passiert nicht über Nacht. Man sagt, über den Daumen gepeilt, das dauert eine Generation. Also, sagen wir mal, dreißig bis vierzig Jahre. Wenn man sich aus der Perspektive anguckt, was seit 1990 passiert ist oder, was ich sagen würde, vor allen Dingen seit 2014 bis 2018 passiert ist, ist das eine ganze Menge. Ich stimme mit dir vollkommen überein, Jan, dass die internationale Geschwindigkeit eine ganz andere ist als das, was wir in Berlin vorlegen. Aber ich glaube, man muss auch mal überlegen, wenn man von der letzten Reihe in die erste innerhalb von ein paar Jahren springen soll, ist das ganz schön viel verlangt. Ich glaube, dass man dieser zeitlichen Frage – wie schnell verändert man die Kultur, die Mentalität, die Herangehensweise eines Landes – durchaus Rechnung tragen sollte. Und dann finde ich, ehrlich gesagt, gerade seit 2014 das Engagement in der NATO, im Minsk-Format, JCPOA, in vielen anderen Bereichen, wirklich bemerkenswert, die Peschmerga. Und ein Punkt, den wir noch nicht gesagt haben: Steigerung des Verteidigungshaushalts. Das mag noch nicht genug sein, aber es ist auch ein Punkt: 2014 hätte sich, glaube ich, keiner vorstellen können, dass wir innerhalb von fünf Jahren zehn Milliarden drauflegen. Das ist, glaube ich...

Johannes Varwick: Vielen Dank. Stephan, du brauchst nicht das zu wiederholen, wo du zustimmst, sondern wo du Widerspruch siehst.

Stefan Fröhlich: Ich stimme mit vielem überein, ich sage ja auch in dem Buch, dass es Luft nach oben gibt – das ist gar keine Frage. Die Frage ist: Stimmt die generelle Richtung? Ich würde aber gerne etwas hinzufügen, weil auch das, sozusagen, ein Stück weit – nicht falsch verstehen – ein Stück weit zu der Stereotypen-Debatte gehört, nämlich, dass uns die „sense of agency“ fehlt. Ich würde gerne wissen, in dem Zusammenhang, konkret, wo hätten wir denn oder sollten wir denn den in den letzten Jahren geleistet haben und in welcher Form? Denn wenn wir uns mal umschauen, was bei uns in der Tat, an der Peripherie ... wir sind alle wunderbar in Analysen, was so um uns herum passiert, und es rückt immer näher, die Angst vor der Bedrohung – ist klar, ist hier auf dem Panel benannt worden. Man muss es auch in dem Kontext sehen einer Situation oder Entwicklung in den letzten Jahren, insbesondere in den letzten zweieinhalb Jahren – wir wissen, mit wem wir es in Washington zu tun haben. Wo ich mich frage – nicht ohne Grund habe ich als Untertitel „Deutschlands Außenpolitik in einer Welt ohne Führung“ gewählt –, wo haben wir denn noch Führung? Ist das der Zeitpunkt für ein Land, das in der Tat in den letzten Jahren – wie ich meine – durchaus eine Entwicklung, eine Lernkurve zeigt ... von diesem Land wurde vor zweieinhalb Jahren eben in der Washington Times schön geschrieben, Deutschland ist die neue Hoffnung für den Westen, für die liberale Welt, zur Aufrechterhaltung. Wir müssen jetzt sozusagen in die Bresche springen. Die Kanzlerin hat gewusst und hat Recht daran getan zu sagen, das schaffen wir nicht, die Fußstapfen sind ein wenig groß.

Man muss sich in dieser Situation anschauen, wo wir stehen und wo wir sind. Wir müssen konkret benennen, in welcher Form wir uns diese Form der „agency“ wünschen und uns ganz konkret fragen, was wir tun können. Ich bin da durchaus dabei, aber das ist die Problematik.

Johannes Varwick: Vielen Dank! Andreas Nick, wenn wir nochmal versuchen, das zu sortieren und das ein bisschen praktischer zu machen und an einem Beispiel versuchen zu diskutieren – und ich werde Omid Nouripour genau das gleiche fragen: Muss Deutschlands Sicherheitspolitik französischer werden? Was würde das heißen, müssen wir bereit sein zu wirklich fairer Lasten- und Risikoteilung? Die französische Botschafterin hat das Beispiel Mali eingebracht, dass wir uns auf Ausbildung kaprizieren und die Franzosen gewissermaßen die schmutzigen Aufgaben übernehmen. Das zweite Beispiel wäre der Anti-IS-Kampf. Wir fliegen in unseren Tornados und machen Fotos, andere werfen die Bomben. Ist das eine vernünftige Arbeitsteilung?

Andreas Nick: Ich glaube, man muss nochmal einen Schritt zurück gehen. Ich bin ja mit Jan Techau gar nicht unterschiedlicher Meinung, habe ja ähnliches gesagt: Wir haben uns bewegt, aber die Welt um uns herum bewegt sich noch viel schneller und viel dramatischer, und wir kommen da möglicherweise auch nur bedingt hinterher. Ich glaube, das hat am Ende eben sehr viel damit zu tun, was in Washington DC und in den Vereinigten Staaten passiert.

Johannes Varwick: Aber was hat das damit zu tun, dass man sich in Afghanistan nicht mit den gleichen Lasten und Risiken beteiligt, was hat das mit Washington zu tun? Wo ist da der Zusammenhang? Ich sehe ihn nicht.

Andreas Nick: Ich würde zwei Themenbereiche sehr stark voneinander getrennt betrachten. Das eine ist, was wir im Bereich „Out of Area“ machen, ob in Afghanistan, in Mali, in anderen Bereichen. Da gehört auch zur Wahrheit dazu – da bin ich mit Omid Nouripour gar nicht so weit auseinander –, dass wir eine Historie nicht nur deutscher, sondern internationaler Interventionen haben, die durchaus einer kritischen

Evaluation bedarf. Dass wir uns als Westen – sofern es den noch gibt, das hat Professor Münkler ja infrage gestellt – in Syrien so verhalten oder größtenteils eben nicht-verhalten, hat auch was mit der Historie in Afghanistan, Libyen über Irak 2003 zu tun. Und wir haben eigentlich, wenn ich auf dieses Politikfeld schaue, eine Anzahl von case studies, muss man sagen, und keine der Strategien hat wirklich funktioniert. Intervention nicht, limitierte Intervention nicht, non-intervention. Alles hat nicht funktioniert! Ohne jetzt das, was mit viel Engagement von vielen Ländern in Afghanistan erreicht worden ist, schlechtzureden. Aber dass wir sagen können, das ist jetzt der copy-and-paste-case, den wir begeistert in die Zukunft tragen, das ist die eine Seite.

Aber ich wollte auf einen anderen Punkt hinaus, der ist mir viel zentraler. Ich habe das vorhin zart angedeutet in der Einführung. Die Grundfesten unserer ureigenen, nationalen Sicherheit, hier in Deutschland, in der Mitte von Europa, sind in einer Weise infrage gestellt, wie wir uns das siebzig Jahre nicht vorstellen konnten. Das ist vielleicht etwas leichter für einen Professor oder vielleicht noch für einen kleinen Abgeordneten aus der rheinland-pfälzischen Provinz, das offen anzusprechen. In dem Moment, wo eine Bundeskanzlerin, ein Außenminister, eine Verteidigungsministerin das so offen aussprechen würde, wie es möglicherweise ist, dass wir uns nämlich ein Stück weit im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ bewegen – wo die Befürchtung ist, dass irgendwann einer mal aussprechen wird, dass der Kaiser ziemlich nackt ist, die NATO, zum Beispiel – in dem Moment, wo ein verantwortlicher Vertreter der deutschen Regierung das sagt, ist das ein Politikum aller erster Güte, das auch dazu geeignet ist, die Sicherheit der Bundesrepublik zu gefährden. Dass wir uns aber gedanklich und strukturell auf eine solche Situation vorbereiten müssen, das ist die große Herausforderung. Da komme ich dann zu der Frage, ob wir ein Stück weit französischer werden müssen. Ich hätte mir – nicht nur, weil ich wahrscheinlich geographisch näher

an Paris als an Berlin zuhause bin – schon gewünscht, dass wir sicherheitspolitisch auf das ein oder andere aus Paris in den letzten zwei Jahren etwas konstruktiver uns verhalten hätten. Viele in Deutschland haben auch nicht verstanden, dass Macron in der Sorbonne-Rede mit Sicherheitspolitik begonnen hat und nicht mit Euro-Politik und Eurozonenbudgets und sonst was.

Da geht es an die strategischen Grundfesten. Ich habe im Sommer in einem Thesenpapier die Frage gestellt, was passiert, wenn man nach der Wiederwahl von Präsident Trump die Neuauflage von „Atlantiker vs. Gaullisten“ aus den sechziger Jahren in der deutschen Politik wieder erlebt. So sehr ich dafür werbe, dass wir das als Problem im Blick behalten, dass wir Dinge nicht durch eigene Debatten und eigene Äußerungen beschleunigen, die wir eigentlich lieber verhindern wollen. Ursula von der Leyen hat da Großartiges geleistet, insbesondere mit James Mattis, so lange der noch da war, dass wir in der NATO business as usual gemacht haben, dass wir auf der Seite viel unterwegs waren. Aber es bröckelte eben von Mal zu Mal, und ich glaube, die Erfahrung, die ich bei aller Kritik an dieser Struktur immer gehabt habe: Das Verhalten der amerikanischen Administration gegenüber der YPG ist meines Erachtens eine Wasserscheide in der Wahrnehmung bestimmter Bündnisstrukturen und Sicherheitszusagen – und das wird uns viel mehr beschäftigen als die Frage, gehen wir in Mali über Ausbildung und Lazarett hinaus vorne an die Front. Das ist eine Petitesse meines Erachtens im Verhältnis zu dem, was uns im elementarsten Bereich unserer Sicherheit möglicherweise erreichen wird.

Johannes Varwick: Vielen Dank! Omid Nouripour, auch an Sie die gleiche Frage – ich errahne die Antwort –, müssen wir französischer werden? Und wie ist das mit der fairen Lasten- und Risikoteilung in der Sicherheitspolitik?

Omid Nouripour: Darf ich ganz kurz zu dem bisher Gesagten ein paar Sätze sagen? Das wichtigste ist, diesen Vorwurf des fehlenden Selbstbewusstseins mit zwei Dingen zu kontern: Erstens, wir wollen gar nicht schwarz-grün, wir wollen alle alleine regieren. Zweitens, mein Selbstbewusstsein ist groß genug um zuzugeben, dass die Bayern auch ein Tor geschossen haben, nicht nur fünf kassiert. Ich bin sehr bei Jan, wenn er sagt, es wird da draußen zu wenig über die NATO geredet. Ich teile sehr, dass die Blase da rund um die Uhr drüber redet, aber es gibt nicht wirklich einen Transfer, der da draußen wirklich erklärt, warum die NATO gut ist, ich teile auch das. So viel Konsens hatten wir noch nie; wir haben beide Angst. Es ist in der Tat so, dass ganz viel Erklärung über die Sinnhaftigkeit der NATO ersetzt wird durch – wie hast du es genannt? – Luftschlösser über die Europäische Union. Dabei wird ein bisschen ausgeblendet, dass wir nur eine Armee haben und nicht noch eine parallele aufbauen können für die Europäische Union, das wird ausgeblendet. Und dass wir ohne die NATO nicht über 2%, sondern über 6+ reden würden, was man vom BIP an Verteidigungsausgaben hier auf den Tisch legen müsste. Deswegen teile ich das.

Was ich nicht teile, ist dieser common sense hier über die Frage der Waffenlieferung an die Peschmerga. Wir haben damals auch mehrheitlich dagegen gestimmt, ich war damals auch dagegen und finde immer noch, dass das falsch war, und zwar, weil die Waffen gegen ISIS nach dem Kampf sofort weiter verwendet worden sind, beispielsweise zur Zerstörung von sunnitischen Dörfern, und wir erleben gerade auch, dass die Peschmerga beispielsweise die Leute, die aus Syrien versuchen, in den Irak zu kommen, abhalten, weil sie glauben, dass die YPG-Leute kommen und das die kurdisch-politische Zusammensetzung innerhalb der kurdischen Region dort ändert. Was aber nicht bedeutet, dass man nicht die Verpflichtung hat – gerade bei einem anstehenden Genozid –, zu erklären, was man will. Ich habe damals ein Interview gegeben, in

dem ich einen Bundeswehreinsatz gefordert habe im Norden von Irak, im Kampf gegen ISIS, und haufenweise Kolleginnen und Kollegen, auch aus anderen Fraktionen, haben sich nochmal gemeldet und gefragt: „Meinst du das ernst?“ und „Boah, bist du mutig.“ Ich erzähle das jetzt nicht, weil ich ein Held bin oder weil ich die Peschmerga-Debatte Jahre später wieder aufziehen will, sondern ich glaube, dass diese ganze Frage von Ertüchtigung ein Stück weit eine Chiffre ist dafür, dass wir das selber nicht wollen und gucken, dass wir das anderen in die Hand drücken, damit die das machen. Ich halte das im Zweifelsfall in solchen Regionen mit so einer Proliferationsrate für einen Fehler.

Johannes Varwick: Nochmal die einfache Frage...

Omid Nouripour: Französischer!

Johannes Varwick: ...zur fairen Lasten- und Risikoteilung...

Omid Nouripour: Darf ich noch eine Sache sagen zum „Sense of Urgency“? Syrien! Eindeutig Syrien! Ein größeres Beispiel gibt es nicht. Und zwar nicht nur im militärischen Bereich! Frau Merkel hat 2017 gesagt, ihr größter Fehler war, sie habe nicht gecheckt, dass die Leute aus den Lagern abhauen würden. Ich habe 2014 selber im Plenum des Deutschen Bundestages die ganzen UNHCR-Berichte vorgelesen, in



„Das ist eine weitere Chimäre, immer nur davon zu sprechen, dass die Deutschen und die Franzosen Europa retten werden.“

Omid Nouripour

denen das stand, dass das kommt. Da fehlt *sense of urgency*. Ehrlich gesagt, das hat auch ganz viel damit zu tun, wenn die Frage hochkommt: „Bist du Gaullist oder Transatlantiker?“, bin ich in erster Linie ein Pole, weil ich glaube, dass wir die gesamte europäische Frage nicht mit einer deutsch-französischen Achse machen können. Ich glaube, dass die Zeiten längst vorbei sind – auch das ist eine weitere Chimäre, immer nur davon zu sprechen, dass die Deutschen und die Franzosen Europa retten werden ... gerade an der Russlandfrage entzündet es sich nicht nur Richtung USA, sondern auch an der Frage des Zusammenhalts der Europäischen Union. Ich glaube, dass es relativ schäbig ist, dass zahlreiche Reformvorschläge von Macron aus Deutschland einfach keine Antwort bekommen. Das ist sicher falsch, aber ich glaube auch, dass die eine oder andere Initiative extrem harsch, forsch und nicht europafreundlich war, und ich glaube, dass, wenn wir alle mitnehmen wollen – was wir müssen, um den Laden zusammenzuhalten – nicht auf einmal, sondern immer sektoral, wie ich es vorhin beschrieben habe, dass man da eine andere Rolle braucht als die ganz große Nummer, die ganz großen Reden aus dem Élysée-Palast, sei es in Lyon bei der Interventionsinitiative, sei es an der Sorbonne.

Johannes Varwick: Ich habe immer noch nicht verstanden, was mit der fairen Lasten- und Risikoverteilung ist. Vielleicht können Sie in einem Satz mal sagen, warum ist es vernünftig, dass Deutschland mit den Tornados fotografiert und die anderen die Bomben werfen?

Omid Nouripour: Es ist erstens eine Frage, die man sehr viel ehrlicher miteinander besprechen muss. Ich bin mir sicher, dass es viele gelehrte Menschen gibt, die mir sagen können, wer das wann genau gesagt hat und wie das Zitat lautet, aber es gibt ein britisches Offizierszitat aus dem 19. Jahrhundert über die Frage, was eine Allianz wert ist – ich glaube, ich habe es von Ihnen gelernt, Herr Lahl. Der Wert einer Allianz ermisst

sich daran, ob man bereit ist, quasi auch das eigene Leben zu riskieren. Das ist eine Frage, die auf Dauer natürlich in einem Militärbündnis eine Rolle spielen muss, dagegen will ich überhaupt keine Frage stellen. Aber jenseits davon ist es eigentlich ein Technikum zu überlegen: Was kann man, was kann man nicht? Und was mich an der französischen Anspruchshaltung ehrlich gesagt wahnsinnig macht, ist dass immer, gerade bei der Frage von Lastenteilung und bei der Frage Equipment, immer eine 50%-plus-Industriepolitik mitschwingt.

Johannes Varwick: Ok, anderer Diskurs. Wir haben jetzt leider nur noch sehr wenig Zeit und das zeigt, wie spannend die Debatte ist und wie gehaltvoll die Argumente sind, aber die Zeit rennt. Deswegen will ich den Versuch machen, ein paar Punkte mit einfachen Antworten abzufragen, obwohl ich weiß, dass es schwierig ist. Jan Techau, ich habe einen sehr interessanten Aufsatz von Johann Wadephul gelesen, der immerhin stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion ist und für Außen- und Sicherheitspolitik zuständig ist. Er sitzt im Bundestag, aber kommt aus Schleswig-Holstein, wie du. Er sagt: „Wir müssen unsere Diskussionen über den Einsatz militärischer Instrumente versachlichen und uns nicht immer wieder in moralischen oder rechtlichen Endlosdiskussionen verlieren, die im Elfenbeinturm stattfinden. Wir müssen mehr noch als bisher bereit sein, Risiken einzugehen, militärisch wie politisch und vielleicht auch moralisch.“ Hat er Recht?

Jan Techau: Im Grunde würde ich ihm zustimmen, ich würde aber eine Unterscheidung machen. In Deutschland gibt es eigentlich keinen Überschuss einer Moraldebatte, wie jetzt überall behauptet wird, denn es geht in dieser Diskussion nicht wirklich um Moral, also um Verantwortung und die großen Werte und all das, was man schützen will. Sondern es geht um Moralismus. Selber mit der ganz kleinen Münze irgendwie dazu beizutragen, dass man sich selbst die Weste nicht schmutzig macht.

Es geht um die ganz kleine, eigene Nabelschau in dieser angeblichen Moraldebatte. Das Problem in Deutschland ist nicht die Moraldebatte, sondern der Moralismus. Das heißt, wir müssen aufhören, jede einzelne außenpolitische und sicherheitspolitische Frage zunächst als unser Problem zu betrachten, sondern zu betrachten als das Problem, das es tatsächlich ist, was es bedeutet für die Sicherheitsarchitektur Europas, für die Stabilität, für die Wahrung von Menschenrechten – wir müssen den eigentlichen, tatsächlichen, sachlichen Maßstab an sicherheitspolitischen Themen anlegen und nicht unser eigenes Nervenkostüm ständig zum Maßstab für unsere Aktionen in der Welt machen.

Johannes Varwick: Vielen Dank. Andreas Nick, Sie werden jetzt nicht Ihren Fraktionsvize kritisieren können, aber ich habe gestaunt, als ich das gelesen habe. Und Sie?

Andreas Nick: Ich glaube, das ist eine völlig richtige Beschreibung. Das gibt vielleicht die Gelegenheit, die Diskussion des vergangenen Sommers aufzuarbeiten, als es um die Straße von Hormus ging, um die Frage einer Marine-Mission und einer deutschen Beteiligung daran. Da hat man auch wieder den ziemlich kaputten Diskurs in der deutschen Sicherheitscommunity zu diesem Thema gesehen, weil es gab eigentlich nur die zwei Klischees: Die Politiker sind entweder die Verrückten, die mit der Marine in ein Konfliktgebiet reinwollen, oder sie sind – das bevorzugt aus der Ecke der Transatlantiker – alles „Waschlappen“, weil man das nicht mit den Amerikanern zusammen machen wolle. Ich greife mal raus, Jo Wadephul, Norbert Röttgen und ich haben sehr intensiv in dieser Zeit argumentiert, wo man sagte, es gibt Dinge, die sollten wir tun. Wir sollten eine europäische Beobachtermission in dieser Region machen, und das ist von Teilen in der Sicherheitscommunity sofort kaputtgemacht worden mit der Begründung, wenn wir nicht richtig reinwollen mit den Amerikanern, dann seien wir sowieso „Waschlappen“.

Da ist ein Mangel an Differenziertheit in der Debatte auch wieder übergekommen, der eigentlich immer wieder mit der Verteidigung bestimmter Tabuzonen zu tun hat. Nämlich die Tabuzone, dass man bestimmte Dinge gar nicht tun darf, auf der einen Seite, und dass man sie nur mit den Amerikanern tun darf, auf der anderen Seite. Ich glaube, wenn wir an der Stelle nicht auch erwachsener in dem Umgang werden, dann werden wir es etwas schwierig haben. Deswegen hat Jo Wadephul einen guten Punkt angesprochen. Aber ich muss auch sagen, was die publizistische Begleitung von Außenpolitik angeht, die wir ja auch in dieser Stadt erleben – Moralismus hast du das genannt, ja?

Nehmen wir nur mal so manche Zeitungen, wo jede differenzierte und pragmatische Politik – und Außenpolitik hat viel mit Pragmatismus zu tun und ist keine Bewerbung um die Seligsprechung –, dass das sofort mit moralisch in eine Ecke abgeurteilt wird und Kollegen mit Begrifflichkeiten überzogen werden, das ist schon auch ein Teil des Problems des sicherheitspolitischen Diskurses.

Johannes Varwick: Omid Nouripour will unbedingt was dazu sagen, aber machen Sie es bitte kurz.

Omid Nouripour: Unbedingt nicht, aber gerne kurz. Der Kollege Wadephul hat Recht, aber das ist die Hälfte der Wahrheit. Es gibt eine wundervolle Zeitschrift des Bundeswehrverbands namens „Die Bundeswehr“. Dort hat Carlo Masala neulich einen super grandiosen Artikel zu der Straße von Hormus geschrieben, und da steht unter anderem drin, dass eines der Probleme der sicherheitspolitischen Debatten in Deutschland ist, dass sie mit der Frage beginnen, ob man denn jetzt für oder gegen einen Bundeswehreinsatz sei. Das heißt, es gibt ein binäres Nichtsmachen oder Bundeswehr. Wenn wir das überwinden, wenn wir das gesamte Spektrum anschauen, dann hat Johann Wadephul sicher recht.

Johannes Warwick: Vielen Dank. Ich will jetzt noch den Versuch machen, ich weiß nicht, ob es gelingt, Claudia Major und Stefan Fröhlich eine Sache zu fragen. Ist unser politisches System, und wir machen jetzt mal kurz Nabelschau, ist unser politisches System mit den Koalitionsregierungen, die üblicherweise da sind, wo das Auswärtige Amt in der einen Parteifarbe liegt und das Verteidigungsministerium in der anderen, ist das System in der Lage, harte Sicherheitspolitik zu machen? Oder brauchen wir vielleicht Strukturveränderungen, wie zum Beispiel einen aufgewerteten Bundessicherheitsrat mit einem Unterbau, der diese Entscheidungen systematischer und besser vorbereitet? Und wenn es sinnvoll ist, hat das Aussicht auf Erfolg in Deutschland, Stefan?

Stefan Fröhlich: Fangen wir mit letzterem an, das würde ich sehr begrüßen. Ersteres schaffen wir nicht mehr aus der Welt, und das ist ein Trend und eine Tendenz, die uns überall begegnet. Schauen Sie sich mal an, was im Moment in London passiert. Da haben wir Mehrheitswahlrecht, ein Zwei-Parteien-System, aber das funktioniert nicht mehr. Und in den USA funktioniert das auch nicht mehr. Also ob das die Lösung ist und wie wir da hinkommen wollen, ist eine ganz andere Frage. Insofern wäre es mir in dem Fall mal ausnahmsweise wichtiger, es von hinten aufzuzäumen oder von vorne, wie auch immer man will, und eben genau das anzusprechen. Sicherheitsrat, beliebte Diskussion, immer wieder Thema. Ich bin kein großer Freund davon, für alles immer neue Institutionen zu gründen, aber in dem Fall würde es Sinn machen.

Johannes Warwick: Vielen Dank. Claudia, siehst du das ähnlich?

Claudia Major: Ich glaube, dass Institutionen keinen Konsens und keine strategische Kultur schaffen. Also das ist dann eher so eine Art deutscher EU-Ansatz, noch ein „Institutionöchen“, und dann lösen wir ein Problem – ich glaube, das wird nicht der Fall sein. Aber dass wir viel

mehr darin investieren müssen, dass sich der Ansatz, die Kultur, das Verständnis ändert. Und um es nicht so auf der fluffigen Think-Tanker-Ebene zu lassen, wäre es eine Idee, doch mal darüber nachzudenken, was in den nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahren an Krisen auf uns zukommen könnten. Ich weiß, wir wissen es nicht, aber einfach mal darüber nachzudenken und zu überlegen, was unsere Reaktion darauf sein könnte. Das Beispiel Hormus ist ja häufig gefallen – Kollegen haben dazu eine interaktive Website gemacht, mit europäischen Partnern, was Deutschland tun könnte und was die Partner tun könnten. Das ist zumindest so eine Denkanleitung, darüber, wo wir stehen und wo wir hinmüssten. Aber ich glaube eine Institution ist in der Hinsicht keine Lösung.

Johannes Varwick: Vielen Dank – Andreas Nick, ganz kurze Einschätzung. Erstens sinnhaft, zweitens umsetzungsfähig?

Andreas Nick: Sinnhaft auf jeden Fall, das gehört zu dem Instrumentkasten, den ich gemeinsam mit Roderich Kiesewetter und anderen seit Jahren fordere: Bundessicherheitsrat, nationale Sicherheitsstrategie, jährliche Debatte zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin ausnahmsweise nicht mit Claudia Major einer Meinung, ich glaube, wir brauchen schon – auch, um das Denken ein Stück weit zu verändern – ein institutionelles Set-Up. Und dass wir sowas haben wie den Bundessicherheitsrat, der sich aber mit nichts anderem beschäftigt als mit der Genehmigung von Waffenexporten, zeigt ja vielleicht auch, dass wir strukturell noch nicht in der aktuellen Zeit angekommen sind.

Johannes Varwick: Omid Nouripour, Bundessicherheitsrat?

Omid Nouripour: Meine Erfahrung ist, dass es umso besser läuft, je mehr Praktiker miteinander arbeiten, und umso schwieriger, je höher

etwas kommt. Ich glaube, dass man Probleme lösen kann, wenn man den Willen hat, auch wenn man den Sicherheitsrat nicht hat. Wenn man den Willen nicht hat, hilft auch die Institution nichts.

Johannes Varwick: Also der grüne Pragmatismus auch hier angekommen. Meine Damen und Herren, wir sind leider weit fortgeschritten in der Zeit, aber ich will noch eine kurze Schlussrunde einlegen. Wir haben das jetzt nicht großartig abgesprochen, aber Sie alle sind dazu in der Lage. Wenn wir ein Give-Away, wie es neu-berlinerisch heißt, aus dieser Debatte mitnehmen wollen, was wären denn zwei zentrale Punkte, die für eine – wie auch immer geartete – sicherheitspolitische Führungsrolle Deutschlands besonders wichtig wären? Jan Techau, zwei konkrete Punkte.

Jan Techau: Der erste Punkt wäre für mich sehr konkret: Für Bundesbedienstete, Beamte und Soldaten, Offiziere, die über das Karriereziel B3 hinaus was werden sollen, strategische sogenannte Level-4-Education karrierezwingend zu machen. Wir haben das im Moment nicht. Diese Form der Ausbildung läuft bei uns an der BAKS, gibt es auch im Ausland zuhauf, ich bin der Meinung, dass das so sein muss. In anderen Ländern ist das längst normal, dass für höhere Positionen eine politisch-strategische Ausbildung durchlaufen werden muss. Das wäre ein sehr konkreter Vorschlag.

Und der andere Vorschlag, wo es sozusagen um die Frage von sicherheitspolitischem Führen geht, auch als Demonstration nach außen unserer Handlungsbereitschaft und unseres Handlungswillens, würde ich vorschlagen, unseren polnischen Partnern vorzuschlagen, auf rotierender Basis eine sozusagen rotierende Bundeswehrpräsenz in Polen anzubieten. Permanent geht nicht und wollen wir nicht, aber rotierend geht sehr wohl. Und hier ein Angebot zu machen, dorthin zu gehen,

wo es für uns auch wehtut, wo es auch historisch nicht so leicht ist, wo man aber ein Zeichen setzen kann von Solidarität und um zeigen: Eure Sicherheit ist auch unsere Sicherheit.

Johannes Varwick: Vielen Dank. Stefan Fröhlich, zwei konkrete Punkte für eine deutsche Führungsrolle in der Sicherheitspolitik.

Stefan Fröhlich: Ich würde beim letzten Punkt tatsächlich sehr mit Jan Techau übereinstimmen. Und eben das Momentum, was wir in den letzten Jahren tatsächlich hatten – es ist vielfach hier auf dem Panel angesprochen worden, ich glaube es tut sich gerade mehr im multinationalen Kontext. Es geht nicht um ein Narrativ, wir brauchen keine Vergemeinschaftung unbedingt einer Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, wir sollten uns davon lösen, sie ist auch eine Illusion. Aber wir können multinational sehr viel tun, und das haben wir auch getan, und deswegen wäre das ein ganz wichtiges Zeichen. Das ist auch im ersten Panel angesprochen worden, dem würde ich mich anschließen. Nicht, indem ich gleich das konkrete Beispiel mit Polen genannt hätte, aber es ist richtig, es geht in die gleiche Richtung.

Der zweite Punkt wäre für mich, was ich eingangs schon gesagt habe: das Plädoyer, dass wir eine etwas ehrlichere strategische Debatte führen. Wir reden immer viel von strategischer Debatte, die trotzdem für mich entweder ein Stück weit konturlos ist, oder sie bleibt auch unter Experten zu sehr eine, die zwischen diesen beiden Polen permanent oszilliert. Da plädiere ich für ein Stück weit mehr Pragmatismus, zu sehen, wo die Herausforderungen sind und wie wir sie angehen können, und wo hat Deutschland in der Tat – das ist ja durchaus etwas, was ich in meinem Buch auch sage – Luft nach oben, wo können wir mehr tun? Da gibt es nach wie vor Luft.

Johannes Varwick: Vielen Dank. Claudia Major, zwei Punkte, die besonders dringlich sind für eine deutsche Führungsrolle in der Sicherheitspolitik?

Claudia Major: Ich glaube, das ist eine alte Binse, die aber trotzdem wichtig ist: eigene Ziele entwickeln und sich nicht von den anderen hertreiben lassen, sondern selber definieren, was wir wollen, wohin wir wollen und ob wir führen wollen – und auch klarer zu argumentieren, warum sich das lohnt und was die Alternativen von Nichtstun sind. Das gilt sowohl für die Blase in Berlin, aber es gilt vor allen Dingen rauszugehen – das ist, glaube ich, der Auftrag an die MdBs und alle Think-Tanker.

Das zweite ist Erwartungsmanagement. Erwartungsmanagement, zu sagen, wir werden nicht über Nacht wie die Briten und die Franzosen. Wir wollen das auch gar nicht werden. Veränderungen, sowohl mentale, als auch die im Bereich Fähigkeiten in der Bundeswehr und alles andere, dauern verdammt lange. Das heißt zu erwarten, wir machen jetzt flott und morgen sind wir wie unsere Nachbarn, können wir vergessen. Das heißt, sich bewusst machen, was wir können, wie lange es dauert, bis wir das können und mit wem wir das machen wollen. Das ist für mich eine ganz wichtige Botschaft.

Johannes Varwick: Vielen Dank. Omid Nouripour, zwei konkrete Punkte.

Omid Nouripour: Das erste, das ich mitnehme, ist, dass Andreas Nick bereit ist, mit mir einen Antrag zu machen zur unabhängigen und wissenschaftlichen Evaluation von Bundeswehreinsätzen, die bereits gelaufen sind. Freut mich sehr!

Das zweite ist – ich glaube, das ist hier ein Konsens – , dass es das Allerwichtigste ist, dass meine Kaste bereit ist, da draußen auch zu

argumentieren. Nicht nur innerhalb der Blase, sondern, dass wir uns hinstellen und erklären, worum es geht. Warum bestimmte Dinge sein müssen, warum es notwendig ist, dass die Bundeswehr in Litauen steht. Im Übrigen, das ist hier etwas zu kurz gekommen, ich glaube, nur Claudia hat das Wort Resilienz benannt; wir haben riesige Hausaufgaben bei uns neim Heimatdiskurs, beispielsweise, ob die Ukraine nicht sowieso eine Erfindung sei und ob sie eine eigene Identität haben dürfe. Das sind wirklich Fakenews, die von außen sehr systematisch herangetragen werden, wo wir nicht systematisch genug dagegen halten. Aber auch das gehört zu der Frage des Leadership der politischen Kaste in der Frage von erklären, erklären, erklären.

Johannes Varwick: Vielen Dank, Omid Nouripour. Herr Abgeordneter Nick, auch an Sie die Frage nach zwei konkreten Punkten.

Andreas Nick: Ich würde es für dringend notwendig halten, dass wir einen erweiterten Sicherheitsbegriff in der Debatte sehr viel stärker kultivieren, der sich nicht nur vorrangig auf das traditionell Militärische beschränkt, weil ich davon überzeugt bin, dass ein Großteil der Bedrohungen für unsere Sicherheit mittlerweile in ganz anderen Sphären unterwegs sind. Von Handelskriegen über Rohstoffversorgung und das, was Mark Leonard mal die „connectivity wars“ genannt hat. Ich glaube, das ist das Feld, in dem insbesondere unsere Sicherheit als eines Landes in der Mitte von Europa, das mehr als jeder andere auf Export und freien Handel angewiesen ist, in besonderer Weise bedroht ist. Da fehlt mir in der geoökonomischen Dimension von Sicherheit vielmehr noch der Diskurs als die Frage, ob wir in Mali jetzt noch dies oder jenes tun.

Und das zweite ist, dass wir in der Tat – da bin ich bei Omid Nouripour, dass wir die Debatte noch viel stärker in das Land und in die Bevölkerung hineintragen müssen. Wir sind aus einer Einschätzung, die vielleicht in

der Zeit gar nicht so falsch war, gekommen, dass man die Deutschen sehr vorsichtig und sehr behutsam, Schritt für Schritt und anhand der Notwendigkeiten bestimmte Schritte mitnehmen muss. Ich glaube, dass wir eine andere Bereitschaft und eine andere Notwendigkeit auch im Land haben, über Grundfragen der Sicherheitspolitik auch mit den Menschen in der gebotenen Offenheit zu diskutieren.

Johannes Varwick: Vielen Dank! Stefan Fröhlich, Claudia Major, Andreas Nick, Omid Nouripour, Jan Techau. Vielen Dank für die anregende Runde! Herzlichen Dank.

Wir hatten uns eine Binnensicht auf deutsche Sicherheitspolitik vorgenommen und wir haben eine gemacht. Wir haben aber keine reine Nabelschau gemacht, ich glaube, das ist ein feiner Unterschied. Insofern bin ich sehr froh über diese Debatte und wir haben viel, worüber wir weiter nachdenken müssen. Besonders wertvoll für uns als GSP ist natürlich der ständige Appell, der überall durchkam, dass man diese Dinge auch jenseits der „engen Berliner Blase“ diskutieren muss, und das ist ja genau die Aufgabe der GSP, und das versuchen wir auch. Um das ein letztes Mal ins Spiel zu bringen mit diesem kleinen Büchlein, was Sie vielleicht schon kennen, aber vielleicht haben Sie noch Kinder, Freunde, Verwandte, die das haben möchten, Wahlkreise ...

Wir sind am Ende dieser Runde, aber noch nicht ganz am Ende dieser Veranstaltung. Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken als Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und das Wort übergeben an General Kersten Lahl, der Vizepräsident unserer schönen Gesellschaft ist.





Schluss- bemerkung

Generalleutnant a. D. Kersten Lahl
(Vizepräsident der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik)

Ja, vielen Dank. Zunächst mal möchte ich sagen, dass ich Sie nicht mehr lange quälen werde, sondern wir sind nun tatsächlich am Ende eines langen und wirklich spannenden Nachmittags. Ein Nachmittag, an dem wir, um es mal so zu formulieren, ganz allgemein versucht haben, den Begriff „internationale deutsche Verantwortung“ zu entmythologisieren, wenn Sie so wollen, also diesen Begriff auf den harten Prüfstand der Realität zu stellen und gleichzeitig zu vermeiden, dass wir ihn als politisches Modewort begreifen, sondern ihn zu hinterfragen und damit natürlich auch den Realitäten, aber auch den Notwendigkeiten nahezubringen.

Ich werde jetzt nicht versuchen – ich war anfangs kurz gewillt, das zu tun – aber ich werde nicht versuchen, die Ergebnisse des heutigen Nachmittages zusammenzufassen. Dazu wäre ich auch gar nicht in der Lage. Und ich werde auch nicht versuchen, das sozusagen in harte Handlungsempfehlungen an die deutsche Politik zu kleiden, die wir dann per E-Mail ein paar Schritte weiter dem Bundeskanzleramt geben könnten. Das wäre nicht angemessen, und es würde weder den Referenten noch den vielen Argumenten, die wir heute gehört haben,

wirklich gerecht werden. Es wäre auch nicht fair. Ich will nur ganz allgemein eine Metapher von Claudia Major aufgreifen, die sagte, wenn ich sie richtig verstanden habe, wir Deutschen sollten nicht versuchen, eine Kopie zu werden.

Ich glaube, da besteht insgesamt Konsens darüber, dass wir das nicht tun dürfen. Freilich ist es nur so, wenn man keine Kopie werden möchte oder sein möchte, ja, dann kommt man natürlich nicht umhin, auch Entscheidungen zu treffen, sich darüber zu unterhalten, was man denn wirklich sein möchte und wie man das, was man sein möchte, auch umsetzen möchte. Das sind natürlich mitunter sehr schmerzhaftes Entscheidungen, die auch einen langen, argumentativen Denkprozess und auch Diskussionsprozess erfordern und die man dann natürlich auch als Politiker anschließend nach draußen vertreten muss – auch das ist ja nicht ganz so einfach, wie wir alle wissen. Aber eins ist klar: Nicht-Entscheiden ist ebenso wenig eine Option wie Fatalismus. Und beides dürfen wir nicht tun. Das war für mich die wichtigste Erkenntnis des heutigen Nachmittages, dass wir tatsächlich diesen Prozess der Selbstfindung weiter vorantreiben müssen.

Ich denke, jeder von Ihnen, meine Damen und Herren, wird seine eigenen Erkenntnisse aus dem heutigen Nachmittag mitnehmen. Und sei das auch nur in Form des Wunsches, dass das von uns gewählte Thema nicht von der politischen Agenda verschwindet, sondern ganz im Gegenteil weiter betrieben wird. Wir, seitens der GSP, auch das möchte ich noch sagen, werden das Thema mit Sicherheit nicht verschwinden lassen. Ganz im Gegenteil!

Wir werden das Thema auf unserer Homepage und auch in der Zeitschrift „Europäische Sicherheit und Technik“ weiter nacharbeiten. Ich habe mir auch überlegt, dass wir sicherlich auch viele Facetten des heutigen

Tages in unserem Blog auf unserer Website aufgreifen werden und damit auch Ihnen eine weitere Gelegenheit geben werden, sich selbst diskursiv miteinzubringen. Wir werden, wie auch bei den vergangenen zwei Sicherheitsdialogen, eine Broschüre herausgeben. Das heißt also, wir werden das, was heute gesprochen, diskutiert worden ist, dann auch in Schriftform zur Verfügung stellen. Sowohl als Hardcopy als auch auf unserer Website.

Ich denke also, es drängt sich geradezu auf, dass der Nachmittag nicht irgendwo luftleer im Raum stehen bleibt, sondern dass man wirklich noch einmal auf die heutigen Erkenntnisse zurückgreifen kann und diese Diskussion weiterführt. Sie ist nicht nur würdig, sondern bedürftig, weitergeführt zu werden.

Jetzt bleibt mir nur noch ganz am Ende Dank zu sagen, an alle Referenten, an alle Moderatoren. Auch ganz besonders nochmal, das möchte ich nochmal sagen, weil es mir am Herzen liegt, den Vertretern aus dem Bundesverband „Sicherheitspolitik an Hochschulen“, nicht nur, weil sie mir wieder ein bisschen Freude am Fußball zurückgegeben haben – den Sie, Herr Nouripour, mir dann sofort wieder kaputtgemacht haben –, sondern weil es wirklich ein ganz erfrischendes, belebendes inhaltliches und methodisches Instrument war, das wir hoffentlich auch bei dem nächsten Dialog wieder aufgreifen werden.

Ich danke allen, die vor und hinter den Kulissen für einen reibungslosen Ablauf heute gesorgt haben. Ich muss dazu auch sagen: Die GSP ist eine ehrenamtliche Gesellschaft, wir arbeiten fast alle ehrenamtlich. Da sehen Sie, dass eine Menge Herzblut dahinter stecken muss, um das alles vor und hinter den Kulissen wirklich gängig zu machen. Ich danke natürlich auch der Landesvertretung Sachsen-Anhalt dafür, dass Sie uns heute ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben.

Vor allem aber noch einmal geht der Dank an Sie alle, meine Damen und Herren, für Ihre Teilnahme heute Abend. Ich glaube, jetzt haben wir alle gemeinsam noch eine Stärkung im Foyer verdient. Ich wünsche Ihnen dabei gute Gespräche, und ich freue mich jetzt schon darauf, wenn wir uns dann spätestens beim nächsten, dem 5. GSP-Sicherheitsdialog im Mai 2020 wiedersehen. Bis dahin alles Gute!





Bundesgeschäftsstelle
Wenzelgasse 42
53111 Bonn

T + 49 (0)228 65 25 56
F + 49 (0)228 65 80 93

geschaeftsstelle@gsp-sipo.de
www.gsp-sipo.de

Präsident: Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Registergericht: Amtsgericht Bonn, Registernummer AMS-5684

Gemeinnützig und spendenfähig gemäß Freistellungsbescheid

Finanzamt Bonn-Innenstadt, Steuernummer 205/5764/0498 vom 13.01.2017

Titelbild: Roman Stetsyk – stock.adobe.com

Veranstaltungsfotografie: Marlene Gawrisch

Die Verwertungs- und Nutzungsrechte liegen bei der GSP.

Layout und Grafik: Konrad Dieterich

Transkript: Vera Eirich